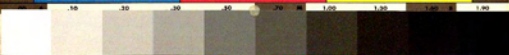




KODAK GRAY SCALE



black

2-color

white

cyan

violet

magenta

primary red

yellow

green



KODAK COLOR CONTROL PATCHES



These colors have been selected as representative of those ink commonly used in photo-mechanical reproduction.

VII. A. 43 6.

Stegemann

•

Zur Wirtschaftsverfassung des Deutschen Reiches

Druck und Verlag von Georg Westermann, Braunschweig

UB Braunschweig

84



2244-076-1

II. A. 736.

2244-076 1

Zur Wirtschaftsverfassung des Deutschen Reiches



Kritik und Vorschläge

von

Geh. Reg.-Rat Dr. Stegemann, Braunschweig

M. d. v. R.-W.-R.



D. III. 110. 1.

1922

Druck und Verlag von Georg Westermann, Braunschweig

S. H. G. 19

Inhaltsübersicht.

Vorwort	5
I. Stellungnahme zu den vorliegenden Anträgen . .	7
1. Die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Räteaufbaues . .	7
2. Ist nach der Verfassung den Bezirkswirtschaftsräten noch ein besonderer Unterbau zu geben?	9
3. Können die bestehenden Berufskammern als Unterbau für die Bezirkswirtschaftsräte benützt werden?	10
4. Würden paritätisch zusammengesetzte „Wirtschaftskammern“ ein Vertretungsrecht in den Bezirkswirtschaftsräten haben? .	10
5. Bietet Artikel 165 der Verfassung eine Rechtsgrundlage für die Forderung, die Unternehmerkammern zwangsweise in paritätisch zusammengesetzte Wirtschaftskammern umzuwandeln?	11
6. Würde sich der Paritätsgedanke sachlich mit der den Unternehmerkammern gegebenen Bestimmung und mit ihrem Aufgabenbereich vereinen lassen?	12
II. Vorschläge für eine berufsständische Gemeinschaftsarbeit.	14
1. Berufsständische Gemeinschaft	14
2. Gesetzliche Regelung	16
3. Organisation	18
4. Die für eine Zusammenarbeit sich eignenden Tätigkeitsgebiete	20
5. Die Zusammenfassung der Berufskammern in einem Landesgewerbeamt	21
6. Landesgewerbeamt und Bezirkswirtschaftsrat	22
7. Landeswirtschaftsräte	26
8. Reichswirtschaftsrat	27
III. Materialien zur berufsständischen Wirtschaftsverfassung.	36
1. Vergleichende Übersicht über die Zahl und örtliche Verteilung der bestehenden Unternehmerkammern	36
2. Zusammenfassung und Tätigkeitsgebiete der Unternehmerkammern	40

A. Die Landwirtschaftskammern	40
a) Die Preussischen Landwirtschaftskammern	41
b) Die Bayerischen Bauernkammern	42
c) Der Landeskulturrat für Sachsen	44
d) Die Württembergische Landwirtschaftskammer	45
e) Tätigkeitsgebiet einer mittleren Landwirtschafts- kammer	46
B. Die Handwerks- und Gewerbekammern	56
a) Allgemeines	56
b) Tätigkeitsgebiet einer mittleren Handwerkskammer	58
c) Zusammensetzung einer Handwerkskammer	70
C. Die Industrie- und Handelskammern	73
a) Allgemeines	73
b) Die Hanseatischen Handelskammern	75
c) Die Bayerischen Handelskammern	78
d) Tätigkeitsgebiet einer mittleren Handelskammer (Landeskammer)	80
e) Zusammensetzung einer mittleren Handelskammer	97
D. Die Zentralorgane der Unternehmertkammern	98
a) Der Deutsche Landwirtschaftsrat	98
b) Der Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag	99
c) Der Deutsche Industrie- und Handelstag	100
3. Bestehende und geplante Einrichtungen	102
A. Die Arbeiterkammer und die Angestelltenkammer in Bremen	102
B. Die Kammer der Vereinigung nichtgewerblicher Ver- braucher in Hamburg	108
C. Landeswirtschaftsräte	110
a) Der Wirtschaftsrat in Hamburg	110
b) Der Landeswirtschaftsrat in Mecklenburg-Schwerin (Gesehentrurf)	111
c) Der Landeswirtschaftsrat in Bayern (Anträge)	116
IV. Beschlüsse der Kommission	118

Vorwort.

Der Verfassungsausschuß des vorl. Reichswirtschaftsrats, der im Laufe des Jahres 1921 zahlreiche Sachverständige über den Aufbau, die Gebietsabgrenzung und die Aufgaben der Bezirkswirtschaftsräte gehört hat, faßte in seiner Sitzung am 19. Dezember 1921 den Beschluß

da augenblicklich bestimmte Aufgaben der Bezirkswirtschaftsräte kaum umgrenzt werden könnten, die Frage ihres Aufbaues vorläufig zu vertagen, bis die Frage des Unterbaues geklärt sei.

Hinsichtlich der Unterstufen und Zusammensetzung der Bezirkswirtschaftsräte hatte der Berichterstatter des Verfassungsausschusses den Grundsatz aufgestellt, daß die bestehenden Kammern: Landwirtschaftskammern, Handelskammern und Handwerkskammern unter Zusammenlegung der zu kleinen Bezirke, durch Hinzuwahl von Arbeitnehmervertretern zu paritätisch zusammengesetzten Berufskammern für Landwirtschaft, Handel und Industrie, Handwerk auszugestalten seien; sie seien die Unterstufen der Bezirkswirtschaftsräte und bildeten die Wahlkörper für die Wahl der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter zu diesen.

Im weiteren Verfolg dieses Antrages wurde von Arbeitnehmerseite der Antrag eingebracht,

die bestehenden Berufskammern für Industrie und Handel, das Handwerk und die Landwirtschaft zu paritätischen Wirtschaftskammern mit voller Einheit des Verwaltungsbetriebes, des Geschäftsganges, der Geschäftseinrichtung und der Unterbringung auszubauen. Dem entsprechend sei auch volle Parität in der Vollversammlung, in der Besetzung des Vorstandes, der Ausschüsse, der beamteten Geschäftsführung und in der Verwaltung von Sondereinrichtungen der Berufskammern zu verlangen.

Der einmütigen Stellungnahme der Arbeitnehmer gegenüber hielten es Vertreter der Unternehmerkammern und der Unternehmerverbände im Verfassungsausschuß für geboten, auch ihrerseits einheitlich Stellung zu nehmen und zu untersuchen,

ob nach der Verfassung den Bezirkswirtschaftsräten noch ein besonderer Unterbau zu geben ist,

ob zu diesem Unterbau die bestehenden Berufskammern benützt werden können,

ob Art. 165 der Verfassung eine Rechtsgrundlage für die Forderung bietet, die Unternehmerkammern zwangsweise in paritätisch zusammengesetzte Wirtschaftskammern umzuwandeln,

ob sich ein solcher Gedanke sachlich mit der den Unternehmerkammern gegebenen Bestimmung und mit ihrem Aufgabebereich überhaupt vereinen lassen würde.

Darüber hinaus sollte geprüft werden, ob der an sich gesunde Gedanke, die Sachkunde und die Erfahrungen der Angestellten und Arbeiter für die gemeinsamen Berufsaufgaben und die Berufsförderung fruchtbar zu machen, sich nicht auf anderem Wege verwirklichen lasse.

Der Unterzeichnete wurde beauftragt, in Gemeinschaft mit einigen anderen Mitgliedern des Verfassungsausschusses unter Hinzuziehung maßgeblicher Sachverständiger diese Fragen vorzuprüfen. Diese Kommission setzte sich wie folgt zusammen:

a) aus der Landwirtschaft:

Professor Dr. Dade, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landwirtschaftsrats, Ökonomierat Dr. W. v. Altröck, Direktor der preussischen Hauptlandwirtschaftskammer;

b) aus dem Handwerk:

Dr. H. Meusch, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Reichsverbandes des deutschen Handwerks, M. d. v. RWR., Hermann, Genossenschaftsdirektor und Handwerkskammer-Syndikus, M. d. v. RWR., Hansen, Vorsitzender des Norddeutschen Malermeisterverbandes, M. d. v. RWR.;

c) aus Handel und Industrie:

Dr. Brandt, 1. geschäftsführ. Präsidialmitglied des Deutschen Industrie- und Handelstages, Geh. Oberregierungsrat Dr. Huber, 2. geschäftsführ. Präsidialmitglied des Deutschen Industrie- und Handelstages.

Für die Arbeiten dieser Kommission und für die späteren Beratungen in weiteren Reisen hat der Unterzeichnete die nachfolgenden Unterlagen zusammengestellt.

Die Abschnitte „Tätigkeitsgebiet einer mittleren Landwirtschaftskammer“, „Die Handwerks- und Gewerbekammern“ und „Der deutsche Industrie- und Handelstag“ sind von den Herren Prof. Dr. Dade, Dr. H. Meusch und Dr. Huber bearbeitet.

Das Ergebnis der Kommissionsberatungen ist am Schluß dieser Veröffentlichung abgedruckt.

Dr. Stegemann,

M. d. v. RWR.

I. Stellungnahme zu den vorliegenden Anträgen.

Die Anträge der Arbeitnehmer, wie sie im Vorwort auszugsweise wiedergegeben sind, verlassen mit ihren Vorschlägen für eine Umformung der bestehenden Berufskammern den gegebenen Boden des Räteaufbaues und wenden sich Fragen der berufsständischen Interessenvertretung zu. Wirtschaftskammern und Wirtschaftsräte sind aber ihrer Natur wie ihrer Bestimmung nach ganz verschiedene Dinge, die sich nicht in ein und dasselbe System bringen lassen.

1. Die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Räteaufbaues.

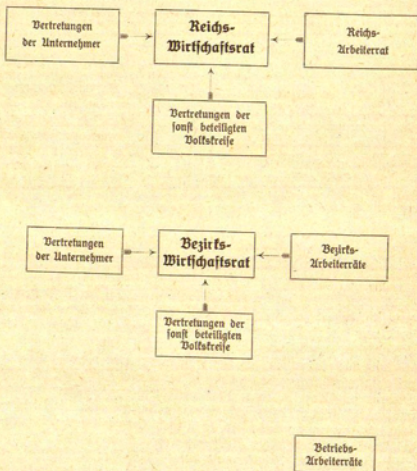
Die Verfassung hat in Art. 165 die grundlegende Bestimmung getroffen, daß Arbeiter und Angestellte in gleichberechtigter Gemeinschaft mit den Unternehmern an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken haben.

Auch die Form, in der dieses Zusammenwirken und diese Gemeinschaftsarbeit geschehen soll, ist in der Verfassung festgelegt: „Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in Betriebsarbeiterräten sowie in nach Wirtschaftsgebieten gegliederten Bezirksarbeiterräten und in einem Reichsarbeiterrat.“ Es ist hier klar ausgesprochen, daß die Arbeiter und Angestellten ihre selbständigen gesetzlichen Vertretungen für sich und nicht innerhalb der bestehenden Unternehmerkammern erhalten sollen.

Die gesetzlichen Vertretungen der Arbeitnehmer, die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat, sollen zur Erfüllung der gesamten wirtschaftlichen Aufgaben mit den Vertretungen der Unternehmer und sonst beteiligter Volkskreise zu Bezirkswirtschaftsräten und zu einem Reichswirtschaftsrat zusammentreten.

Das Grundschema für den verfassungsmäßigen Aufbau der Räte ist hiernach das folgende:

Wirtschaftsräte.



2. Ist nach der Verfassung den Bezirkswirtschaftsräten noch ein besonderer Unterbau zu geben?

Diese Frage ist zu verneinen.

„Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat treten ... mit den Vertretungen der Unternehmer und sonst beteiligter Volkskreise zu Bezirkswirtschaftsräten und zu einem Reichswirtschaftsrat zusammen.“

Für die verfassungsmäßige Gemeinschaftsarbeit der Unternehmer und Arbeiter gibt es hiernach keinen dreistufigen, sondern nur einen zweistufigen Aufbau: die Bezirkswirtschaftsräte und den Reichswirtschaftsrat. Ernennungskörper für beide sind nach der Verfassung

- a) die Arbeiterräte,
- b) die Vertretungen der Unternehmer,
- c) die Vertretungen sonst beteiligter Volkskreise.

Wollte man die Stufenbildung vom Reichswirtschaftsrat zum Bezirkswirtschaftsrat weiter nach unten fortführen, also dem Bezirkswirtschaftsrat als Mittelstufe noch Unterstufen geben, so könnte dies logischerweise nur durch weitere örtliche Unterteilungen geschehen. Der konzentrische Aufbau der Räteverfassung würde dann etwa folgendes Bild zeigen:

Reichswirtschaftsrat
Bezirkswirtschaftsrat
Ortswirtschaftsrat
Betriebswirtschaftsrat.

Die Verfassung hat mit Recht von dieser überflüssigen Unterteilung Abstand genommen. Wenn trotzdem von einem „Unterbau“ der Bezirkswirtschaftsräte gesprochen wird, so liegt hier anscheinend eine Verwechselung der Begriffe Unterbau und Wahlkörper vor. Die Vertretungen der Unternehmer (Unternehmerkammern und Unternehmerverbände) und der sonst beteiligten Volkskreise (Ärzte- und Anwaltskammern, Städte, Genossenschaftsverbände, Berufsverbände usw.), werden innerlich von dem Räteaufbau garnicht berührt, sie sind in ihren Vertretungen selbst Bestandteile des Bezirkswirtschaftsrats und können deshalb logischerweise nicht ihr Unterbau sein.

Es scheint hiernach weniger Aufgabe des Verfassungsausschusses zu sein, nach einem Unterbau für die Bezirkswirtschaftsräte zu suchen, als vielmehr diejenigen Vertretungen von Unternehmern und sonst beteiligten Volkskreisen festzustellen, denen nach ihrer wirtschaftlichen Bedeutung eine Vertretung im Bezirkswirtschaftsrat zuzusprechen ist; daneben würden Grundsätze für die Bildung der Bezirksarbeiterräte aufzustellen sein.

3. Können die bestehenden Berufskammern als Unterbau für die Bezirkswirtschaftsräte benützt werden?

Da der Räteaufbau nach dem Vorgesagten einen Unterbau nicht kennt, können die Berufskammern auch nicht für einen solchen benützt werden. Aber auch angenommen, es wäre in der Verfassung ein solcher dreistufiger Aufbau vorgesehen, so könnten die zu Wirtschaftskammern ausgebauten Berufskammern allein doch nicht den Unterbau bilden, weil auch die Vertreter der sonst beteiligten Volkskreise in den Wirtschaftskammern ihren Platz finden müßten. Durch Hineinnahme dieser würden die Berufskammern aber, wie sie durch die paritätische Einbeziehung der Arbeiter bereits aufgehört haben Standes- und Interessenvertretungen zu sein, nun auch ihren Charakter als Berufsvertretungen einbüßen. Die Berufskammern können für den Räteaufbau demnach ausschließlich als Wahlkörper in Betracht kommen, aber auch in dieser Eigenschaft nicht allein, sondern neben den sonstigen wahlberechtigten freien Unternehmerverbänden.

4. Würden paritätisch zusammengesetzte „Wirtschaftskammern“ überhaupt ein Vertretungsrecht in den Bezirkswirtschaftsräten haben?

Nein, ein solcher Anspruch würde zweifellos zurückgewiesen werden müssen. Für gemischte Wirtschaftskammern ist in der Räteverfassung kein Raum. Nur Unternehmervvertretungen sollen mit den Bezirksarbeiterräten und sonst beteiligten Volkskreisen zusammen die Wirtschaftsräte bilden. Die Gemeinschaftsarbeit der an sich getrennten Unternehmer- und Arbeitnehmervertretungen ist der Sinn und Zweck des Artikels 165.

Abg. Dr. Sinzheimer hat dies klar und deutlich ausgesprochen:

... Im Wirtschaftsleben besteht ein Gegensatz und eine Gemeinschaft. Der Gegensatz, der in unserem Wirtschaftsleben besteht und nicht übersehen werden kann, ist der Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital. Deswegen ist erforderlich, wie schon die Kapitalinteressen ihre öffentlich-rechtliche Vertretung haben in den Handelskammern usw., auf der anderen Seite der Arbeit ihre besondere öffentlich-rechtliche Vertretung zu verschaffen, die sich auf alle Angestellten und Arbeiter erstreckt... Dieses öffentlich-rechtliche Vertretungsorgan ist der Arbeiterrat. Er ist eine einseitige Interessenvertretung, darauf gerichtet, den geschäftlichen Einfluß der Arbeiterschaft im ganzen zu erhöhen und zur Geltung zu bringen. Im Wirtschaftsleben besteht aber nicht nur ein Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital, sondern auch eine Gemeinschaft. Diese Gemeinschaft wird begründet durch das Produktionsinteresse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Die Wirtschaftsräte haben die Aufgabe, im Gegensatz zu den Arbeiterräten, diese gemeinsamen Produktionsaufgaben, an denen Arbeitgeber wie Arbeitnehmer interessiert sind, zur Geltung zu bringen ... (Prot. 394.)

„Es fehlen die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeitserrat. Es ist der alte Gedanke der Arbeiterkammern, den früher die Gewerkschaften aller Richtungen gefordert haben, eine Interessenvvertretung nach reinen Arbeiterinteressenge Gesichtspunkten, genau wie die Kaufleute in den Handelskammern ihre eigenen Interessen vertreten, die Ärzte in den Ärztekammern und die Handwerker in den Handwerkerkammern.“ (Verhandl. d. verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 336, S. 539.)

Der Anspruch der „sonst beteiligten Volkskreise“, daß sie dann auch ihrerseits in die gemischten Wirtschaftskammern gehören, ist berechtigt.

5. Bietet der Art. 165 der Verfassung eine Rechtsgrundlage für die Forderung, die Unternehmerkammern zwangsweise in paritätisch zusammengesetzte Wirtschaftskammern umzuwandeln?

Der Räteaufbau hat mit der inneren Struktur der vertretungsberechtigten Körperschaften und Verbände nichts zu tun; nirgends ist vor allem eine paritätische Umgestaltung der Unternehmer- und Arbeitnehmervertretungen als eine notwendige Voraussetzung für das ihnen zu verleihende Vertretungsrecht gefordert worden. Im Gegenteil, in aller Deutlichkeit ist von einem „Zusammentreten“ der Arbeitervertretungen mit den Unternehmervertretungen gesprochen. Beide vorher ihres Charakters entkleiden zu wollen, wäre nicht nur widersinnig, sondern würde einen verfassungsmäßigen Räteaufbau praktisch unmöglich machen.

Wie erklärt es sich nun, daß trotz dieser klaren Sachlage eine solche Frage überhaupt aufgeworfen werden konnte? Offenbar hat man sich auf den ganz allgemein gehaltenen Satz in Abs. 1 des Artikels 165 der Verfassung gestützt:

„Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken.“

Man hat hierbei aber übersehen daß

- a) die paritätische Gemeinschaftsarbeit in den weiteren Absätzen des Artikels 165 der Form wie dem Inhalte nach genau umgrenzt und scharf dahin präzisiert ist, daß die Gemeinschaftsarbeit im Bezirkswirtschaftsrat und im Reichswirtschaftsrat erfolgen soll, und daß
- b) nirgends davon die Rede ist, daß das Zusammenwirken innerhalb der Berufsorganisationen der Unternehmer- oder der Arbeiterkammern erfolgen soll;

- c) die vorstehende Verfassungsbestimmung dann sinngemäß auf alle Organisationen der Unternehmer und Arbeitnehmer, in denen Lohn- und Arbeitsbedingungen behandelt werden, also in erster Linie auf die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften Anwendung finden müßte;
- d) vor allem ist aber darauf hinzuweisen, daß ein solcher Umbau der Berufskammern nicht im Rahmen der Räteverfassung, sondern in Gemäßheit des Art. 7, Ziffer 10, wonach das Reich die Gesetzgebung über die Einrichtung beruflicher Vertretungen für das Reichsgebiet hat, im Rahmen der berufsständischen Reichs- und Landesgesetzgebung zu erfolgen hätte.

Man hat eben auch hier wieder zwei Begriffe verwechselt, nämlich die in ihrem Wesen wie in ihrer Bestimmung grundverschiedenen Einrichtungen der Räte und der Kammern.

6. Würde sich der Paritätsgedanke sachlich mit der den Unternehmerkammern gegebenen Bestimmung und mit ihrem Aufgabenbereich überhaupt vereinen lassen?

Der Gedanke, den Unternehmerkammern eine paritätische Form zu geben, kann nur aus einer nicht ausreichenden Kenntnis der Bestimmung und des Tätigkeitsgebietes der Kammern hervorgegangen sein. Kammern sind berufsständische, gesetzlich anerkannte Selbstverwaltungskörper, Standes- und Interessenvertretungen bestimmter Berufszweige, denen besondere Pflichten (Rat- und Auskunftserteilung gegenüber den Behörden) gegen bestimmte Rechte (Beitragspflicht aller Berufsgenossen) gesetzlich zugewiesen sind.

Solche Berufskammern gibt es für die Landwirtschaft, das Handwerk, Handel und Industrie, für Ärzte, Apotheker, Rechtsanwälte, andererseits aber auch für Angestellte und für Arbeiter.

Der Vorschlag, die Berufskammern künftig paritätisch zu gestalten, steht an Stelle der bestehenden Standes- und Interessenvertretungen etwas ganz anderes. Daß dieses nicht Zweck und Absicht des Art. 165 der Verfassung ist, geht aus den nachfolgenden Ausführungen des Abg. Dr. Brauns (Aöln) in der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung hervor:

„Der ursprüngliche Wortlaut in Abf. 3 des Art. 34 g., wie er ziemlich einstimmig von uns beschlossen worden war, hat zu der Auffassung Veranlassung gegeben, als sollten durch die neuen Bezirkswirtschaftsräte andere bestehende Vertretungen von Berufsgruppen, z. B. Landwirtschaftskammern und Handwerkskammern, überflüssig gemacht werden. Diesem Mißverständnis glaubte Abg. Dr. Hülse vorbeugen zu sollen ... Es ist aber jetzt nicht die Mißdeutung möglich, daß wir andere bestehende Organisationen abschaffen wollen. Das wollen wir ja alle nicht. Die

Aufgabe der Bezirkswirtschaftsräte und des Reichswirtschaftsrats ist allgemein wirtschaftlicher Natur, während die Spezialaufgaben der Landwirtschaftskammern und Handwerkskammern auf dem wirtschaftlichen Gebiete dieser Berufszweige bestehen bleiben. Wir wollen der künftigen Gesetzgebung auf diesem Gebiete in keiner Weise vorgreifen.“ (Verhandl. d. verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 336, S. 537/8.)

Es ist zu befürchten, daß die von Natur zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer bestehenden Interessengegensätze in einer „gemischten Kammer“ zu fortwährenden Kämpfen und auf die Dauer zur Passivität des schwächeren Teiles führen würde, ohne daß die Absicht, durch ein enges Zusammenarbeiten diese Gegensätze auszugleichen, erreicht würde.

Da jeder Stand seine Interessen selbst und nicht durch andere zu vertreten wünscht, würde eine paritätische Zusammensetzung der Interessenvertretungen zur unvermeidlichen Folge haben, daß nach den ersten, sicher nicht ausbleibenden Konflikten beide Teile danach streben würden, so rasch wie möglich wieder unter sich zu sein. Für die Unternehmer würde dann der Gedanke nahe liegen, ihre Standesvertretung wieder in freie Korporationen, ihre Berufsvertretung aber in freie Berufsverbände zu verlegen.

Ganz richtig heißt es in dem Entwurf eines Reichsrahmengesetzes über die Berufsvertretung des Handwerks und des Gewerbes:

„Der Entwurf trifft lediglich insofern eine Entscheidung, als er die Bildung einheitlicher Verbände zu gleichen Teilen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern ablehnt. Versuche in dieser Richtung sind bereits in früheren Jahren gemacht worden, sie sind zumeist gescheitert. . . .“

Eine ersprießliche Tätigkeit von Fachverbänden, die gleichzeitig aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzt sind, kann um so weniger erwartet werden, als sie auf dem Grundsatz der Pflichtzugehörigkeit aufgebaut würden. Es müßte mit Bestimmtheit erwartet werden, daß sofort neben diese gemischte Pflichtorganisation selbständige freie Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer treten würden, die eine wirksame Arbeit der Pflichtorganisation vereiteln müßten. Es wird also bestimmt, daß die Fachverbände für die Arbeitgeber und die Berufsverbände für die Arbeitnehmer für sich nebeneinander bestehen.“

Man kann die Kammern in ihrer bestehenden Verfassung sehr wohl zerstören, aber hat kein Gewähr dafür, sie in der geplanten anderen Verfassung zu erhalten.

Paritätisch zusammengesetzte Berufskammern (nicht ganz richtig Wirtschaftskammern genannt) würden auch von dem, was die Tätigkeit der Unternehmerkammern heute ausmacht, nur einen beschränkten Teil in gleichberechtigter Gemeinschaft ausführen können. Dies ergibt sich wohl zur Genüge aus den in Abschnitt III abgedruckten Tätigkeitsberichten.

II. Vorschläge für eine berufsständische Gemeinschaftsarbeit.

1. Berufsständische Gemeinschaft.

Gemeinschaftsarbeit ohne Gemeinschaftsgefühl ist Leerlauf. Gemeinschaftsgefühl wächst von innen heraus. Es läßt sich nicht künstlich züchten, auch nicht in der Treibhausluft wirtschaftsromantischer Ideen, es muß, wenn es Bestand haben und Frucht tragen soll, auf natürlichem Boden in der rauhen Luft der Wirklichkeit erwachsen.

In jedem vernünftig und human geleiteten Geschäfts- und Gewerbebetriebe sahen sich in vergangenen Zeiten Prinzipale und Gehilfen, Meister und Gesellen als zusammengehörig an und nahmen am Geschäft und seiner Förderung gleichen Anteil. Diese Verhältnisse haben sich im allgemeinen geändert. Es war dies die unvermeidliche Folge eines auf weitere Ziele gerichteten Entwicklungsprozesses. Gegenüber der berufsständischen Zusammengehörigkeit der Unternehmer arbeitete sich ein gleiches Solidaritätsgefühl auf der Arbeitnehmerseite heraus. Der Integrierungsprozeß begann, wie bei jedem Naturprozeß, mit der Differenzierung. Die Arbeitnehmer lösten sich aus der Gemeinschaft mit ihren Prinzipalen allmählich innerlich heraus, indem sie die Zusammengehörigkeit mit ihresgleichen als näherliegend ansahen. Als diese Differenzierung einen gewissen Sättigungspunkt erreicht hatte, als die Arbeiterschaft selbständig durchorganisiert war, begann der Prozeß der gegenseitigen Machtausgleichung im gemeinsamen Arbeitsprozeß. Diese Periode kennzeichnete naturgemäß eine scharfe Gegensätzlichkeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Wenn dieser Ausgleichungsvorgang überwunden sein wird, dann wird auch wieder Raum sein für das natürliche Zusammengehörigkeitsgefühl in der Berufstätigkeit.

Wir stehen noch nicht in diesem letzten, dritten Stadium, dem Wiederaufbau der Berufsgemeinschaft, sind aber in der kritischen zweiten Periode doch schon so weit, daß die Fundamente für den Ausgleich der Arbeits- und Lohnbedingungen gelegt werden. Äußere Kennzeichen dieser sich wieder zusammenschließenden Bewegung, dieses Integrierungsvorganges innerhalb der einzelnen Berufe, sind die Arbeitsgemeinschaften der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Das Gefühl

berufsständischer Gemeinschaft im höheren Sinne, das Standesgefühl und die innere Freude an der Berufstätigkeit, an der Ehre und dem Fortgange des Berufes als solchem, schlummert noch. Es kann erst dann wieder lebendig werden, wenn der Kampf ausgekämpft, die ihn begleitenden Erregungszustände erloschen sind.

Mißtrauische Beurteiler behaupten, der jetzt so stark auf eine paritätische Gemeinschaft hindrängenden Arbeitnehmerschaft läge weniger an dieser als an der Zerstörung eines Bollwerkes der Unternehmer. Skeptische Beurteiler ziehen in Zweifel, ob es schon an der Zeit sei, Unternehmer und Arbeitnehmer zu beruflicher Gemeinschaftsarbeit im höheren Sinne zusammenzubringen, aus der ganzen Sache werde nichts herauskommen; beide Parteien würden in der ihnen von außen gebotenen Gemeinschaftsform mehr die sie trennenden Kampfziele als die sie verbindenden Berufsaufgaben verfolgen. Es steht zu hoffen, daß weder jene noch diese mit ihrer pessimistischen Auffassung recht behalten werden. Die noch bestehenden Gegensätzlichkeiten werden in diesem Übergangsstadium hier und da die sachlichen Erörterungen durchbrechen, das ist unvermeidlich; Sache der führenden Persönlichkeiten wird es aber sein müssen, hier von beiden Seiten mit fester Hand die Grenzlinien zu sichern.

Ein sachliches, allgemein-förderliches Zusammenarbeiten ist, auch inmitten der noch nicht ausgetragenen Klassenkämpfe, heute schon möglich, das erweisen durchaus die Erfahrungen im vorl. Reichswirtschaftsrat. Gewiß spiegeln die Plenarsitzungen noch oft das Bild nicht ausgeglichener widerstreitender Grundanschauungen wieder, aber in den Ausschüssen wird auf beiden Seiten durchaus sachlich zusammengearbeitet und Wertvolles für die Allgemeinheit geleistet. Diese Erfahrung schränkt die obigen Bedenken erheblich ein. Es ist gewiß richtig, die Idee wird, wenn sie ausgereift ist, sich die ihr angemessene Form selbst suchen, aber die gebotene Form kann auch das Durchringen der Idee erleichtern.

Die Gesetzgebung hat bereits verschiedentlich, wenn auch zunächst nur vorsichtig tastend, versucht, eine berufsständische Gemeinschaftsarbeit der Unternehmer und Arbeitnehmer zu organisieren.

So hat bereits die Reichsgewerbe-Ordnung durch Gesetz vom 26. Juli 1897 den Handwerkskammern aufgegeben, einen Gesellenauschuß zu bilden, deren Mitgliederzahl durch das Handwerkskammerstatut bestimmt werden soll.

Die bayerischen Handelskammern sind auf Grund der Verordnung vom 25. Februar 1908 verpflichtet, besondere Ausschüsse der Handlungsgehilfen und technischen Angestellten einzurichten. Diese Mitglieder sind zu den Beratungen der Handelskammer, wenn ihre Angelegenheiten zur Beratung stehen, hinzuzuziehen und haben dann alle Rechte der Handelskammermitglieder.

Die württembergische Landwirtschaftskammer ist durch Gesetz vom 23. Juni 1919 verpflichtet, 12 von den landwirtschaftlichen Arbeitern im Wege der Verhältniswahl gewählte Mitglieder sowie einen Vertreter der landwirtschaftlichen Angestellten in sich aufzunehmen. Für Arbeiterfragen und für Angestelltenfragen sind ständige, paritätisch aus Vertretern der Landwirtschaft und den landwirtschaftlichen Arbeitern zusammengesetzte Ausschüsse eingerichtet.

Diese Versuche sind, soweit sich bisher übersehen läßt, im allgemeinen nicht glücklich ausgelaufen. Ihr Mißerfolg ist in der Natur der Dinge begründet. Eine Standes- und Interessenvertretung verträgt keine heterogenen Elemente, weder auf der Arbeitgeber- noch auf der Arbeitnehmerseite. Die zahlenmäßige Erweiterung der Beimischungsziffer bis zur Parität vermindert nicht, sondern verschlimmert das Übel. Statt des Abbröckelns des schwächeren Teiles fallen bald beide Teile auseinander.

Es ist die übereinstimmende und feste Überzeugung aller drei Berufsgruppen, sie ist auch zu keiner Zeit eine andere gewesen, daß Zweck und Bestimmung der Landwirtschafts-, Handwerks-, Handels- und Industriekammern eine paritätische Besetzung nicht zulassen. Eine Gemeinschaftsarbeit kann sich nur auf der natürlichen Grundlage an sich getrennter Interessenorganisationen beider Stände aufbauen. In dieser Form werden sie auch von den Unternehmervertretungen als möglich und auch als voraussichtlich fruchtbringend anerkannt.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat in seiner Vollversammlung am 18. Januar 1922 in diesem Sinne erklärt, daß die Handelskammern von der Notwendigkeit berufsständischer Gemeinschaftsarbeit für die Unternehmer, Angestellten und Arbeiter der von ihnen vertretenen Berufskreise überzeugt seien.

Auch die Vollversammlung des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks hat sich dafür ausgesprochen, daß die Handwerkskammern mit neu zu bildenden Gesellenkammern sich in paritätisch zusammengesetzten Ausschüssen zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden müßten.

2. Gesetzliche Regelung.

Die innere Voraussetzung einer erspriehlichen Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist: die beiderseitige Bereitschaft, die äußere: eine zweckentsprechende Form der Kommunion.

Dazu müssen aber erst die den Unternehmerkammern korrespondierenden Organe der Angestellten und Arbeiter geschaffen werden.*

Diese Organe müssen selbstredend gesetzlich anerkannte, mit gleichwertigen Rechten und Pflichten ausgestattete, in sich selbstständige Interessenvertretungen sein. Es ist ein naheliegender Gedanke, besondere den Unternehmerkammern entsprechende Arbeiterkammern zu schaffen. Man kann aber auch an Berufsausschüsse der Gewerkschaften denken.

Es ist noch ein Drittes nötig: In den grundlegenden Gesetzen und Statuten beider Kammergruppen müssen zwingende Vorschriften allgemeiner Art für die Kommunionstätigkeit und die Kommunionorgane enthalten sein. Es kann nicht dem Belieben der einzelnen Kammern überlassen bleiben, ob und wie sie die Gemeinschaftsarbeit organisieren wollen; überlassen muß ihnen nur die Art bleiben, wie sie die gegebenen Formen mit Leben erfüllen.

Der Zeitpunkt für die Neuschaffung von Arbeiterkammern und für eine gesetzliche Regelung der Gemeinschaftsarbeit ist insofern günstig, als das Reich zurzeit damit beschäftigt ist, die Einrichtung beruflicher Vertretungen für das Reichsgebiet einheitlich zu gestalten. Auf der andern Seite besteht auch bei den Berufskammern schon seit längerer Zeit das Bedürfnis nach einem zeitgemäßen Ausbau ihrer beruflichen Selbstverwaltungsorgane.**

Das Reich wird sich, wie anzunehmen ist, auf eine generelle Regelung in Mantelgesetzen beschränken, die spezielle wird den näheren Ausführungs Vorschriften der Länder überlassen bleiben. Es ist dies der allein richtige Weg. Das, was die Begründung zu Art. 165 in dieser Beziehung für die Wirtschaftsräte besagt, trifft in noch stärkerem Maße für die berufsständischen Vertretungen zu:

.... Jedenfalls wird darauf zu achten sein, daß den Wirtschaftsräten in der Gestaltung ihrer Geschäftsordnung und Geschäftsverteilung möglichst weitgehende Freiheit eingeräumt wird, damit sie in der Lage sind, für die sachlichen Bedürfnisse der einzelnen Berufsweige und für besondere Aufgaben die ihnen angemessenen Einrichtungen zu schaffen ..."

* Arbeiterkammern allgemeiner Art, aber getrennt in Angestellten- und Arbeiterkammern, bestehen bisher nur in Bremen.

** Aber die Reformvorschläge des Handwerks siehe den mehrfach erwähnten Entwurf des Reichsverbandes des deutschen Handwerks, Hannover 1921 (herausgegeben vom Reichsverband). Die Reformvorschläge der Industrie- und Handelskammer erstrecken sich besonders auf die Befestigung der Kleinkammern, Bildung beruflicher Wahlabteilungen usw.

3. Organisation.

Es liegen hierfür folgende Vorschläge vor:

A. Landwirtschaft.

Es schien bisher so, als ob die Landwirtschaft die Absicht habe, Arbeitnehmervertreter (bis höchstens $\frac{1}{3}$ der Mitgliederzahl) in die Kammern selbst hineinzunehmen. Dieser Standpunkt ist von den Landwirtschaftskammern neuerdings aufgegeben.

B. Handwerk.

Für das Handwerk liegen zwei Vorschläge vor:

- a) der Entwurf des Reichsrahmengesetzes lehnt eine paritätische Zusammenarbeit innerhalb der Handwerkskammern sowie die Schaffung einer zu gleichen Teilen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebildeten einheitlichen Kammer entschieden ab.* Die nähere gesetzliche Regelung will er von weiteren Verhandlungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Handwerks abhängig machen;
- b) der Referentenentwurf Dr. Meusch geht in die Sache tiefer ein und macht für die Gemeinschaftsarbeit folgende Vorschläge:

Die Handwerks- und Gewerbekammer und die Gesellenkammer des gleichen Bezirks bilden gemeinschaftlich die Wirtschaftskammer für den Berufsstand des Handwerks und Gewerbes.

Die Zusammenarbeit beider Vertretungen wird vermittelt durch einen aus der Zahl ihrer Mitglieder auf paritätischer Grundlage zu bildenden gemeinsamen Ausschuss.

Alle Fragen, zu deren Erledigung die Wirtschaftskammer zuständig ist, sind im gemeinsamen Ausschuss zu behandeln. Bei der Beschlussfassung müssen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl mitwirken. Sind auf der einen Seite weniger Vertreter erschienen als auf der anderen, so scheidet auf dieser Seite die erforderliche Zahl von Mitgliedern, mit dem an Lebensalter Jüngsten beginnend, aus.

Kommt im gemeinsamen Ausschuss ein einstimmiger Beschluss zustande, so hat dieser für die Handwerks- und Gewerbekammer und für die Gesellenkammer verbindliche Kraft.

Kommt ein Mehrheitsbeschluss zustande, so ist auf Antrag der Minderheit die Behandlung der gleichen Angelegenheit in gemeinsamer Vollversammlung beider Kammern herbeizuführen.

Im Falle eines Differenzbeschlusses der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer muß die streitige Angelegenheit der gemeinsamen Vollversammlung beider Kammern unterbreitet werden.

Die Kosten der Wirtschaftskammer sind von jeder der beiden Vertretungen je zur Hälfte zu tragen.

* Es kann dies gegenüber anderslautenden Mitteilungen in der Öffentlichkeit nicht oft genug betont werden.

C. Industrie und Handel.

Für Industrie und Handel hat dessen Zentral-Vertretung, der Deutsche Industrie- und Handelstag, in seiner Vollversammlung folgende Entschliehung gefaßt:

Die Gemeinschaftsarbeit soll, unter Wahrung der Selbständigkeit der Handelskammern in der bisherigen Form, zwischen den Berufsvertretungen der Unternehmer und den Arbeiter- und Angestelltenvertretungen in Handel, Industrie und Verkehr durch ständige paritätische Ausschüsse beider Körperschaftsgruppen erfolgen, deren Organisation und Arbeitsprogramm im einzelnen noch festzulegen ist.

Übereinstimmung besteht hiernach darüber, daß die Zusammenarbeit in paritätisch zusammengesetzte Ausschüsse zu verlegen ist. Dieser Ausschuß würde nach Bedarf besondere Arbeitsausschüsse zu bilden haben. Es wird den einzelnen Berufsgruppen und der Entwicklung überlassen bleiben müssen, ob die Gemeinschaftsarbeit eine losere oder festere sein wird. Das Handwerk denkt an das letztere, Landwirtschaft, Industrie und Handel an das erstere.

Zu der Frage, ob neben den gemeinsamen Ausschüssen auch noch gemeinsame Plenarsitzungen in Erwägung zu ziehen sind, liegt bisher nur eine befürwortende Stellungnahme des Handwerks vor.* Man wird für alle Fälle die Möglichkeit vorsehen können, es aber der Entwicklung überlassen müssen, ob sich der hierfür erforderliche Aufwand an Mitteln und Zeit wirklich bezahlt macht.

Zur Verdeutlichung, wie etwa der Geschäftsgang zu denken ist, seien hier einige unmaßgebliche Einzelheiten angeführt.

Die Vorstände treten in einer Besetzung von je 3 Mitgliedern unter jährlich wechselndem Vorsitz in einer gewissen Regelmäßigkeit zusammen, besprechen die für eine Zusammenarbeit geeigneten Eingänge, überweisen in Betracht kommende Angelegenheiten den gemeinsamen Ausschüssen, nehmen deren Berichte entgegen und besprechen Anregungen, die von der einen oder anderen Seite gegeben werden.

Die Ausschüsse, mit je 3—5 Mitgliedern besetzt, behandeln, ebenfalls unter jährlich alternierenden Vorsitzenden, die ihnen durch Gesetz, Verordnung oder durch gemeinsamen Beschluß der beiden Körperschaften von den vereinigten Vorständen zugewiesenen Angelegenheiten und stellen eigene Initiativanträge. Ihre Gutachten und Beschlüsse gehen an die Vorstände zu weiterer Veranlassung zurück. Es bleibt den beiden Kammern vorbehalten, zu diesen selbständig Stellung zu nehmen.

* Der Wirtschaftsrat Hamburg hat eine solche Einrichtung, sie wird aber nur selten benutzt.

Bei Fragen oder Aufgaben, die durch Gesetz, Verordnung oder gemeinsamen Beschluß von vornherein für eine paritätische Behandlung vorgesehen sind, entscheiden die gemeinsamen Vorstände oder die hierfür eingesetzten ständigen Ausschüsse selbständig; bei der Beschlußfassung müssen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Anzahl mitwirken.

Es ist aber auch ein anderer Aufbau denkbar. An die Stelle der beiderseitigen Vorstände kann auch ein paritätisch zusammengesetzter Berufsausschuß* treten, der dann aus sich heraus für besondere Sachgebiete und Aufgaben paritätische Arbeitsausschüsse einzusetzen hätte. Auch in diesem Falle würden dem Berufsausschuß und seinen Unterausschüssen bestimmte Aufgaben durch Gesetz, Verordnung oder gemeinsamen Beschluß zur selbständigen Erledigung übertragen werden können.

4. Die für eine Zusammenarbeit sich eignenden Tätigkeitsgebiete.

Bei mangelndem guten Willen und Gemeinschaftsgefühl wird auch das reichhaltigste Programm keine Liebhaber finden, bei vorhandenem Betätigungswillen wird es von selbst herauswachsen, auch wenn nichts darüber gesagt ist.

Es kommt also alles auf den Geist an, in dem die Gemeinschaftsarbeit aufgenommen wird. Geht man von der einen Seite mit einem Gefühl zurückweisender Überhebung, von der anderen mit einem Gefühl innerer Feindseligkeit an sie heran, so ist es besser, man bleibt auseinander, denn dann bietet die neue Einrichtung nur eine neue Gelegenheit für wirtschaftsparteiliche Kämpfe.

Für die Zusammenarbeit sind bisher folgende Vorschläge gemacht:

Nach dem Referentenentwurf von Dr. Meusch sind die Handwerks- und Gewerbekammer und die Gesellenkammer befugt

* Es ist nicht unbedenklich, diesem Berufsausschuß auch die Bezeichnung Berufskammer geben zu können. Will man nur die Worte wechseln, so würden Wort und Sinn in Widerspruch miteinander geraten; will man dagegen eine sachliche Änderung herbeiführen, so würde dies zu inneren Schwierigkeiten führen. Eine Kammer ist ein selbständiger öffentlich-rechtlicher Selbstverwaltungskörper, ausgestattet mit dem Rechte, von allen Zugehörigen des Berufsbezuges Zwangsbeiträge zu erheben, sie hat ihre eigenen Sitzungen, einen selbständigen Etat, einen eigenen Syndikus, eigenes Büro usw. Eine berufliche „Zwischenkammer“ ist ein Widerspruch in sich selbst, eine „Oberkammer“ aber nimmt den bisherigen Kammern ihre Selbständigkeit, also ihre Kammereigenschaft, und wandelt sie in untergeordnete Abteilungen um.

selbständig oder in Gemeinschaft, im Einvernehmen mit den beteiligten Fachverbänden und Berufsverbänden Anstalten, Anlagen und Einrichtungen, die die Förderung von Handwerk und Gewerbe sowie die gewerbliche, technische und sittliche Ausbildung der Meister, Gesellen (Gehilfen) und Lehrlinge bezwecken, zu begründen, zu unterhalten und zu unterstützen.

Die Handwerks- und Gewerbekammer und die Gesellenkammer haben gemeinsam als Wirtschaftskammer Vorschriften für die nähere Regelung des Lehrlingswesens in Handwerk und Gewerbe nach Maßgabe der hierfür geltenden reichsgesetzlichen Vorschriften zu erlassen und ihre Durchführung zu überwachen.

Die geltende RGO. hat in § 103k daneben noch die Abgabe von Gutachten und Erstattung von Berichten über Angelegenheiten, welche die Verhältnisse der Gesellen (Gehilfen) und Lehrlinge betreffen sowie die Entscheidung über Beanstandungen von Beschlüssen der Prüfungsausschüsse den Gesellenausschüssen zur Mitwirkung zugewiesen.

Der von Dr. Huber aufgestellte Referentenentwurf für ein Reichsgesetz betr. die Industrie- und Handelskammern bestimmt:

Bei der Verwaltung von Anstalten, Anlagen und Einrichtungen, welche der Ausbildung und Erziehung von Angestellten, Lehrlingen oder Arbeitern dienen darf die Übertragung der Verwaltung an die Kammern nur unter einer angemessenen Beteiligung der Arbeitnehmervertretung des in Frage kommenden Bezirks für Handel und Industrie erfolgen. Weiter wird in einem besonderen Reichsgesetz die Regelung der Beziehungen der Kammern zu den Interessensvertretungen der Arbeitnehmer ihres Bezirks aus Handel und Industrie und die Art, in welcher die gemeinsame, auf paritätischer Grundlage zu erledigenden Aufgaben erfüllt werden soll, verlangt.

Es ist ohne weiteres klar, daß es neben den obigen wichtigen Aufgabengebieten noch manches andere gibt, das sich ebenfalls für ein Zusammenarbeiten gut eignet.

5. Die Zusammenfassung der Berufskammern in einem Landesgewerberat.

Seit fast einem Jahrhundert kehrt der Gedanke, die erwerbenden Stände zu territorialen Beratungskörpern zusammenzufassen, in Wort und Schrift immer wieder. Auch an praktischen, aber stets mißglückten Versuchen, die Idee in die Tat umzusetzen, hat es nicht gefehlt; so sei an die alten preussischen Gewerberäte (1849), welche Handwerker, Fabrikanten und Kaufleute, anfänglich auch noch Arbeitnehmer umfaßten, erinnert; dann an den nach dem Muster des Conseil supérieur de commerce et de l'industrie 1880 von Bismarck errichteten Preussischen Volkswirtschaftsrat, der aber nur zweimal

zusammengetreten ist.* Diese und ähnliche Institutionen sind ausnahmslos an Blutleere eingegangen.

Wenn trotzdem empfohlen wird, den alten Gedanken wieder aufzunehmen, so ist dies in den inzwischen völlig veränderten wirtschaftspolitischen Verhältnissen, vor allem aber darin begründet, daß der Bau heute einen festgefügtten Unterbau und eine ausgeprägte Zweckbestimmung haben würde. Wenn die Berufskammern der Unternehmer und Arbeitnehmer neu geschaffen bzw. entsprechend ausgebaut und beiderseits zu Arbeitsgemeinschaften zusammengeschlossen sein werden, ist es für die mittleren und kleineren Länder, die nur je eine oder wenige Kammern der gleichen Art besitzen, ein leichtes, sie in ihrer Gesamtheit in einen Landesgewerberat zusammenzufassen und in wichtigen wirtschaftlichen Fragen des Landes gemeinschaftlich zu hören. Damit kann den Landesverwaltungen sehr gedient sein. In Preußen wird es wohl ohne Zwischenschaltung provinzieller Organe nicht gehen.

Das Schema einer solchen zusammenfassenden Organisation wäre das nebenstehende.

6. Landesgewerberat und Bezirkswirtschaftsrat.

Zwischen beiden Vertretungskörpern bestehen fundamentale Unterschiede:

- a) hinsichtlich ihrer staatsrechtlichen Stellung und ihrer Bestimmung:

Jener ist eine landesrechtliche, dieser eine reichsrechtliche Institution. Jener hat der Landesgesetzgebung und der Landesverwaltung, dieser dem Reiche und den Aufgaben seiner Räteverfassung zu dienen.

- b) Zusammensetzung:

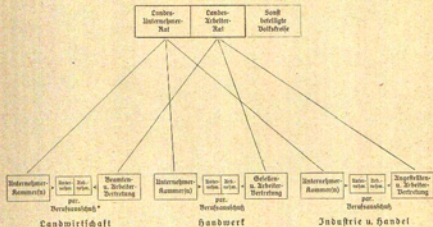
Jener vereinigt nur die erwerbenden, dieser auch die verbrauchenden Stände, jener nur die gesetzlichen, dieser auch freie Unternehmervertretungen in sich.

- c) Bezirke:

Die Bezirke jener decken sich mit den Landesterritorien, sind also nach den Ländern verschieden groß, die Bezirke dieser sollen nach der bisherigen Annahme möglichst von ungefähr gleicher Größe und von der politischen Einteilung des Reiches unabhängig sein.

* Der Plan, diesen Volkswirtschaftsrat über das ganze Reich auszudehnen, scheiterte damals an dem Umstande, daß der Reichstag die Diäten nicht bewilligen wollte.

Landeswirtschaftsrat



* Man kann bei per. Berufsausschuss auch bei Arbeitsgemeinschaften auch Berufsausschüsse errichten.

Trotz dieser starken Verschiedenheiten zeigen beide Vertretungskörper doch wieder so vieles innerlich Gemeinsame, daß es zweifelhaft ist, ob sie beide auf die Dauer nebeneinander bestehen können. Die beiden Teilen zufallenden Aufgaben werden größtenteils identisch sein. Auch in ihrer Zusammensetzung werden sie, wenigstens in ihrer Kernmasse, den Vertretungen der erwerbenden Stände, dieselbe Struktur zeigen, dieselben Delegierten haben. Da die Bezirkswirtschaftsräte gegenüber den auf festgegründetem berufsständischem Unterbau errichteten und mit regelmäßigen Landesaufgaben ausgestatteten Landesgewerbeberäten gleichsam in der Luft hängen, werden sie als die lebensschwächeren sicher alsbald dieser ihrer Wesenlosigkeit zum Opfer fallen.* Deshalb soll man sorgfältig prüfen, ob es sich verlohnt, sie überhaupt ins Leben zu rufen, ob es nicht möglich ist, den Landesgewerbeberäten durch entsprechenden Ausbau zu Landeswirtschaftsräten die verfassungsmäßigen Aufgaben der Bezirkswirtschaftsräte gleichsam nebenamtlich zu übertragen. Man kann natürlich die Vorfrage stellen, ob es dann nicht noch richtiger ist, die Bezirkswirtschaftsräte einfach in suspenso zu lassen, ihre Einrichtung ad calendas graecas zu vertagen und die Landeswirtschaftsräte für sich wirken zu lassen. Das ist nicht angängig. Der Räteaufbau der Verfassung verlangt Bezirkswirtschaftsräte. Hier soll für alle Fälle nur der andere Weg weiter verfolgt werden.

Der Haupteinwand gegen eine solche Verschmelzung der Institutionen der Länder und des Reiches wird sicherlich aus der Verschiedenheit der beiderseitigen Bezirke abgeleitet werden.

Die öffentliche Diskussion über die Bezirkswirtschaftsräte wurde bisher von der These beherrscht: möglichst große und gleichmäßige Bezirke etwa im Umfange einer preussischen Provinz. Es war dies keine glückliche Parole. Welche weitreichenden wirtschafts- und sozialpolitischen Pläne sind aus diesen „Wirtschaftsprovinzen“ hervorgegangen! Wieviel Mühe ist allein auf die unlösbare Aufgabe verwandt worden, Deutschland in ausgerechnet 14 annähernd gleich große, wirtschaftlich zusammengehörige Bezirke zu gliedern! Welch ein ermüdendes und fruchtloses Suchen nach den praktischen Aufgaben, die solcher, aus verschiedenen Länderstücken künstlich zusammengewürfelten Formation zu geben wäre! Je größer der Bezirk, desto mehr verlieren sich natürlich die persönlichen und beruflichen Zusammenhänge, und die Tätigkeit verläuft sich in das Allgemeine,

* Darüber, daß es sich bei den Bezirkswirtschaftsräten um wirklich lebensschwache, wenn nicht lebensunfähige Gebilde handelt, ist man sich in weiten Kreisen von Anfang an klar gewesen; auch der in der Einleitung erwähnte Beschluß des Verfassungsausschusses drückt in dieser Hinsicht eine starke Resignation aus.

Abstrakte. Auch verwaltungstechnisch entstehen unüberwindbare Schwierigkeiten, wenn aus einem solchen Länder-Konglomerat heraus mit den verschiedensten Landes- und Provinzialbehörden verhandelt und beraten werden soll. Die selbst den niedrigsten Lebewesen eigene Seele mangelt einem Konglomerat.

Aber schon rein äußerlich mußte die Ausrechnung an einem konkreten Beispiel die Unmöglichkeit ergeben, der Verfassungsbestimmung, „daß in dem Bezirkswirtschaftsrat alle wichtigen Berufsgruppen entsprechend ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung vertreten sein müssen“, einigermaßen gerecht zu werden.

In dem Wirtschaftsgebiet Niedersachsen, das die Provinz Hannover, den Regierungsbezirk Minden der Provinz Westfalen, die Länder Oldenburg, Schaumburg Lippe, Lippe-Deimold und Pyrmont, möglichst auch noch die Länder Braunschweig und Bremen umfassen soll, bestehen zurzeit: 18 Handelskammern, 11 Handwerkskammern, 8 Landwirtschaftskammern (nicht berücksichtigt sind geplante Verbraucherkammern, Gastwirtekammern u. a.). Durch Zusammenlegung der kleineren Handelskammern läßt sich die Gesamtzahl vielleicht auf etwa 30 herabdrücken. Das ist die im Verfassungsauswurf als normale Mitgliederzahl für einen Bezirkswirtschaftsrat angenommene Ziffer. Da der Bezirkswirtschaftsrat sich in 3 Abteilungen (Arbeitgeber, Arbeitnehmer und sonstige beteiligte Volkstriebe) gliedert, würden auf die Unternehmerabteilung zusammen 10, also auf jede Berufsgruppe etwa 3 Mitglieder entfallen, die von je 3 Kammern gemeinschaftlich zu wählen sind. Diese 3—4 Vertreter würden die gesamte Industrie, Groß- und Kleinhandel, die Banken, die Lehranstalten usw., von ganz Niedersachsen zu vertreten haben!

Die Verfassung hat aber, und das ist die Hauptsache, solche unformen großen Bezirke gar nicht verlangt. Nirgends ist gesagt, daß bei der Bezirkseinteilung die politische Ländereinteilung nicht zugrunde gelegt werden darf. Die für die Bezirksarbeiterräte gegebene Bestimmung, „daß sie sich nach Wirtschaftsgebieten gliedern sollen“, ist vielmehr so auszulegen, daß sie sich nicht an die Landesgrenzen zu halten brauchen, wenn die wirtschaftlichen Zusammenhänge es wünschenswert erscheinen lassen.*

Die Größenverschiedenheit der Länder braucht hiernach kein Hinderungsgrund für die aus anderen Gründen doch sehr erwünschte Verschmelzung zu sein. Man muß nur für die Wahlen zum RWR.

* „Es wird notwendig sein, daß in einzelnen Fällen die Bezirke der Arbeiterräte und Wirtschaftsräte mit den politischen Grenzen nicht übereinstimmen, wenn besondere wirtschaftliche Interessen vorliegen. Der Normalfall möchte aber bleiben, daß der Wirtschaftsrat parallel einer politischen Instanz steht. Sie überweisen den Arbeiter- und Wirtschaftsräten im vorliegenden Absatz Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse, zerstören aber bei Annahme des Antrags die Parallelität zwischen den politischen Behörden und diesen wirtschaftlichen Instanzen grundsätzlich.“ (Doehsch [Sachsen], Verhdg. der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 336, S. 397.)

die kleinen Landeswirtschaftsräte zu Wahlkörpern vereinigen. Daß durch eine solche Lösung die geplanten Wirtschaftsprovinzen und manche mit diesen verbundene Pläne zu Grabe getragen werden, ist nicht zu leugnen. Aber abgesehen davon, daß hierbei auch manche Illusionen verschwinden, ist doch das Wichtigere, daß die Sorge um die fragwürdigen Gebilde der Bezirkswirtschaftsräte ein für allemal aus der Welt geschafft wird.

7. Landeswirtschaftsräte.

Nach den vorstehenden Ausführungen ist der Gedanke, die berufsständischen Zentralorgane der Länder mit den Aufgaben der Bezirkswirtschaftsräte zu betrauen, wohl der Erwägung wert. Es soll nun im einzelnen untersucht werden, wie eine solche Verschmelzung konstruktiv durchzuführen ist.

Vorweg muß zur Bedingung gemacht werden, daß die zentrale Landeseinrichtung durch die Übernahme der Funktionen des Räteorganes in ihrer nächstliegenden Bestimmung nicht beeinträchtigt werden darf; das braucht auch, da zwischen beiden Aufgaben nichts Widersprechendes ist, nicht der Fall zu sein.

Es wird weiter die Frage offen gelassen, ob, wenn Landeswirtschaftsräte bestehen, überhaupt noch Fragen offen bleiben, die nicht in den Aufgabenbereich dieser, sondern der Bezirkswirtschaftsräte fallen würden.

Der Ausbau der Landesgewerberäte zu Landeswirtschaftsräten ist verhältnismäßig einfach. Es brauchen zu den Vertretungen der Erwerbsstände nur noch die der verbrauchenden Stände und sonst beteiligter Volkskreise sowie etwaige Unternehmervertretungen von selbständiger Bedeutung hinzugezogen werden. Damit würde den an Wirtschaftsräte gestellten Anforderungen der Verfassung voll Genüge geschehen sein. Selbstverständlich müssen die den Bezirkswirtschaftsräten zugeordneten gesetzlichen Aufgaben den Landeswirtschaftsräten und ihren event. Bezirksorganisationen übertragen werden.

Den kleineren Ländern muß es hierbei frei gelassen bleiben, sich nach eigener Entschließung mit anderen zusammen oder an größere anzuschließen, den großen, sich zu unterteilen; die berufsständische Organisation weist ja schon hierauf hin. Wenn außerdem die Möglichkeit offen gelassen wird, abseitsliegende Länderstücke näherliegenden Ländern zuzuweisen, so ist alles vorgeesehen, was natürlicher- und vernünftigerweise geschehen kann — nur das Ideal bürokratischer Uniformierung und Schematisierung ist nicht erfüllt.

Die Landeswirtschaftsräte werden den Räteaufbau noch nach einer anderen Richtung hin erleichtern können. Die in ihnen als Spitzen-

organisationen vereinigten Arbeitnehmervertreter, für die Länder die gegebenen Landesarbeiterräte, werden gleichzeitig, ohne daß es noch besonderer Wahlen bedarf, die von der Verfassung verlangten Bezirksarbeiterräte sein.

Die so ausgebauten Landeswirtschaftsräte werden auch für die Länder einen vermehrten Wert besitzen, sie können ihnen das Gleiche werden wie dem Reiche der Reichswirtschaftsrat. Sie werden gewiß schon nach dem Umfange der Länder verschieden an Bedeutung sein, ihr Innenwert besteht aber, wie bei den Kammern, in dem, was sie wirklich leisten, d. h. was sie aus sich selbst heraus an Initiativkraft produzieren.

Die Begründung zum Artikel 165 der Verfassung weist bereits auf die Bildung solcher Landeswirtschaftsräte hin, indem sie sagt:

... daß die Arbeiter- und Wirtschaftsräte den organischen Ausdruck für die Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft des Volkes bilden, die im Staate ihre Angelegenheiten selbständig ordnen und verwalten will. Erscheint deshalb die Schaffung solcher Räte für das Reich und seine einzelnen Wirtschaftsgebiete geboten, so werden auch für die größeren Gliedstaaten Landesarbeiterräte und Land(es)wirtschaftsräte in Aussicht zu nehmen sein . . ."

Daß sich nach dieser Richtung hin eine bestimmte Entwicklung anbahnt, geht aus den in Hamburg bereits eingeführten, in Bayern und in Mecklenburg-Schwerin in Vorbereitung befindlichen Landeswirtschaftsräten hervor. Ein schöpferischer Gedanke arbeitet sich hier, unbekümmert um das starre Schema der Verfassung, aus sich heraus durch, ungleich in den Lebensformen, aber klar und bestimmt im Endzweck.

8. Der Reichswirtschaftsrat.

Es liegt außerhalb des Rahmens dieser Veröffentlichung, Vorschläge für die Zusammensetzung des endgültigen Reichswirtschaftsrates und seine Arbeitsorganisation zu machen. Die nachstehenden Ausführungen beschränken sich im Allgemeinen darauf, nur einen Überblick über die Zusammensetzung und Tätigkeit des vorl. Reichswirtschaftsrats zu geben.

A. Zusammensetzung.

Aber die Zusammensetzung des Reichswirtschaftsrats bestimmt Art. 165 der Verfassung folgendes:

... der Reichsarbeiterrat tritt (treten) mit den Vertretungen der Unternehmer und sonst beteiligter Volkstriebe zu einem Reichswirtschaftsrat zusammen. der Reichswirtschaftsrat ist (sind) so zu gestalten, daß alle wichtigen Berufsgruppen entsprechend ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung darin vertreten sind."

Überficht über die zum vorl. Reichswirtschaftsrat

Berufsgruppen	Unternehmervverbände und berufständische Zentralorgane	Zahl der Vertreter
I. Land- und Forstwirtschaft*	1. Deutscher Landwirtschaftsrat 2. Bund der Landwirte 3. Deutscher Landbund 4. Vereinigung der deutschen Bauernvereine 5. Deutscher Bauernbund 6. Reichsverband der deutschen landwirt- schaftlichen Genossenschaften 7. Generalverband der deutschen Raiffeisen- genossenschaften 8. Genossenschaft des Zentralverbandes der Bauernvereinsorganisation. Deutschlands	11 4 4 3 7 1
II. Gärtnerei und Fischerei	1. Verband deutscher Gartenbaubetriebe 2. Reichsverband f. d. deutsch. Gartenbau 3. Wirtschaftl. Verband der deutsch. Hochsee- 4. Deutscher Seefischereiverein (Fischereien) 5. Reichsverband der deutschen See- und Rüffischerei 6. Deutscher Fischereiverein	1 1 1 1
III. Industrie	1. Deutscher Industrie- und Handelstag 2. Deutscher Städtetag	10 2
IV. Handel, Banken und Ver- sicherungswesen	1. Deutscher Industrie- und Handelstag 2. Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes 3. Reichsverband der Privatversicherungen 4. Deutscher Spartassenvorband 5. Verband der öffentlich-rechtlichen Kredit- anstalten, Berlin	8 2 1 1 1
V. Verkehr und öffentliche Unternehmungen	1. Reichseisenbahnverwaltung 2. Reichspostverwaltung	2 1
VI. Handwerk*	1. Reichsverband des deutschen Handwerks	16
VII. Gastwirts-gewerbe	1. Deutscher Gastwirtsverband	1
	Zusammen:	78

* Hinzuzurechnen sind noch je 4 Vertreter der landwirtsch. und der Handwerker-genossenschaften

ernennungsberechtigten Körperschaften und Verbände.

Tabelle I.

Arbeitnehmerverbände	Zahl der Vertreter	Zentralarbeitsgemeinschaften u. gemischte Organisationen	Zahl der Vertreter Ag. An.	
1. Deutscher Landarbeitervorband	16*	Deutscher Reichs- forstwirtschaftsrat	3	3
2. Zentralverband der Forst-, Land- u. Weinbergsarbeiter Deutschlands	8*			
3. Reichsverb. land- u. forstwirtschaftl. Fach- und Körperschaftsbeamten (Reichsverband deutscher Guts- beamten)	3			
4. Verband land- und forstwirtschaftl. Angestellter				
5. Reichsbund akademisch gebildeter Landwirte	1			
1. Verband der Gärtner- u. Gärtnerei- arbeiter	1	—	—	—
2. Deutscher (nationaler) Gärtnerverb.				
3. Verband deutscher Privatgärtner				
4. Deutscher Transportarbeiterverband, Abteilung Seeleute				
5. Deutsch. Berufs- Binnenfischerverb.	1			
1. Verb. d. Gemeinde- u. Staatsarbeiter	2	1. Zentralarbeitsgemeinschaft d. industriellen u. gewerblich. Arbeitgeber u. Arbeitnehmer Deutschlands	21	31
2. Deutscher Transportarbeiterverband			2	2
3. Zentralverband d. Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands			1	1
1. Deutscher Beamtenbund	1	Eine den Einzelhandel, den Großhandel, den Außenhandel u. d. Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg umfassende Arbeitsgemeinschaft	10	21
2. Arbeitsgemeinsch. fr. Angest.-Verb.	1			
3. Gewerkschaftsbund der Angestellten				
4. Ges.-Verb. dtsh. Angest.-Gewerksch.				
1. Jtr.-Verb. dtsh. Post-Tele.-Bedienst.	1	Zentralarbeitsgemeinschaft des Transport- u. Verkehrs- gewerbes	8	8
2. Deutscher Transportarbeiterverband				
3. Verband deutscher Post- u. Telegr.- arbeiter und -handwerker				
4. Reichs-erb. deutsch. Staatsarbeiter und Bediensteter				
5. Deutscher Eisenbahnerverband				
6. Gewerkschaft deutscher Eisenbahner u. Staatsbediensteter und gemeinsamer Eisenbahnerverband	1			
—	—	Zentralarbeitsgemeinschaft d. industriellen und gewerblichen Arbeitgeber u. Arbeitnehmer Deutschlands	—	16
1. Verb. d. Gastwirtsgeh. (Zentralorga- nizat. d. Hotel-, Rest.- u. Caféangest.)	1	—	—	—
2. Deutscher Köcherverband				
Zusammen:	39		45	82

* Hierunter befinden sich je 3 Vertreter des Landwirtschaftlichen Kleinbesitzes.

Aber diese allgemeinen Bestimmungen hinaus ist nirgends gesagt, wie viel Mitglieder er umfassen, und wie er gewählt werden soll.

Die dem vorl. Reichswirtschaftsrat zugewiesene Aufgabe, beim Aufbau der in der Verfassung vorgesehenen Arbeiterräte, Unternehmervertretungen und Wirtschaftsräte mitzuwirken, wird dadurch erschwert, daß jede Norm dafür fehlt, welche Berufsgruppen als wichtig anzusehen sind. Es heißt zwar, daß sie entsprechend ihrer wirtschaftlichen Bedeutung zu berücksichtigen sind. Wenn man für die wirtschaftliche Bedeutung zur Not noch Unterscheidungsmerkmale finden kann, so z. B. die Zahl der Betriebe, die Zahl der beschäftigten Arbeiter, die Höhe der investierten Kapitalien oder den Anteil an der Gesamtproduktion, so ist der andere Maßstab, der der sozialen Bedeutung, ungleich schwieriger.

Bei der Zusammensetzung des vorl. Reichswirtschaftsrats hat die Reichsregierung nach eigenem Ermessen die in der vorstehenden Tabelle I (S. 28/29) aufgeführten Körperschaften und Verbände ausgewählt und zur Entsendung von Vertretern berechtigt.

1. Die Unternehmervertretungen.

Wie Tabelle I zeigt, ist in der Hauptsache den berufsständischen Zentralorganen, den Zentral-Arbeitsgemeinschaften und einzelnen Unternehmerverbänden das Recht zur Entsendung von Unternehmervertretern zuerkannt. (Außerdem haben noch die Reichseisenbahnverwaltung, die Reichspost und der Deutsche Städtetag ein Ernennungsrecht erhalten.) Damit die wichtigen Erwerbszweige auch wirklich vertreten werden, ist in der Verordnung über den vorl. Reichswirtschaftsrat an den gegebenen Stellen verlangt worden, daß bei der sachlichen Gliederung die großen Fachgruppen, bei der räumlichen Gliederung die nicht ausreichend berücksichtigten Landesteile zu berücksichtigen sind. Die tatsächliche Verteilung der Unternehmer auf die einzelnen Gewerbe ist in der nebenstehenden Tabelle II wiedergegeben.

2. Der Reichsarbeiterrat.

Die Verfassung sagt nichts darüber, wie sich der Reichsarbeiterrat zusammensetzt und wie er gebildet werden soll. Sinngemäß werden die für den Reichswirtschaftsrat geltenden Bestimmungen, daß alle wichtigen Berufsgruppen in ihm vertreten sein müssen, auch auf ihn Anwendung finden. Man hält ihn selbst in Arbeiterkreisen im allgemeinen für überflüssig, denn innerhalb des Reichswirtschaftsrats fungiert bereits die Abteilung II als Gesamtvertretung der Arbeitnehmer, außerhalb erfüllen die großen Gewerkschaften diese Funktionen. Was soll nun ein drittes Organ? Für sich selbst ge-

Tabelle II.

Verteilung der Mitglieder
des vorl. RWR. auf die einzelnen Gewerbe.*

Gewerbegruppen	Gesamtzahl der Vertreter	Davon entfallen auf	
		Arbeit- geber	Arbeit- nehmer
A. Land- und Forstwirtschaft **			
1. Landwirtschaft	44	22	22
Landwirtschaftlicher Kleinbesitz	14	14	
2. Forstwirtschaft	6	3	3
B. Gärtnerei und Fischerei			
1. Gärtnerei	2	1	1
2. Fischerei	4	2	2
C. Industrie	72	36	36
D. Handel, Banken und Versicherungs- wesen	46	23	23
E. Verkehr u. öffentl. Unternehmungen			
1. Schifffahrt	10	5	5
2. Transportbetriebe	4	2	2
3. Post	2	1	1
4. Eisenbahn	6	3	3
F. Handwerk ***	32	16	16
G. Gastwirtsgewerbe	2	1	1
	244	115	115
		14	

dacht, wird er ebenso wie die Bezirksarbeiterräte schwerlich einen ausreichenden eigenen Aufgabekreis finden, und doch ist sein Vorhandensein formale Voraussetzung für die Bildung des Reichswirtschaftsrats. Die Verordnung über den vorl. Reichswirtschaftsrat sagt nämlich ausdrücklich, daß der endgültige Reichswirtschaftsrat nicht eher zusammentreten kann, ehe nicht die zur Wahl des endg. RWR. erforderlichen Körperschaften ins Leben getreten sind.

Für die Bildung des Reichsarbeiterrates sind folgende Möglichkeiten denkbar:

- a) er kann aus Urwahlen, oder
- b) aus indirekten Wahlen der Betriebsräte oder der Bezirksarbeiterräte, oder

* Die Übersicht folgt nicht überall der Aufstellung der Verordnung.

** Hinzuzurechnen sind noch 4 Vertreter des landwirtschaftl. Genossenschaftswesens.

*** Hinzuzurechnen sind noch 4 Vertreter der Handwerker-Genossenschaften.

- c) aus Wahlen der Zentralarbeitsverbände bzw. der Zentralarbeitsgemeinschaften, oder schließlich
- d) aus Wahlen der großen Gewerkschaften hervorgehen.

Die Verordnung über den vorl. RWR. hat von Wahlen ganz abgesehen und bestimmten Arbeitnehmersverbänden bzw. gemischten Arbeitsgemeinschaften eine bestimmte Zahl von Vertretern zugewiesen.

Ob dieses Verfahren das zwar die Bildung des Reichsarbeitsrats sehr erleichtert, aber immerhin etwas Willkürliches in sich trägt, beibehalten werden kann, muß vom Verfassungsausschuß nachgeprüft werden, insbesondere ist zu erwägen, ob nicht auch in dem konzentrischen Aufbau der Betriebsräte, der Bezirksarbeiterräte und des Reichsarbeitsrats schon ein Hinweis für die Bildung des Reichsarbeitsrats aus den Bezirksarbeiterräten gegeben ist. Welcher Weg auch beschritten werden sollte, unter allen Umständen müssen die verschiedenen Berufsgruppen berücksichtigt werden.

Die Verteilung der Arbeitnehmer auf die einzelnen Berufsgruppen im vorl. Reichswirtschaftsrat geht aus Tabelle II hervor.

Für den vorl. Reichswirtschaftsrat sind, wie Tabelle I zeigt, neben 6 Zentralarbeitsgemeinschaften 24 Arbeitnehmersverbände als entsendungsberechtigt anerkannt. Die Zahl der von diesen beiden Gruppen ernannten Mitglieder weicht wesentlich voneinander ab. Von den ersteren sind 82 Mitglieder, von den letzteren 39 Mitglieder ernannt worden.

3. Vertretungen der sonst beteiligten Volkskreise.

Keine Frage ist im Räteaufbau mehr umstritten und angefochten als die Bildung der III. Abteilung, welche als sonst beteiligte Volkskreise die Gruppen 7 (Verbraucherschaft), 8 (Beamtschaft und freie Berufe), 9 (mit dem Wirtschaftsleben der einzelnen Landesteile besonders vertraute Persönlichkeiten) und 10 (von der Reichsregierung nach freiem Ermessen zu ernennende Personen) umfaßt. Man hat vor allen Dingen den Begriff der Verbraucherschaft, unter den, genau genommen, die gesamte Bevölkerung fällt, als unglücklich bezeichnet, es war auch gar nicht nötig, der Gruppe 7 einen derartigen Sammelnamen zu geben. Hier handelt es sich also nur um einen Streit um Worte, aber es sind auch sachliche Einwendungen erhoben, die im Verfassungsausschuß im einzelnen nachzuprüfen sind.

Eine Gesamtübersicht der in Abteilung III des vorl. Reichswirtschaftsrats berücksichtigten Volkskreise gibt die nachstehende Tabelle III.

Gesamtübersicht
über die Vertretungen der sonst beteiligten Volkskreise.

	Zahl der Vertreter
A. Städte und Gemeinden	
1. Städtetag	6
2. Reichsstädtebund	2
3. Verband der größeren deutschen Landgemeinden	2
4. Kleinere deutsche Landgemeinden	2
5. Gemeindeverbände	4
B. Genossenschaften	
1. Landwirtschaftliches Genossenschaftswesen	4
2. Handwerker-genossenschaften	4
3. Zentralverband deutscher Konsumvereine	8
4. Reichsverband deutscher Konsumvereine	3
5. Allgemeiner deutscher Genossenschaftsverband	1
6. Genossenschaftsbanken	2
C. Hauswirtschaft	
1. Verband deutscher Hausfrauenvereine	2
2. Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands und Reichs- verband weiblicher Hausangestellten	2
D. Beamtenschaft	
Deutscher Beamtenbund und Deutscher Beamtenwirtschaftsbund	5
E. Freie Berufe	
1. Reichsbund deutscher Technik	3
2. Deutscher Wertbund	1
3. Reichsverband der deutschen Presse	1
4. Deutscher Anwaltverein	1
5. Deutscher Ärztevereinsbund	1
6. Verband der bildenden Künstler Berlin Verband der bildenden Künstler München)	2
7. Genossenschaft deutscher Tonseher und Verband konzertierender Künstler Deutschlands E. V.	1
8. Schuhverband deutscher Schriftsteller	1
F. Vom Reichsrat ernannte, mit dem Wirtschaftsleben der einzelnen Landesteile besonders vertraute Persönlichkeiten	12
G. Von der Reichsregierung nach freiem Ermessen ernannte Personen	12
	82

B. Aufgaben.

Als Hauptaufgaben des RWR. bezeichnet Art. 165 der Verfassung:

1. Erfüllung der gesamten wirtschaftl. Aufgaben,
2. Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze.

In näherer Ausführung und Ergänzung dieser generellen Bestimmung wird folgende Einzelaufgabe aufgeführt:

„Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden.“

Der Reichswirtschaftsrat hat das Recht, selbst solche Gesetzesvorlagen zu beantragen.

Den Wirtschaftsräten können auf den ihnen überwiesenen Gebieten Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse übertragen werden.“

Die Verordnung über den vorl. RWR. fügt in Art. 11 folgende weitere Aufgabe hinzu:

Er wirkt beim Aufbau der in der Reichsverfassung vorgesehenen Arbeiterräte, Unternehmervertretungen und Wirtschaftsräte mit.

In Befolgung des ihm erteilten generellen Auftrages, „an der Erfüllung der gesamten wirtschaftlichen Aufgaben mitzuwirken“, ist der vorl. Reichswirtschaftsrat über die vorstehenden Aufgaben weit hinausgegangen. Er hat sich nicht darauf beschränkt, in Vorbereitung befindliche Gesetzentwürfe zu beraten, sondern hat, und das ist ihm zum besonderen Verdienst anzurechnen, auch eine starke Initiativtätigkeit entwickelt. Gerade in dieser letzterwähnten schaffenden Arbeit werden auch für die Zukunft die Wurzeln seiner Kraft, seine Rechtfertigung in der Öffentlichkeit und sein Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung, liegen.

Der Umfang und die Gliederung seiner Tätigkeit geht am besten aus der im Laufe der Zeit von ihm vorgenommenen Arbeitsorganisation in den Ausschüssen und den Unter- und Arbeitsausschüssen hervor. Mit Fortlassung der letzten ergibt sich folgende Übersicht:

Die Organisation des RWR. in Ausschüssen und Unterausschüssen.

I. Wirtschaftspolitik.

Unterausschüsse:

1. Landwirtschaft und Ernährung.
2. Holz- und Forstwirtschaft.
3. Sozialisierung.
4. Kohlenwirtschaft.
5. Produktionskredit.
6. Handelspolitik.
7. Ausfuhrabgaben und Außenhandelskontrolle.
8. Wirtschaftliche Förderung der geistigen Arbeit.

II. Sozialpolitik.

III. Räte-Verfassung.

IV. Finanzpolitik.

Unterausschüsse:

1. Steuerrontrolle.
2. Umsatzsteuer.

V. Verkehr.

VI. Wasserwirtschaft.

VII. Siedlungs- und Wohnungswesen.

Unterausschuß:

Ländliches Siedlungswesen.

VIII. Heranbildung unserer wirtschaftlichen Kräfte.

IX. Reparationsfragen.

III. Materialien zur berufsständischen Wirtschaftsverfassung.

1. Vergleichende Übersicht über die Bezirke der einzelnen Unternehmerkammern.

Stf. Nr.	Land	Landwirtschafts- kammer		Handwerks- kammer		Industrie- und Handelskammer		Be- merkungen
		An- zahl	Sitz	An- zahl	Sitz	An- zahl	Sitz	
1	Preußen							
	a) Provinz Ostpreußen	1	Königsberg	1	Königsberg	5	Königsberg Allenstein Braunsberg Elbst Insterburg	
	b) Provinz Westpreußen	1	Landesberg	1	Schneidemühl	2	Elbing Schneidemühl	
	c) Provinz Brandenburg	1	Berlin	2	Berlin	5	Berlin Brandenburg	
					Frankfurt/O.		Frankfurt O. Cottbus Soran	
	d) Provinz Pommern	1	Stettin	2	Stettin	4	Stettin Stolp	
					Stralsund		Stralsund Swinemünde	
	e) Provinz Schlesien	1	Breslau	3	Breslau	8	Breslau Schweidnitz Landeshut	
					Liegnitz		Liegnitz Görlitz (Cauban)	
					Oppeln		Oppeln	
	f) Provinz Schles- wig-Holstein	1	Kiel	2	Flensburg	3	Kiel Flensburg	
					Altona		Altona	
	g) Provinz Sachsen	1	Halle S.	3	Halle S. Erfurt	6	Halle S. Erfurt Mühlhausen Nordhausen	
					Magdeburg		Magdeburg Halberstadt	
	Übertrag	7		14		33		

Sp. Nr.	Land	Landwirtschafts- kammer		Handwerks- kammer		Industrie- und Handelskammer		Be- merkungen
		An- zahl	Sitz	An- zahl	Sitz	An- zahl	Sitz	
	Übertrag	7		14		33		
	h) Provinz Hannover	1	Hannover	5	Hannover	10	Hannover Lüneburg Verden	
					Murich		Emden	
					Harburg		Harburg Geestemünde	
					Hildesheim		Hildesheim Goslar Göttingen	
					Osnabrück		Osnabrück	
	i) Provinz Westfalen	1	Münster	4	Münster	11	Münster	
							Altena Siegen Herforn Hagen Ladenscheid	
					Bielefeld Arnsberg		Bielefeld Minden Arnsberg	
					Dortmund		Dortmund Bochum	
	k) Provinz Hessen- Nassau	2	Cassel	2	Cassel	6	Cassel Dillenburg Limburg	
			Wiesbaden		Wiesbaden		Wiesbaden Frankfurt M. Hanau	
	l) Provinz Rheinprovinz	1	Bonn	5	Röln	17	Röln Bonn Sollingen	
					Aachen		Aachen Stolberg M.-Gladbach	
					Koblenz		Koblenz Trier Wehlar	
					Düsseldorf		Düsseldorf Neuf Remscheid Duisburg Elberfeld	
	Übertrag	12		30		77		

Cfd. Nr.	Land	Landwirtschafts- kammer		Handwerks- kammer		Industrie- und Handelskammer		Be- merkungen
		An- zahl	Sitz	An- zahl	Sitz	An- zahl	Sitz	
	Abertrag Rheinprovinz	12		30		77		Arefeld Essen Saarbrücken Saarbrücken
	m) Hohenzollern			1	Sigmaringen			
2	Bayern	1	München* (Landes- bauern- kammer)	9	München Passau Regensburg Bayreuth Nürnberg Würzburg Kaiserslautern Augsburg	9	München Passau Regensburg Bayreuth Nürnberg Würzburg Cudwigshafen Augsburg Coburg	* Der Landes- bauernkam- mer sind 8 Kreisbauern- kammern und eine weitere Anzahl Be- zirksbauern- kammern un- tergeordnet
3	Württemberg	1	Stuttgart	4	Stuttgart Heilbronn Reutlingen Ulm	8	Stuttgart Calw Heilbronn Heidenheim Reutlingen Rottweil Ulm Ravensburg	
4	Sachsen	1	Dresden* (Landeskul- turrat)	5	Dresden** Leipzig** Chemnitz** Plauen** Zittau**	5	Dresden Leipzig Chemnitz Plauen Zittau	* Dem Lan- deskulturrat sind 5 land- wirtschaftliche Revisoren unterstellt ** Gewerbe- kammern
5	Baden	1	Karlsruhe	4	Karlsruhe Freiburg Konstanz Mannheim	9	Karlsruhe Pforzheim Freiburg Lahr Konstanz Villingen Schopfheim Mannheim Heidelberg	
	Abertrag	16		53		108		

Ch. Nr.	Land	Landwirtschafts- kammer		Handwerks- kammer		Industrie- und Handelskammer		Be- merkungen
		An- zahl	Sitz	An- zahl	Sitz	An- zahl	Sitz	
6	Übertrag Hessen	16 1	Darmstadt	53 1	Darmstadt	103 7	Darmstadt Bingen Friedberg Gießen Mainz Offenbach Worms	
7	Mecklenburg- Schwerin-Strelitz	1	Rostock	1	Schwerin	1	Rostock	
8	Thüringen	5	Weimar Gotha Meiningen Sonders- hausen Altenburg	5	Weimar Gotha Arnstadt mit Rudolstadt Gera m. Greiz u. Altenburg	11	Weimar Gotha Meiningen Sonneberg Saalfeld Arnstadt Rudolstadt Gera Greiz Altenburg Hildburghausen	
9	Oldenburg	1	Oldenburg	1	Oldenburg	2	Oldenburg Idar	
10	Braunschweig	1	Braunschweig	1	Braunschweig	1	Braunschweig	
11	Anhalt	1	Deffau	1	Deffau	1	Deffau	
12	Lippe (einschl. Schaumburg- Lippe)			2	Detmold Stadthagen	1	Detmold	
13	Walded	1	Krollen					
14	Lübeck	1	Lübeck	1	Lübeck *	1	Lübeck	* Gewerbe- kammern
15	Bremen	1	Bremen	1	Bremen *	1	Bremen	
16	Hamburg			1	Hamburg *	1	Hamburg	
	Insgesamt	29		68		135		

2. Zusammenfassung und Tätigkeitsgebiete der Unternehmerkammern.

Die Beratungen im Verfassungsausschuß des vorl. RWR. und die Ausführungen der Sachverständigen dortselbst lassen es zweifelhaft erscheinen, ob man über die wirkliche Tätigkeit und über die stark voneinander abweichende Struktur der Unternehmerkammern überall hinreichend unterrichtet ist. Allen drei Kammern, der Landwirtschaftskammer, der Handwerkskammer und der Industrie- und Handelskammer ist die Aufgabe gemeinsam, die Gesamtinteressen ihrer Wirtschaftsgruppe zu vertreten, die Behörden durch Gutachten und Auskünfte zu unterstützen und durch sachdienliche Einrichtungen zur Förderung der von ihnen vertretenen Wirtschaftszweige beizutragen im einzelnen sind sie aber in ihrem Wesen, ihrem Aufbau und ihrer Tätigkeit grundverschieden.

Im Vordergrunde der Tätigkeit der aus den landwirtschaftlichen Zentralvereinen hervorgegangenen und zum Teil heute noch mit ihnen organisatorisch verbundenen Landwirtschaftskammern steht die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion im allgemeinen. Die aus den Innungen und den Gewerbevereinen erwachsenen Handwerks- und Gewerbekammern haben neben der Vertretung der Standesinteressen als besondere gesetzliche Aufgabe die Heranbildung eines tüchtigen Handwerkerstandes vom Lehrling bis zum Meister. Die Industrie- und Handelskammern haben, die Traditionen der Ältestenkollegien und kaufmännischen Korporationen als Standesvertretungen fortführend, von jeher das größte Gewicht auf die Selbstverwaltung ihrer Standesangelegenheiten und ihrer Berufseinrichtungen gelegt.

Auch schon nach der Größe ihrer Bezirke (siehe Übersicht S. 36/39, sehr verschieden, bieten die Kammern auch bezüglich ihrer staatsrechtlichen Stellung insofern kein gleichmäßiges Bild, als die Handwerkskammern durch Reichsgesetz (vom 26. Juli 1897) über das ganze Reich verteilte Interessenvertretungen, die Landwirtschafts- und die Handelskammern*) dagegen landesrechtliche Institutionen sind.

A. Die Landwirtschaftskammern.

Die Landwirtschaftskammern sind landesgesetzliche Einrichtungen neuerer Zeit. Sie sind nicht ohne starkes Widerstreben einzelner Land-

*) Wo in dieser Druckschrift von Handelskammern die Rede ist, sind immer die Industrie- und Handelskammern gemeint.

wirtschaftlicher Zentralvereine, die bis dahin auf freiwilliger Grundlage außerordentlich segensreich wirkten und zur Förderung der technischen Fortschritte der Landwirtschaft, der Organisation des ländlichen Kredits, des ländlichen Genossenschaftswesens usw. viel beigetragen haben, ins Leben getreten. Preußen ging 1894 mit der Errichtung solcher Landwirtschaftskammern voran. Ihm folgten nach und nach andere Länder, wenn auch zum Teil auf anderen Wegen; namentlich in Bayern, Sachsen, Hessen, Braunschweig u. a. ist man zu einem von Grund auf anderen Aufbau gekommen.

a) Die Preussischen Landwirtschaftskammern.

Die Errichtung von Landwirtschaftskammern erfolgt in Preußen nach Anhörung des Provinziallandtages durch Verordnung der Regierung. Sie sollen in der Regel das Gebiet einer Provinz umfassen, doch können im Bedarfsfalle für eine Provinz auch mehrere Landwirtschaftskammern eingerichtet werden.

Wahlberechtigt ist ohne Unterschied des Geschlechts jeder Deutsche, der das zwanzigste Lebensjahr vollendet hat, die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt und seit mindestens einem Jahre entweder

1. als Eigentümer, Pächter oder Nießhaber land- und forstwirtschaftlich genutzter Grundstücke in Preußen die Landwirtschaft im Hauptberuf ausübt; als Hauptberuf gilt die Betätigung, auf der hauptsächlich die Lebensstellung beruht und die gleichzeitig die Haupteinnahmequelle für den Lebensunterhalt bildet, oder

2. als Eigentümer, Pächter oder Nießhaber land- und forstwirtschaftlich genutzter Grundstücke in Preußen die Landwirtschaft im Nebenberuf ausübt, wenn dies nicht überwiegend zur Befriedigung des eignen hauswirtschaftlichen Bedürfnisses geschieht.

Den Eigentümern, Nießhabern und Pächtern stehen die im landwirtschaftlichen Berufe mittätigen Ehegatten dieser Personen gleich.

Die Wahlberechtigten haben gleiches Stimmrecht.

Die Mitglieder der Landwirtschaftskammer werden in unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt.

Die Landwirtschaftskammer stellt alljährlich einen Etat auf, der dem Minister vorzulegen ist. Ihren Kostenaufwand decken sie, soweit er nicht durch anderweitige Einnahmen, insbesondere durch Staatszuschüsse bestritten wird, durch Umlagen nach dem Maßstabe des Grundsteuerreinertrages auf die Besitzungen, deren Inhaber Wahlberechtigt sind. Die Umlagen dürfen $\frac{1}{2}\%$ des Grundsteuerreinertrages in der Regel nicht übersteigen. (Ausnahmen unterliegen der Genehmigung des zuständigen Ministers.)

Sofern es sich um die Kosten solcher Einrichtungen und Maßnahmen handelt, welche in besonders hervorragendem oder in besonders geringem Maße einzelnen Wahlbezirken zugute kommen, kann die Landwirtschaftskammer auf Antrag der Mehrheit der Vertreter der betreffenden Bezirke eine Mehr- oder Minderbelastung dieser Bezirke eintreten lassen. Derartige Beschlüsse bedürfen der Genehmigung des Ministers.

Im übrigen regelt die Kammer ihr Kassen- und Rechnungswesen selbstständig.

Das Aufsichtsrecht über die Landwirtschaftskammern übt der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten aus. Auf Antrag des Staatsministeriums kann eine Landwirtschaftskammer durch Verordnung aufgelöst werden. Es sind sodann Neuwahlen anzuordnen.

Die Preussischen Landwirtschaftskammern sind zu einer Hauptlandwirtschaftskammer, der neben der Abteilung für allgemeine landwirtschaftliche Angelegenheiten je eine Fachabteilung für Forstwirtschaft, Gärtnerei und Fischerei angegliedert ist, vereinigt. Die Kosten der Hauptlandwirtschaftskammer werden, soweit sie nicht durch andere Einnahmen Deckung finden, auf die Landwirtschaftskammern umgelegt.

b) Die Bayerischen Bauernkammern.

Die Bauernkammern, die gesetzlichen Vertretungen der Landwirtschaft, gliedern sich konzentrisch in

- a) Bezirksbauernkammern (für 163 Bezirke und jede der 44 unmittelbaren Städte),
- b) Kreisbauernkammern (für jeden der 8 Kreise),
- c) die das ganze Land umfassende Landesbauernkammer.

Wahlberechtigt sind u. a. auch

- a) Verwalter, die im Hauptberuf landwirtschaftliche Betriebe leiten,
- b) je ein Vorstandsmitglied oder Geschäftsführer von landwirtschaftlichen Körperschaften, soweit diese Rechtspersönlichkeit besitzen,
- c) die Lehrkräfte landwirtschaftlicher Schulen, soweit sie an der Schule im Hauptberuf tätig sind und landwirtschaftliche Fächer lehren.

Die Wahlen zu den Bezirks- und Bauernkammern erfolgen durch unmittelbare und geheime Stimmabgabe nach den Grundsätzen der Verhältniswahl mit freien Listen. Die Landesbauernkammer wird durch die Kreisbauernkammern gewählt.

Die Ausgaben der Bauernkammern werden bestritten

1. durch die Einnahmen aus den eigenen Einrichtungen,
2. durch freiwillige Zuschüsse der Gemeinden, Bezirke, Kreise und des Staates,
3. durch Umlagen.

Die Bauernkammern haben ihren Voranschlag der übergeordneten Bauernkammer vorzulegen, deren Genehmigung sie bedürfen.

Die Landesbauernkammer verteilt ihren ungedeckten Bedarf nach dem Verhältnis der Grundsteuer auf die Kreisbauernkammern; letztere ihren Bedarf entsprechend auf die Bezirksbauernkammern und diese wiederum auf die Kreisbauernkammern nach einem bestimmten Maßstabe.

Bis zur reichsgesetzlichen Regelung der Berufsvertretung der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer ist bei den Bauernkammern eine Arbeitnehmervertretung eingerichtet. Sie ist von der Bauernkammer unabhängig, besitzt aber keine Rechtsfähigkeit und kein Besteuerungsrecht. Als Vertretung der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer gelten die von den Berufsvereinigungen der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer (rechtsfähigen und nicht rechtsfähigen, gewerkschaftlichen und sonstigen Vereinigungen) abgeordneten Vertreter.

Die Zahl der Vertreter der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer beträgt

bei den Bezirksbauernkammern.	10 Mitglieder
bei den Kreisbauernkammern	15 Mitglieder
bei der Landesbauernkammer	24 Mitglieder.

Die Vertretungen der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer können Ausschüsse aus ihrer Mitte einsetzen und Sachverständige zu ihren Beratungen hinzuziehen. Die Kosten dieser Vertretungen sind von den abordnenden Berufsvereinigungen nach dem Verhältnis ihrer Vertreterzahl zu tragen.

Eine Arbeitsgemeinschaft wird gebildet aus der Vertretung der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer und der Bauernkammer. Ihre Aufgabe ist die gemeinsame Beratung und Beschlussfassung in Fragen, die gemeinsame Angelegenheiten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer berühren.

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft ist der Vorsitzende der Bauernkammer. Bei Abstimmungen stimmt die Bauernkammer und die Vertretung der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer gesondert ab. Ein Beschluss der Arbeitsgemeinschaft setzt übereinstimmende Beschlüsse beider Gruppen voraus. Die Kosten der Teilnahme an den Sitzungen sind von den Bauernkammern und den Vertretungen der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer je für ihre Mitglieder zu tragen, die übrigen Kosten fallen je zur Hälfte den beiden Beteiligten zur Last.

c) Der Landeskulturrat für Sachsen.

Die Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen erfolgt in Sachsen durch einen das ganze Land umfassenden Landeskulturrat. Ihm unterstehen die fünf landwirtschaftlichen Kreisvereine, deren Gebiete sich ungefähr mit dem der Kreishauptmannschaften decken.

Der Landeskulturrat besteht aus 28 ordentlichen Mitgliedern, nämlich aus:

1. den jeweiligen Vorsitzenden der fünf landwirtschaftlichen Kreisvereine;
2. dreizehn ohne Rücksicht auf Mitgliedschaft in einem landwirtschaftlichen Vereine durch die land- und forstwirtschaftlichen Unternehmer gewählten Personen;
3. drei von dem Ministerium des Innern ernannten, der Land- und Forstwirtschaft kundigen Personen;
4. je einem von den unter 1. bis 3. genannten Mitgliedern gewählten Vertreter a) der Volkswirtschaft, b) der Forstwissenschaft, c) der landwirtschaftlichen Lehranstalten und d) des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens;
5. dem Vorsitzenden des Ausschusses für Gartenbau;
6. dem von den vorgenannten Mitgliedern gewählten Direktor.

Der Landeskulturrat hat das Recht, für besondere Fragen außerordentliche Mitglieder hinzuzuwählen, auch für einzelne Gegenstände und Sitzungen besondere Sachverständige einzuladen. Den außerordentlichen Mitgliedern steht in denjenigen Sachen, welche das von ihnen vertretene Fach betreffen, ein Stimmrecht zu, in anderen haben sie nur eine beratende Stimme.

Wahlberechtigt für die unter 2. genannten dreizehn Mitglieder sind alle männlichen, volljährigen, im Besiz der bürgerlichen Ehrenrechte befindlichen land- und forstwirtschaftlichen Unternehmer, sofern auf die von ihnen in einem Betriebe bewirtschafteten Flächen, nach Abzug der auf Gebäuden samt Hofraum und etwaigen forstfiskalischen Grundstücken ruhenden Einheiten, mindestens 120 Steuereinheiten entfallen.

Der Landeskulturrat erhält seine Einnahmen aus staatlichen Beihilfen, Beiträgen der Wahlberechtigten und aus eigenen Unternehmen.

Außer dem Ständigen und dem Erweiterten Ausschuss sind eine Reihe Sonderausschüsse gebildet. Eine besondere Stellung nimmt der Ausschuss für Gartenbau ein. Er besteht aus sieben Mitgliedern, und zwar aus

1. sechs Mitgliedern, deren Wahl auf sechs Jahre in sechs vom Ministerium des Innern gebildeten Wahlbezirken zugleich mit den Wahlen zum Landeskulturrat erfolgt, und

2. aus einem von den unter 1 genannten Mitgliedern auf die Dauer der Wahlperiode aus der Zahl der bei den staatlichen Gartenverwaltungen angestellten gärtnerischen Beamten gewählten Mitglieder.

Wahlberechtigt sind alle volljährigen männlichen Unternehmer der gärtnerischen Betriebe, die zur Deckung des aus der Vertretung des Gartenbaues beim Landesökonomrat erwachsenden Aufwandes Beiträge zu leisten verpflichtet sind.

d) Die Württembergische Landwirtschaftskammer.

Die württembergische Landwirtschaftskammer weicht in ihrem Aufbau insofern von den übrigen Kammern ab, als sie auch Arbeitnehmer als vollberechtigte Mitglieder mit in die Kammer einbezogen hat. Nach dem Gesetz vom 23. Juni 1919 setzt sie sich zusammen aus

1. 48 von den Landwirten und
 - 12 von den landwirtschaftlichen Arbeitern im Wege der Verhältniswahl gewählten Mitgliedern,
2. 9 von der Landwirtschaftskammer gewählten Mitgliedern, und zwar
 - 6 Vertretern der Forstwirtschaft,
 - 2 Vertretern des Gartenbaues,
 - 1 Vertreter der landwirtschaftlichen Angestellten.

Außerdem ist die Landwirtschaftskammer berechtigt, bis zu elf weitere Mitglieder aus dem Kreise der wählbaren Personen auszuwählen.

Wahlberechtigt zur Landwirtschaftskammer sind auch die Betriebsleiter (Verwalter) von landwirtschaftlichen Betrieben, deren Grundsteuereinkommen mindestens 3000 Mark beträgt.

Als Arbeitervertreter sind wahlberechtigt und wählbar männliche und weibliche Deutsche nach vollendetem 20. Lebensjahr, die innerhalb Württembergs gegen Lohn in einer landwirtschaftlichen bzw. forstlichen oder gärtnerischen Beschäftigung stehen, die die wesentlichen Grundlagen ihres Lebensunterhaltes bildet.

Die Wahlen werden gleichzeitig im ganzen Lande in örtlichen Abstimmungsbezirken auf Grund von Wählerlisten und Wahlorschlägen durch unmittelbare und geheime Stimmabgabe vorgenommen.

Der von der Landwirtschaftskammer aufgestellte Voranschlag bedarf der Prüfung und Zustimmung der Regierung. Die durch Staatsbeiträge und andere Einnahmen nicht gedeckten Beträge werden auf die Gemeinden umgelegt, die ihrerseits berechtigt sind, ihren Umlageanteil auf die landwirtschaftlichen Grundstücke nach dem Verhältnis des Grundsteuereinkommens umzulegen.

Für Arbeiterfragen ist ein ständiger, paritätisch aus Vertretern der Landwirtschaft im Hauptberuf und landwirtschaftlichen Arbeitern zusammengesetzter Ausschuss eingerichtet. Dieser besteht aus vier Arbeitsgebern und vier Arbeitnehmern. Außerdem wählt die Hauptversammlung einen besonderen Vorsitzenden aus der Zahl der Mitglieder, die weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer sind.

In gleicher Weise ist ein Ausschuss für Angestelltenfragen gebildet.

e) Tätigkeitsgebiet einer mittleren Landwirtschaftskammer.

A. Allgemeine Wirtschaftsförderung.

1. Die Volkswirtschaftliche Abteilung hat die Aufgabe, für alle wirtschaftspolitischen Fragen Material zu sammeln und sie vom Standpunkt der Landwirtschaft bei den maßgebenden Stellen kritisch zu beleuchten. Sie bearbeitet ferner das Sachverständigenwesen, Siedlungswesen, Genossenschaftswesen, Heimat- und Wohlfahrtspflege und Arbeiterfragen, darunter insbesondere die Auszeichnung landwirtschaftlicher Beamter und Arbeiter und durch das ihr unterstellte Arbeitsamt die Vermittlung von Güterbeamten, Lehrlingen, Arbeitern und sonstiger in der Landwirtschaft beschäftigter Personen. Sie nimmt zu Gesehentwürfen Stellung und erstattet Gutachten unter Mitwirkung der in Betracht kommenden Fachabteilungen; bearbeitet Verkehrsfragen unter besonderer Berücksichtigung des Tarifwesens und der Verbesserung der Verkehrswege; weiterhin sämtliche Fragen der Preisnotierung. Sie sammelt sämtliche Fragen der Preisnotierung, wie sie überhaupt in jeder Beziehung statistische Unterlagen zu sammeln und auszuwerten hat.

2. Arbeitsamt der Landwirtschaftskammer. Zur Berufsberatung wird das Amt zurzeit von Minderjährigen bzw. deren Vormündern des öfteren in Anspruch genommen. Für die Stellung als Landarbeiter und Landwirtschaftsgehilfen (Knechte u. dergl.) sind Jugendliche jederzeit erwünscht und werden fast durchweg geeigneten Stellen zugeführt. Reflektanten auf gehobene Stellungen sind dagegen nur vereinzelt unterzubringen. — Die Schlichtung bei eingetretenen Streitigkeiten zwischen Arbeitsgebern und Arbeitern wird vom Amt gleichfalls vorgenommen und dient in vielen Fällen zur Verhinderung von Kontraktbrüchen. Bei erfolglosem Dazwischentreten nimmt das Amt die Gelegenheit wahr, den Landwirten durch Ersatzstellung zu dienen. Durch die Beziehungen zu den öffentlichen Arbeitsnachweisen wird ein Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage herbeizuführen gesucht. — Die Vermittlungstätigkeit des Amtes hinsichtlich heimischer Arbeitskräfte ist darauf bedacht, bei dem oft erheblichen

Angebot seitens Arbeitsuchender eine derartige Auswahl zu treffen, daß sowohl der Landwirtschaft als auch den zur Landarbeit geneigten Arbeitskräften nach Möglichkeit genützt wird. Der Arbeitsmarkt für Ausländer liegt augenblicklich so darnieder, daß der Bedarf nur zum geringen Teil gedeckt werden kann. Die direkte Nachfrage ist im übrigen auch nur beschränkt, nachdem die Zulassung ausländischer Landarbeiter im Interesse der einheimischen Arbeitslosen seitens der Behörden nur von Fall zu Fall geschieht.

Der Stellennachweis für landw. Lehrlinge bzw. Güterbeamte wird vom Amt nicht ohne Erfolg betrieben. Dabei ist zu beobachten, daß das Angebot von Lehrlingen und Eleven nur gering ist und die Nachfrage nach solchen jugendlichen Arbeitskräften keineswegs deckt. Die Bewerbungen seitens der Güterbeamten sind dagegen recht erheblich.

3. Die Buchstelle der Landwirtschaftskammer hat folgende Aufgaben übernommen: 1. Einrichtung von Buchführungen. 2. Bestandsaufnahmen (Inventuren). 3. Prüfung von Büchern und Belegen (Revisionen), auch durch gerichtlich vereidigten Bücherrevisor. 4. Aufstellung von Jahresabschlüssen und Kalkulationen. 5. Führung der Bücher auf Grund von Wochenberichten, die mittels Pausverfahrens auf den Gütern hergestellt werden. 6. Führung der Bücher in Kleinbetrieben. 7. Aufstellung von Steuererklärungen und Vertretung der Jenfiten gegenüber den Steuerbehörden. 8. Sachverständigen-Gutachten. 9. Verkauf von Buchführungsformularen.

Um der Landwirtschaft die Buchführung und Steuerberatung tunlichst zu erleichtern, sind außer der Buchstelle noch 14 Zweigbuchstellen errichtet. Die Hauptbuchstelle hat zurzeit Buchführung und Steuerberatung für 85 Auftraggeber übernommen, die Zweigbuchstellen haben zurzeit rund 1400 Aufträge zu verzeichnen. Bei der Buchführung wird grundsätzlich das System der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft angewendet.

4. Rechtsschutzabteilung. Bei der Landwirtschaftskammer ist eine Rechtsschutzabteilung eingerichtet worden. Sie wird von dem Justitiar der Landwirtschaftskammer geleitet, dem gleichzeitig die juristische Beratung der Kammer und der dieser angeschlossenen Institute in allen Rechtsangelegenheiten obliegt. In den Tätigkeitsbereich der Rechtsschutzabteilung fällt der Beistand und die Beratung der Landwirte, insbesondere derjenigen, welche Mitglieder der Landwirtschaftskammer angeschlossenen landwirtschaftlichen Vereine sind, und dieser Vereine selbst in allen Rechtsangelegenheiten, welche mit dem landw. Betriebe im Zusammenhang stehen. Hauptzweck ist die rasche Einholung unparteiischer Rechtsauskünfte gegen geringe Gebühr zur

Ersparung zweckloser Rechtsstreitigkeiten und hoher Gerichts- und Anwaltskosten.

Die Auskunftserteilung erfolgt ohne jede Verbindlichkeit und Haftung.

Gegebenenfalls wird auch — abgesehen von den Fällen, in denen die Landw.-Kammer als solche als Schiedsrichter angerufen wird — die Teilnahme an Schiedsgerichten zur Entscheidung von Rechtsstreitigkeiten, welche mit dem landwirtschaftlichen Betriebe im Zusammenhange stehen, auf besonderen Antrag gewährt. Ausgeschlossen bleibt die Beratung in rein persönlichen Angelegenheiten der einzelnen Landwirte und die unmittelbare Vertretung von Rechtsangelegenheiten vor Gericht oder anderen Behörden. Ebenso müssen im allgemeinen diejenigen Verwaltungsangelegenheiten unberücksichtigt bleiben, welche der ausschließlichen Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden, insbesondere der Landratsämter, unterliegen.

5. Die Versicherungsabteilung ist neu eingerichtet worden, um die Bearbeitung sämtlicher Versicherungsangelegenheiten in einer Zentralstelle zu ermöglichen. Sie erteilt Auskunft und Beratung in allen Versicherungsfragen. Der Abteilung gehört auch die Geschäftsstelle des Viehversicherungsverbandes an, deren Aufgabe es ist, die kleineren Landwirte und Viehhalter zur Versicherung ihrer Viehbestände zu veranlassen und zu diesem Zwecke überall Ortsviehversicherungsvereine zu gründen.

B. Bodenkultur.

1. Ackerbauabteilung. Das Tätigkeitsgebiet der Ackerbauabteilung umfaßt im wesentlichen folgende Punkte: a) Auskunftserteilung in allen ackerbautechnischen und wissenschaftlichen Fragen. b) Einrichtung von Düngungs-, Anbau- und Sortenversuchen. c) Anerkennung von Saatgut (Bestimmungen werden auf Wunsch übersandt; Anmeldetermin 1. Juni 1922, für Wintergerste, Raps und Rübsen 1. Mai). d) Anerkennung von Viehweiden zwecks Erlangung einer Frachtermäßigung beim Transport von Weidevieh. Bestimmungen werden auf Verlangen verabsolgt. e) Beratung in betriebswirtschaftlichen Fragen und dem landw. Tagwesen. f) Beratung in Wiesen- und Weidenbau. Unterstützung und Gründung von Weidegenossenschaften sowie ständige Beaufsichtigung derselben. Unentgeltliche Wiesenbauberatung in bäuerlichen Gemeinden. g) Unterstützung und Gründung von technischen Einrichtungen zur Hebung der Futtergewinnung. h) Einrichtung von Kartoffelsaatbaustellen in bäuerlichen Gemeinden, ferner Kartoffelsonderberatung gegen Gebühren und gemeindeweise Kartoffelbauberatung (unentgeltlich).

i) Tabakbauberatung. Vermittlung von „Tabakzin“ (Tabakfermentierungsmittel), k) Vermittlung von einwandfreien Klee- und Gräsern. l) Beratung betr. den Anbau von Spinnpflanzen und Ölfrüchten. m) Sonderberatung für Gerstenbau.

2. Meliorationsabteilung. Förderung der Bodenverbesserung im allgemeinen und spezielle einmalige und dauernde Beratung auf allen Gebieten des landwirtschaftlichen Meliorationswesens, insbesondere bei der Verbesserung und Neuanlage von Wiesen und Weiden, Herstellung von Vorflut- und Entwässerungsanlagen, Moorkulturen, Dränagen, Bewässerungs- und Wasserversorgungsanlagen, Fischteichen usw. Leitung der Ausführung von Meliorationen, Anfertigung von Nivellements, Ergänzung und Herstellung von Wirtschaftskarten und Einrichtung von Grundwasserbeobachtungen.

3. Die Obst- und Gartenbauabteilung bearbeitet das Gesamtgebiet des Garten-, Obst- und Gemüsebaues und der Erwerbsgärtnerei. Sie gliedert sich zu dem Zwecke in zwei Unterabteilungen: a) Obstbauauschuß, der die gesamte Obst- und Gemüsebauvortragsfähigkeit in den Vereinen des Landesverbandes der Obst- und Gartenbauvereine, im Obstbau-Verein, in den landw. Vereinen und bäuerlichen Hausfrauenvereinen umfaßt, einschließlich ein- oder mehrtägiger Kurse in Baumpflege, Obstverwertung usw. Er veranstaltet Vortragslehrgänge, Kurse für Baumwärter, Gutsgärtner und Lehrer zur Ausbildung im Obstbau und bewirkt mündliche und schriftliche Raterteilung, Betriebsbesichtigung, Gutachten und Tagationen sowie Ausarbeitung von Bepflanzungsplänen usw. b) Gärtnerei-Auschuß, der die Interessen der berufstätigen Gärtner vertritt, in dessen Hand die Anerkennung von Gärtnereien als Lehrwirtschaften, die Durchführung der Gärtnerlehrlingsprüfungen und die Bearbeitung des Fachschulwesens liegt. Neu eingeführt sind zweitägige Vortragslehrgänge für Erwerbsgärtner.

4. Die Tätigkeit der Forstabteilung besteht in der Ausübung der einmaligen und ständigen Beratung von Waldbesitzern, der Erstattung von Gutachten und Wertberechnungen, der Vermittlung von Holzverkäufen und des Bezuges von Waldsamen und Forstpflanzen, der Berichterstattung über Holzpreise, der Abhaltung von forstlichen Lehrgängen für Waldbesitzer und Forstbeamte, von forstlichem Unterricht an Schulen und forstlichen Vorträgen in Vereinen sowie der Prüfung und Überwachung der forstlichen Buchführung. Die der Forstabteilung unterstehende Forsteinrichtungsanstalt übernimmt die Ausführung von Vermessungsarbeiten, Anfertigung von Karten und Ausstellung von Betriebsplänen. Zur eingehenden und

schnellen Erledigung der Beratung und anderer Aufträge sind lokale Forstämter in die Wege geleitet.

Nähere Auskunft über Tätigkeit und Gebühren erteilt die Forst-
abteilung gern auf Anfrage.

5. Hauptstellen für Pflanzenschutz der Landwirtschaftskammer. Sie bearbeiten alle Fragen, die Krankheiten und Schädlinge der landw. und gärtnerischen Kulturpflanzen und deren Bekämpfung betreffen. Als Glied des Deutschen Pflanzenschutzdienstes üben sie ihre Tätigkeit im engsten Einvernehmen mit der Biologischen Reichsanstalt, die die Zentrale des gesamten deutschen Pflanzenschutzes darstellt, aus. Gleichzeitig halten sie Fühlung mit den landw. Schulen und Anstalten der Landwirtschaftskammer, die als Bezirksstellen für den Pflanzenschutz tätig sind. Es sind also die Hauptstellen für Pflanzenschutz gewissermaßen die pflanzenschutzlichen Zentralen.

Als besondere Aufgaben der Hauptstellen für Pflanzenschutz sind zu nennen: Erteilung von Auskünften über Krankheiten und Schädlinge der Kulturpflanzen, sowie über die Möglichkeit der Bekämpfung, soweit solche Auskünfte nicht von den Bezirksstellen erledigt werden müssen (die Auskünfte sind kostenlos); Verbreitung der Kenntnis über Krankheiten und Schädlinge durch Vorträge, Kurse; Ausbildung von Vertrauensmännern in der Durchführung von Bekämpfungsmaßnahmen; Durchführung von Beispielsbekämpfungen in der landw. und gärtnerischen Praxis (z. B. Saatgutbeizungen, Mäuse, Blutlausbekämpfungen usw.). Anstellung von Versuchen mit neuen Bekämpfungsmitteln usw.; Sammeln von Beobachtungen über das Auftreten von Krankheiten innerhalb des Arbeitsgebietes, Beteiligung an der wissenschaftlichen Erforschung der Krankheitserreger und Schädlinge.

C. Tierzucht.

1. Pferdezucht-Abteilung. Vertretung der Interessen der Pferdezüchter der Provinz. Gründung von Zuchtvereinen. Gründung von Zuchtversicherungsvereinen. Anfordern von Zuchtmaterial für Stutbücher, Geschäftsführung für größere Vereine, Führung der Stutbücher. Einführung von Zuchtmaterial, Aufklärung der Züchter durch Vorträge.

2. Die Tierzucht-Abteilung der Landw.-Kammer bearbeitet die Gebiete der Rindviehzucht, Schweinezucht und Schafzucht. Der geschäftsführende Beamte ist der Tierzuchtdirektor, der zusammen mit den Bezirks-Tierzuchtinspektoren arbeitet. Als besondere Sachverständige stehen dem Tierzuchtdirektor außerdem zur Verfügung: ein

Tierzuchtinspektor für die Bearbeitung der Schweinezucht und ein Tierzuchtinspektor für die Bearbeitung der Schafzucht. Die wesentlichste Aufgabe der Bezirks-Tierzuchtinspektoren ist die Beratung des einzelnen Züchters in allen einschlägigen Fragen, auch beim Ankauf von Zuchtvieh, und die Gründung und Förderung der Tierzucht auf genossenschaftlichem Wege. Die Bezirks-Tierzuchtinspektoren führen auch die Geschäfte der Zucht- und Kontrollverbände. Die Geschäfte des Verbandes der Schweinestammzüchter und des Verbandes der Schafzüchter werden durch die Tierzuchtinspektoren für Schweinezucht und für Schafzucht geführt.

Innerhalb der Tierzuchtabteilung ist eine photographische Unterabteilung eingerichtet, welche die Aufgabe hat, die im Interesse der Zucht notwendigen Tieraufnahmen für die Zuchtbücher des Einzelnen und für die Herdbücher der Verbände auszuführen.

3. Das milchwirtschaftliche Institut der Landw.-Kammer umfaßt 4 Abteilungen: 1. die milchwirtschaftliche Versuchsstation, 2. das Amt des Konsulenten für Milchwirtschaft, 3. die milchwirtschaftliche Auskunftsstelle und 4. die Molkereilehrkurse. 1. Die Versuchsstation befaßt sich in erster Linie mit der Untersuchung aller einschlägigen Erzeugnisse der Milchwirtschaft für die Landwirte und die Molkereien; ferner mit der Ausführung von Versuchen aller Art, die für das Molkereiwesen von Bedeutung sind. — 2. Das Amt des Konsulenten für Milchwirtschaft übernimmt die Beratung der Land- und Milchwirte an Ort und Stelle. Auch werden von dem Konsulenten in den Versammlungen der landwirtschaftlichen Vereine und der milchwirtschaftlichen Körperschaften Vorträge gehalten. — 3. Die milchwirtschaftliche Auskunftsstelle erteilt auf dem Wege des schriftlichen Verkehrs Rat und Belehrung, wie auch selbst allen ratsuchenden Land- und Milchwirten jede gewünschte Auskunft erteilt wird. 4. Die Molkereilehrkurse sind dazu bestimmt, praktisch genügend vorgebildeten Fachleuten diejenigen Kenntnisse zu verschaffen, die zur wirksamen Betätigung im Molkereibetriebe erforderlich sind.

4. Kleintierzuchtabteilung. a) Geflügel. Förderung des Vereinswesens, Einrichtung von Zuchtstationen und Lohnbrütereien, Prämierung von Geflügelhöfen. Entsendung von Wanderlehrern zwecks Beratung und zu Werbevorträgen. Abhaltung von Unterrichtskursen. Vergebung von Auszeichnungen auf Ausstellungen. b) Kaninchen. Förderung des Vereinswesens. Errichtung von Bock- und Zuchtstationen. Belehrung durch Vorträge der Wanderlehrer. Abhaltung von Lehrgängen. Kolzidiose-Tilgungsverfahren. Beratungen über Zellverwertung. Vergebung von Auszeichnungen auf Schauen. c) Ziegen. Förderung des Vereinswesens. Errichtung

von Zuchtstellen (Stammzuchten). Veranstaltungen von Leistungsprüfungen. Anlage von Ziegenweiden. Beratung durch Werbevorträge und Lehrgänge. Vergebung von Auszeichnungen und Gewährung von Zuchtprämien auf Ausstellungen und Lämmermärkten. Belehrung für sämtliche auf dem Gebiete der Kleintierzucht tätigen Vereinigungen durch die Zeitschrift „Die kleine Landwirtschaft“. d) Bienen. Förderung des Vereinswesens. Veranstaltung von Intertagen und praktischen Unterweisungen (Interturse). Einrichtung von Lehrbienenständen und Beobachtungsstationen. Maßnahmen zur Verbesserung der Bienenweiden. Honigschutz. Bekämpfung von Bienenkrankheiten. Rechtsschutzklasse. Interberatungsstelle. Haftpflichtversicherung. Gewährung von Beihilfen sowie Verleihung von Auszeichnungen für bienenwirtschaftliche Ausstellungen. Bienenzuchtbücherei. Amtliches Organ der Landwirtschaftskammer „Bienenzeitung“. e) Fische. Förderung der Kleinteichwirtschaft durch Beratung. Vermittlung von Besatzmaterial. Beihilfengewährung und Bewilligung zinsloser Darlehne. Abhaltung von Lehrgängen. Unterweisungen durch Sachverständige in der Betriebsführung, der Teichdüngung usw.

5. Bakteriologisches Institut. Bekämpfung der Tierkrankheiten, insbesondere der Tuberkulose (Durchführung des freiwilligen Tuberkulosestillungsverfahrens), des ansteckenden Verkaltens der Kühe und des Verfohlens bei Stuten sowie der Unfruchtbarkeit, der Erkrankungen der Schweine, der Schafe und des Jungviehs. Hierzu Ausführung laufender Untersuchungen von Einsendungen eingegangener Tiere und Teile derselben zur Ermittlung der Art der Krankheit und Todesursache. Herstellung von Impfstoffen zur Behandlung der Maul- und Klauenseuche. Herstellung von Bakterienkulturen zur Bekämpfung der Ratten- und Feldmäuseplage. Bakteriologische Untersuchungen von Milch, Fleisch, Wasser und Futtermitteln. Untersuchung von Waben und Bienen zur Bekämpfung der Bienenkrankheiten.

6. Die Rotlaufimpfanstalt der Landwirtschaftskammer stellt Serum und Kulturen zu Schutz- und Heilimpfungen gegen den Rotlauf der Schweine her. Bei etwaigen Todesfällen infolge oder trotz Impfung Entschädigung.

D. Bildungswesen.

1. Abteilung für Schulen und Anstalten. Leitung und Verwaltung sowie Überwachung der der Landwirtschaftskammer unterstehenden landwirtschaftlichen Schulen und Anstalten. (Landwirtschaftliche Schulen, Seminar für Landwirte, Bürobeamtenschule,

Wiesenbauanstalt, Gärtnerlehranstalt, Gartenbauschule, Gemüsebaulehranstalt, Winterobstbauschule und landwirtschaftliche Haushaltungsschule.)

2. Abteilung für Vereinswesen. Bearbeitung aller das Vereinswesen der Landwirtschaftskammer betreffenden Angelegenheiten, insbesondere Leitung und Förderung der damit zusammenhängenden Vortragstätigkeit. Zur Förderung des landwirtschaftlichen Vereinswesens und zugleich der Landwirtschaft ist von dieser ein aus Vertretern der Landwirtschaft und zweckverwandten Vereinen bestehender Ausschuss für das landwirtschaftliche Vereinswesen, der „Vereinsausschuss“, gebildet, dem die landwirtschaftlichen Vereine angegliedert sind und der jährlich mindestens eine Sitzung abhält. Daneben werden Bezirksversammlungen der landwirtschaftlichen Vereine veranstaltet.

3. Die Abteilung für ländliche Frauenarbeit sieht ihre Hauptaufgabe in der Ausbildung, Anregung und Erhaltung der ländlichen weiblichen Bevölkerung. Zu diesem Zweck ist sie bestrebt, das ländlich hauswirtschaftliche Schulwesen zu fördern, und es wird die Einrichtung ländlicher Wanderhaushaltungsschulen in jedem politischen Kreise angestrebt. Die Tätigkeit einer von der Landwirtschaftskammer eingerichteten Wanderhaushaltungsschule soll in dieser Hinsicht fördernd wirken. Der Unterricht an die männliche landwirtschaftliche Jugend in den landwirtschaftlichen Schulen soll ergänzt werden durch längere oder kürzere Lehrgänge für die ländlichen Töchter. Es sollen weitere landwirtschaftliche Haushaltungsschulen mit festem Sitz noch eingerichtet werden. Um Einfluß auf die Erhaltung der schon berufstätigen Landfrauen zu gewinnen, liegt in der Abteilung der Ausbau und die Förderung der landwirtschaftlichen Hausfrauenvereine, die nach dem Muster der landwirtschaftlichen Vereine Mittelpunkt für die Anregungen und Belehrung der in ihnen vereinten ländlichen Bewohnerinnen sein sollen.

4. Pressewesen. Zeitschrift der Landwirtschaftskammer. Erscheint einmal wöchentlich und bringt Bekanntmachungen und Berichte über die Tätigkeit der Kammer, Berichte aus den landwirtschaftlichen Hausfrauenvereinen, Aufsätze, Fragekasten, ausführlichen Handelsteil, Geschäftsberichte, Jahresberichte, Arbeiten der Landwirtschaftskammer, unter diesen das Handbuch der Landwirtschaftskammer, Nachrichtenstelle der Landwirtschaftskammer.

E. Untersuchungswesen.

Soweit die Untersuchungseinrichtungen der Landwirtschaftskammer sich nicht auf Sondergebiete erstrecken und deshalb in den vorstehenden

Ab schnitten (B 5 Pflanzenschutz, C 3 Milchwirtschaftliches Institut, C 5 Bakteriologisches Institut) genannt werden konnten, sind noch folgende Einrichtungen aufzuzählen: 1. Die agrilkulturchemische Versuchsstation der Landwirtschaftskammer ist organisch verbunden mit dem Institut für Agrilkulturchemie und Bakteriologie der landwirtschaftlichen Hochschule. Sie besitzt chemische, physikalische, bakteriologische Laboratorien sowie Gewächshäuser und ein ausreichend großes Versuchsfeld.

Die Aufgaben der Versuchsstation bestehen besonders in der wissenschaftlichen Erforschung der Geseze der Pflanzenernährung und ihrer praktischen Nutzbarmachung für die Landwirtschaft durch die Düngung. Zu diesem Zweck werden jährlich in den Laboratorien, den Gewächshäusern sowie auf dem Versuchsfelde eine sehr große Zahl von Ernährungs- und Düngungsversuchen durchgeführt. Die Landwirtschaftliche Versuchsstation hat sich in dem ablaufenden Jahre namentlich mit den Fragen der Stickstoff-, Phosphorsäure- und Kohlen säuredüngung der Pflanzen beschäftigt, sowie mit dem Verhalten verschiedener Sorten gegenüber einer verschiedenartigen Düngung. Außerdem sind namentlich Untersuchungen über den Einfluß des Säuregehaltes auf die Keimung der Pflanzen angestellt worden.

2. Die Landwirtschaftliche Kontrollstation führt die Untersuchung von Dünge- und Futtermitteln auf Gehalt, Reinheit und Beschaffenheit aus, und begutachtet und bewertet sie. Sie prüft Saatgut auf seine Reinheit, Keimfähigkeit, Herkunft usw. Sie untersucht Böden, Wasser, landwirtschaftliche Rohstoffe, Schmiermittel und andere für die Landwirtschaft wichtige Stoffe und übernimmt auch technische Untersuchungen, soweit ihre Zeit und Einrichtungen es zulassen. Sie erteilt Auskunft und Rat in allen Fragen, die in ihr oben umschriebenes Arbeitsgebiet fallen.

3. Das Nahrungsmitteluntersuchungsamt der Landwirtschaftskammer ist als öffentliche Anstalt im Sinne des Nahrungsmittelgesetzes anerkannt und gliedert sich in eine Hauptstelle und eine Zweigstelle. Das Nahrungsmitteluntersuchungsamt hat die im Interesse der amtlichen Nahrungsmittelkontrolle entnommenen Proben von Nahrungsgenueßmitteln sowie Gebrauchsgegenständen zu untersuchen und zu begutachten. Außerdem betätigt es sich auch auf dem Gebiete der Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung sowie des Geheimmittelwesens und führt ferner forensische Untersuchungen sowie solche physiologischer und technischer Art aus.

4. Das Maschinenprüfungsamt hat die Aufgabe, landw. Maschinen zu prüfen und die Landwirte über deren Brauchbarkeit aufzuklären, sowie zur Benuhung guter, zu wenig bekannter

Maschinen Anregung zu geben. Ferner befaßt sich das Maschinenprüfungsamt 1. mit der Beratung bei der Auswahl von Maschinen, 2. mit der Ausarbeitung von technischen Entwürfen und Verträgen, Aufstellung und Prüfung von Kostenanschlägen und Verhandlungen mit Lieferanten, 3. mit der Überwachung der Ausführung und Aufstellung von Maschinenanlagen, Abnahme der Lieferung und Prüfung der Rechnungen und 4. mit der Erstattung von Gutachten über technische und wirtschaftliche Fragen aus dem Maschinenwesen. Es ist beschlossen, am 1. April 1922 dem Maschinenprüfungsamt eine Beratungsstelle anzugliedern, um die unter 1—4 genannten Aufgaben wirksamer als bisher zu behandeln.

5. Das in der Einrichtung begriffene Versuchsgut (350 Morgen) soll in allen technischen Fragen eine ausgiebige Untersuchungsmöglichkeit schaffen. Es soll nicht nur Fragen des Acker- und Gartenbaues, sondern auch der Tierzucht, des Maschinenwesens und der Betriebslehre der Klärung zuführen. Seine Arbeiten werden Ergänzung finden durch die Kreisversuchstationen, welche in Verbindung mit dem Seminar und der landwirtschaftlichen Schule eingerichtet sind, ferner durch die gärtnerischen Versuche in den Lehrgärten der gärtnerischen Lehranstalten.

Etat-Voranschlag einer mittleren Landwirtschaftskammer (1921).

	Ausgaben
I. Wissenschaftliche und Lehrzwecke	4423748 M.
II. Veterinärwesen	2092500 „
III. Förderung der Viehzucht	1492735 „
IV. Förderung der Fischerei	10000 „
V. Förderung der Waldkulturen	443843 „
VI. Förderung des Obst-, Wein- und Gartenbaues	277031 „
VII. Unterstützung der landwirtschaftlichen Vereine und Förderung der Landkultur im allgemeinen	1019080 „
VIII. Verwaltung der Kammer	2911378 „
	<hr/> 12670315 M.

Der Etat-Voranschlag derselben Kammer für das Jahr 1922 wird sich voraussichtlich auf 24 Mill. M. beziffern.

B. Die Handwerks- und Gewerbekammern.

a) Allgemeines.

Handwerkskammern sind durch Reichsgesetz geschaffene Zwangsorganisationen mit behördlichem Charakter. Sie sind ausgestattet mit weitgehenden öffentlich-rechtlichen Befugnissen und gleichzeitig Selbstverwaltungsorgane des Handwerks zur Vertretung seiner Interessen.

Gewerbekammern kommen insofern in Betracht, als ihnen unbeschadet ihrer sonstigen Aufgaben — Vertretung der Interessen der Klein Händler — von den zuständigen Landeszentralbehörden (Freistaat Sachsen, Hansestädte) die Funktionen der Handwerkskammern übertragen worden sind.

Die Handwerkskammern nehmen gegenüber den Industrie- und Handels- und gegenüber den Landwirtschaftskammern insofern eine Sonderstellung ein, als sie

1. auf reichsgesetzlicher Regelung beruhen und obligatorisch errichtet werden,
2. mit weitergehenden öffentlich-rechtlichen Befugnissen ausgestattet sind, und
3. die gesetzliche Vertretung der Handwerksinteressen mit Einschluß der Arbeitnehmer (Gesellen) darstellen.

Die Aufgaben der Handwerkskammern sind:

1. die wirtschaftliche Lage des Handwerks zu heben,
2. den Staat bei Erfüllung seiner sozialen Aufgaben zu unterstützen,
3. die Interessen des Handwerks gegenüber der Gesetzgebung und Verwaltung zu vertreten.

Die Aufgabe der Handwerkskammern ist hiernach eine doppelte: sie hat einmal die Interessen der in ihrem Bezirk vorhandenen selbstständigen Gewerbetreibenden gegenüber der Gesetzgebung und der Verwaltung des Staates zu vertreten, und zwar sowohl durch Erstattung der von den Staatsbehörden einzuholenden Gutachten als auch durch die aus ihrer eigenen Initiative hervorgehenden Anregungen. Daneben hat sie als Selbstverwaltungsorgan die Aufgabe, diejenigen zur Regelung der Verhältnisse des Handwerks erlassenen gesetzlichen Bestimmungen, welche noch einer Ergänzung durch Einzelvorschriften bedürftig und fähig sind, für ihren Bezirk weiter auszubauen, die Durchführung der gesetzlichen und der von ihr selbst erlassenen Vorschriften in ihrem Bezirke zu regeln und, soweit erforderlich, durch

besondere Beauftragte zu überwachen. Endlich ist die Kammer ermächtigt, solche auf die Förderung des Handwerks und Gewerbes abzielende Veranstaltungen zu treffen, zu deren Begründung und Unterhaltung die Kräfte der örtlichen Organisationen nicht ausreichen.

Die Anzahl und die Verteilung der Handwerks- und Gewerbe-kammern ergibt sich aus dem beigefügten vergleichenden Übersicht über die Bezirke der einzelnen Unterkammern. Insgesamt bestehen zurzeit 60 Handwerkskammern und 8 Gewerbe-kammern, denen die Funktionen der Handwerkskammern übertragen worden sind.

Die Hanseatischen Gewerbe-kammern sind Vertreter der Produktion, es macht keinen Unterschied, ob diese Produktion handwerksmäßig oder fabrikmäßig betrieben wird, so daß ihr Handwerker und Fabrikanten angehören. Die Fabrikanten haben aber, sofern sie gewerbsmäßig Handelsgeschäfte im großen betreiben, das Recht, auch der Handelskammer anzugehören. Der Gewerbe-kammer gehören sie immer an. Die Kammern gliedern sich in eine Abteilung für Handwerk und eine für Fabriken. Die Wahlen für beide Abteilungen finden getrennt statt. Jede Abteilung wählt ihren eigenen Vorstand. Der Vorsitz in der Gewerbe-kammer wechselt jährlich. Jede Abteilung hat die von ihr gefaßten Beschlüsse der anderen Abteilung mitzuteilen. Diese kann eine Entscheidung der Kammer darüber herbeiführen, ob die Abteilung, die den Beschluß gefaßt hat, sich innerhalb der Grenzen ihrer Zuständigkeit gehalten hat.

Die Sächsischen Gewerbe-kammern umfassen außer den Klein-gewerbetreibenden noch

- a) Personen, die ein Handelsgewerbe im Sinne der §§ 1 und 2 des H.-G.-B. betreiben und als Inhaber oder Teilhaber im Handelsregister eingetragen sind,
- b) Genossenschaften von Handel- und Gewerbetreibenden Gesellschaften, Gemeinden und Gemeindeverbände,

sofern deren Einkommen eine bestimmte Grenze nicht überschreitet.

Bei den Hauptwahlen sind von der für jede Kammer festgesetzten Mitgliederzahl $\frac{2}{3}$ der Mitglieder aus dem Kreise der Handwerker und $\frac{1}{3}$ aus dem Kreise der übrigen zur Handwerks-kammer wählbaren Gewerbetreibenden (Nichthandwerker) zu wählen. Der Aufgabekreis der Sächsischen Gewerbe-kammern erstreckt sich auch auf die Kontrolle der Eintragung von Firmen in das Handelsregister.

b) Das Tätigkeitsgebiet einer mittleren Handwerkskammer.

I. Standesvertretung.

Im Gegensatz zu den Handels- und Landwirtschaftskammern, deren Errichtung je nach den Bestimmungen der zuständigen Landesgesetze fakultativ oder durch Gesetz ermöglicht ist, ist die Handwerkskammer eine durch Reichsgesetz bestimmte obligatorische Einrichtung, die zugleich dem Staat und dem Handwerk zu dienen hat. In dieser doppelten Aufgabe hat die Handwerkskammer zunächst die Gesamtinteressen des Handwerks (also auch die der Arbeitnehmer) gegenüber dem Staat zu vertreten, um das Handwerk für die Volkswirtschaft als unentbehrliches Glied zu erhalten und zu fördern, zum andern aber als Selbstverwaltungsorgan mit öffentlich-rechtlichen Befugnissen die ihr notwendig erscheinenden Maßnahmen zu treffen und Vorschriften zu erlassen. Wenn auch die Reichsgewerbeordnung in ihrem § 103e nur sechs Aufgaben aufzählt, die die Richtung der Handwerkskammertätigkeit angeben, so hat jenes Gesetz selbst durch das Wort „insbesondere“ es der Handwerkskammer überlassen, ihren Aufgabentkreis nach eigenem Ermessen auszudehnen, sofern er über die gesetzlichen Schranken nicht hinausgeht. Ganz besonders sind es die Stellung des Handwerks im Wirtschaftsleben und seine Beurteilung durch Volkswirtschaftler, die der Handwerkskammer eine Tätigkeit zuweisen, durch die dem Handwerk die ihm gebührende Beachtung verschafft und gewahrt bleibt: die Standesvertretung.

Die Standesvertretung hat aber zur Voraussetzung, daß die Handwerker selbst zum Standesbewußtsein erzogen werden, daß Gemeingeist und Berufssehre in ihnen so lebendig werden, damit sie zunächst sich selbst zur Achtung bringen und in weiterer Auswirkung standesgemäßen Verhaltens das Handwerk in der öffentlichen Meinung nicht mehr als etwas Abgelebtes, sondern als ein notwendiger Bestandteil im Volksganzen und seiner Wirtschaft erscheinen läßt. Eine solche Erziehung erfordert intensive Arbeit, die die Handwerkskammer in den Innungs- und allgemeinen Handwerkeroversammlungen durch belehrende Vorträge, dann aber auch durch Aufklärungen über die Bedeutung und Notwendigkeit des Handwerks in den Tages- und Fachblättern leistet.

Im Nachstehenden wird die Tätigkeit der Kammer auf allen Gebieten im wesentlichen dargestellt:

II. Wahrung der Gesamtinteressen des Handwerks.

1. Stellungnahme zu Gesetzentwürfen und Verordnungen des Reiches und der Länder.

Zu allen die Handwerksinteressen berührenden Gesetz- und Verordnungsentwürfen wird die Handwerkskammer gehört. Sie hat

meist zweimal Gelegenheit zur Stellungnahme, und zwar einmal dem Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertag als der Spitzenvertretung der Handwerks- und Gewerbekammern und zum andern der Regierung ihres Bezirks bzw. Landes gegenüber. Besonders die Nachkriegszeit mit ihrer Fülle neuer Gesetze und Verordnungen hat die Tätigkeit der Kammer auf diesem Gebiete stark vermehrt. Entwürfe, die auch Gesellen- und Lehrlingsinteressen berühren, müssen mit der Gesellenvertretung gemeinsam beraten werden.

2. Initiativanträge an Behörden und Körperschaften.

Anträge, die für das Handwerk allgemeine Bedeutung haben, leitet die Kammer meist ihrer Spitzenvertretung zu. Die direkte Bearbeitung und Vertretung bleibt der Kammer für solche Anträge vorbehalten, die nur für ihren Bezirk notwendig sind.

3. Vertretung berechtigter Wünsche und Beschwerden auf allen in Betracht kommenden Gebieten.

Aus dieser weitverzweigten Tätigkeit sollen die wichtigsten Vorgänge genannt werden: Unlauterer Wettbewerb, Bekämpfung der Wanderläger und Ausverkäufe, Mitwirkung bei der Regelung des Ausverkaufswezens, Heranziehung von Handwerkern zum Handelsregister, Gutachten zur Frage „Fabrik und Handwerk“, Bekämpfung öffentlicher und privater Konkurrenz (Heeres- und Gefängniswerkstätten, städtische, staatliche und industrielle Regiebetriebe, gewerbliche Nebenarbeit der Beamten und Arbeiter, Warenbeschaffungsstellen der Behörden und Industrie), Schutz gegen Schädigungen durch Kommunalisierung und Sozialisierung, Monopolbestrebungen der Industrie und der Arbeiterproduktionsgenossenschaften, Ausnahmen von der achtstündigen Arbeitszeit, Sammlung und Prüfung der Verkehrs- und Tarifwünsche (Eisenbahn und Post), Bekämpfung des Borgunwesens, Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs.

III. Beratung und Unterstützung der Behörden.

Die Handwerkskammer soll nach dem Gesetz in allen wichtigen die Gesamtinteressen des Handwerks oder einzelner Zweige berührenden Angelegenheiten gehört werden. Auch ohne diese Verpflichtung nehmen fast alle Behörden die Kammer oft in Anspruch, weil sie durch ihre jahrelange Erfahrung die Verhältnisse des Handwerks und seiner einzelnen Zweige genau kennt. Besonders in der Kriegs- und Übergangszeit ist diese Arbeit nicht gering gewesen. Noch heute werden fortlaufend Austünfte und Gutachten über Organisations-

anträge, Preisprüfung, Polizeiverordnungen, Kontrolle ausländischer Handwerker, Zuverlässigkeit der Bauhandwerker (§ 35 RGO.) usw. beansprucht.

Die Gerichte bedienen sich der Kammer häufig bei Durchführung von Beweisbeschlüssen und ziehen vielfach die geschäftsführenden Beamten als Sachverständige heran.

Im Eisenbahnrat, Wasserstraßenbeirat, den Demobilismachungsausschüssen, den Preisprüfungsstellen, den Finanzgerichten ist das Handwerk durch Vorstandsmitglieder oder Beamte vertreten.

IV. Förderung der fachlichen, wirtschaftlichen und Kreditorganisationen des Handwerks.

1. Fachliche Organisation.

Die fachliche Organisation des Handwerks war bei Errichtung der Handwerkskammern unbedeutend. Fachinnungen bestanden nur in den Städten und ganz vereinzelt in den Landkreisen, dort waren meist nur freie gemischte Innungen vorhanden, die die Kammer als Vorläufer für die Fachinnungen ansah. Bestehende soziale Einrichtungen bei den gemischten Innungen und Handwerkervereinen, insbesondere Sterbekassen, erschwerten die Bildung von Fachinnungen und damit auch das Ausscheiden aus den alten Organisationen. Nur schrittweise konnte vorgegangen werden. Bei Errichtung der Handwerkskammern bestanden im Bezirke Hannover z. B. rund 80 Innungen, die heute auf 205 angewachsen sind, unter denen die Fachinnungen, also die nur einen Handwerksberuf umfassenden, in der Mehrzahl sind.

Die gesamten Vorbereitungen zur Gründung von Innungen erfolgen bis zur Einleitung des bei Zwangsinnungen vorgeschriebenen verwaltungsbehördlichen Abstimmungsverfahrens durch die Kammer.

Mit der Innungsorganisation eng verbunden ist die der Fachverbände, die sich in Zentralinnungs- und Bezirksverbände gliedern. Die Bezirksinnungsverbände umfassen durchweg den Bezirk einer Provinz. Bei der Gründung der Bezirksfachverbände und ihrem weiteren Ausbau wirken die Handwerkskammern mit.

2. Wirtschaftliche Organisation.

Wirtschaftliche Organisationen bestanden im Handwerk bei Errichtung der Kammern fast gar nicht. Es konnte damals in breiten Schichten des Handwerks eine direkte Abneigung gegen die Schaffung derartiger Einrichtungen festgestellt werden, die auf vereinzelt vorgekommene Rückschläge in diesen Organisationen zurückzuführen war

Nur durch die intensive Aufklärungsarbeit der Kammer ist es möglich gewesen, das Handwerk allmählich für solche Organisationen zu interessieren. Erst die Kriegszeit brachte einen merklichen Umschwung. Während vor dem Kriege z. B. im Kammerbezirk Hannover nur 6 Genossenschaften bestanden, stieg ihre Zahl im Kriege auf 34.¹ Daneben bestehen noch 3 Lieferungsvereinigungen auf Grund der §§ 705 ff. BGB. Die Kammer führt in den meisten Fällen die Gründung selbst durch und wacht darüber, daß der Betrieb in den Genossenschaften von vornherein nach genossenschaftlichen und kaufmännischen Grundsätzen geführt wird. Sie sorgt auch für den Beitritt der Genossenschaften zu den genossenschaftlichen Revisionsverbänden.

3. Kreditorganisationen.

In den Städten bestehen vielfach alte und leistungsfähige Kreditgenossenschaften; in ländlichen Gebieten dagegen gehört das Handwerk durchweg den landwirtschaftlichen Spar- und Darlehnskassen an. Da, wo die Zahl der Handwerker und der übrigen Gewerbetreibenden groß genug erscheint, regt die Kammer, vielfach gemeinsam mit den Genossenschaftsverbänden, die Errichtung eigener Kreditgenossenschaften an.

V. Regelung des Lehrlingswesens.

Die Kammer hat entsprechend ihrer Doppelstellung hierbei eine zweifache Tätigkeit zu entfalten. Eine verwaltende und eine beratende. Die Kammer erläßt unter Mitwirkung des Gesellenausschusses Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens, die der Genehmigung der Landeszentralbehörde bedürfen. Die Vorschriften enthalten gewöhnlich Bestimmungen über die Befugnis zum Halten und Anleiten von Lehrlingen, über ihre Annahme, über den Abschluß des Lehrvertrages, die Entlassung, die Rechte und Pflichten des Lehrherrn und Lehrlings und die Dauer der Lehrzeit. Bei Verstößen gegen diese Vorschriften haben die Kammern nach vorausgegangener Strafandrohung ein Strafantragsrecht bei den unteren Verwaltungsbehörden.

Die Höchstzahl der Lehrlinge und die Dauer der Lehrzeit für einzelne Handwerkszweige kann die Kammer unter Mitwirkung des

¹ Der sächsische Landesverband gewerblicher Genossenschaften (Revisionsverband) umfaßte bei seiner Gründung im Jahre 1908 8 Genossenschaften mit 700 Mitgliedern, im Jahre 1921 waren ihm 342 Genossenschaften mit 50000 Mitgliedern angeschlossen mit 25 Millionen Mark Geschäftsanteilen, 4,4 Millionen Mark Reserve. Die Gesamtsumme betrug 47 Millionen Mark.

Gesellenausschusses verbindlich beschließen. Auch die Verwandtschaft der einzelnen Berufszweige untereinander ist der Bestimmung der Kammer vorbehalten.

VI. Durchführung und Überwachung der für das Lehrlingswesen geltenden Vorschriften.

Die Kammer hat in erster Linie darüber zu wachen, daß die von ihr erlassenen Vorschriften erfüllt werden, d. h. nur derjenige Lehrlinge anleitet und hält, der dazu befugt ist, die Lehrverträge ordnungsmäßig abgeschlossen und entweder in die bei der Innung oder der Handwerkskammer geführten Lehrlingsrolle eingetragen sind. Hauptamtlich angestellte Beauftragte oder im Nebenamt tätige Handwerksmeister revidieren alljährlich alle Handwerksbetriebe des Bezirks auf die Innehaltung der erlassenen Vorschriften. Hierbei werden auch der Besuch der Fortbildungsschule, die Betriebseinrichtungen, die Unterkunftsräume und die allgemeine Behandlung der Lehrlinge geprüft.

Jeder Lehrvertrag wird vor der Eintragung in die Lehrlingsrolle der Kammer auf seinen rechtmäßigen Abschluß geprüft. Daraus hat sich entwickelt, daß die Kammer fast über alle sich aus dem Lehrverhältnis ergebenden Streitigkeiten von den Parteien um Auskunft ersucht wird, ehe sie den gesetzlich vorgeschriebenen Rechtsweg einschlagen.

Ergeben sich grobe Verstöße des Lehrherrn gegen die Vorschriften der Kammer oder gegen die allgemeinen Ausbildungsregeln, so leitet die Kammer das Verfahren auf Entziehung der Berechtigung zur Anleitung und zum Halten von Lehrlingen ein und sorgt für die anderweitige Unterbringung der Lehrlinge.

Verkürzungen der Lehrzeit kann nur der Vorstand der Kammer mit Zustimmung des Vertreters des Gesellenausschusses beschließen.

Schließlich fordert die Kammer jeden Lehrherrn auf, seine Lehrlinge zur Ablegung der Gesellenprüfung anzuhalten.

VII. Gewerbliches Prüfungswesen.

1. Regelung, Durchführung und Überwachung der Gesellenprüfungen.

Die Regelung des Gesellenprüfungswesens ist eine der bedeutendsten Tätigkeiten der Kammer im Interesse der Handwerksgehilfen. Die Kammer beschließt unter Mitwirkung des Gesellenausschusses die Gesellenprüfungsordnung. Das Prüfungsrecht steht den Zwangsinnungen und den Kammern zu. Die Kammern können aber das Recht unter gewissen Voraussetzungen auch freien Fach-

innungen auf Widerruf verleihen. Bei den Zwangsinnungen ist der Kammer insofern ein Einfluß gesichert, als sie den Vorsitzenden und Stellvertreter des Prüfungsausschusses zu bestellen hat.

Die Prüfungen sind zur Ersparnis an Zeit und Geld dezentralisiert. Durchweg bestehen in jedem Kreise Prüfungsausschüsse für die stark vertretenen Berufe.

Die Prüfungsgebühren fallen den Trägern der Prüfungen zu, die auch Fehlbeträge zu decken haben.

2. Regelung, Vorbereitung und Überwachung der Meisterprüfungen.

Hier teilen sich die Staatsregierung und die Handwerkskammer in die Aufgaben. Die Regierung ernennt die Prüfungskommissionen, wozu die Kammer Vorschläge macht. Die Kammer beschließt die Meisterprüfungsordnungen, die der Genehmigung der Landeszentralbehörde unterliegen. Die Meldungen zur Prüfung und ihre Bearbeitung bis zur Abgabe an den Vorsitzenden der Prüfungskommission liegt in den Händen der Kammer. Durch die Zentralisation aller Prüfungen am Sitz der Kammer, durch die Hergabe der Prüfungsräume und durch die Stellung eines Beamten zur Abnahme der Prüfung in den allgemeinen theoretischen Fächern (Buchführung, Wechselkunde, Scheckverkehr, soziale Gesetze, Gewerbeordnung usw.) sichert sie sich den notwendigen Einfluß auf die Prüfungen.

Die Prüfungsgebühren fließen in die Kasse der Handwerkskammer, die auch für Fehlbeträge aufkommen muß.

VIII. Förderung der gewerblichen, technischen und sittlichen Ausbildung der Meister, Gesellen und Lehrlinge.

1. Einrichtung und Unterstützung von Fach- und Fortbildungsschulen.

Das praktische Können des Handwerkers muß durch theoretisches Wissen ergänzt werden. Für die Lehrlinge sind die hierzu nötigen Bildungsanstalten in den Fach- und Fortbildungsschulen vorhanden, die in den Städten schon seit vielen Jahren bestehen, auf dem Lande erst unter Mitwirkung der Kammer eingerichtet werden mußten. Die Kammer wirkt überall da auf die Gründung von Schulen hin, wo die Zahl der Handwerkslehrlinge zur Erhaltung einer lebensfähigen Einrichtung ausreicht. Die Fortbildungsschulen erhalten in den meisten Fällen für die erste Einrichtung einen Zuschuß von der Kammer, aber auch für Ergänzung des Lehr- und Anschauungsmaterials leistet sie Beihilfen. In den Organen der Schule ist das Handwerk vertreten. Die Kammer sorgt auch dafür,

daß an größeren Anstalten eine fachliche Gliederung des Unterrichts durchgeführt und mit der Erteilung des Fachunterrichts Handwerksmeister betraut werden.

2. Einrichtung und Unterstützung von Meister-, Buchführungs- und Kalkulationskursen.

Für Gesellen und Meister sind Bildungseinrichtungen mannigfacher Art unter Mitwirkung der Kammer, zum Teil auch von ihr allein geschaffen worden. Die großen Meisterkurse, die in erster Linie dazu dienen sollen, den Handwerkern Gelegenheit zu bieten, sich mit allen Neuerungen und Spezialtechniken ihres Berufes bekannt zu machen, werden von der Kammer in nicht unerheblichem Umfange unterstützt. Auch ist die Kammer an der Verwaltung der Kurse beteiligt. Neben den allgemeinen Meisterkursen veranstaltet die Kammer selbst je nach Bedarf Spezialkurse, z. B. Dekorationskurse.

Kaufmännisch werden die Handwerksmeister und auch ihre Gesellen in den Buchführungs- und Kalkulationskursen der Kammer weitergebildet. Die Kurse, die auch zur Vorbereitung auf den theoretischen Teil der Meisterprüfung beliebig erweitert werden können, beschränken sich nicht nur auf die Meister und Gesellen, sondern auch erwachsene Familienangehörige können teilnehmen. Kurse dieser Art werden dauernd in allen Gegenden des Bezirks veranstaltet. Finanziell werden sie von der Kammer allein getragen.

3. Veranlassung von Ausstellungen von Lehrlingsarbeiten, Maschinen und Werkzeugen.

Die Leistungsfähigkeit des Handwerks auch in der Öffentlichkeit zu zeigen, liegt nicht nur im Interesse des Handwerks selbst, sondern auch im Interesse des verbrauchenden Publikums. Reine Handwerksausstellungen werden von der Kammer fast immer unterstützt. Die Kammer veranstaltet selbst Lehrlingsarbeiten- und Gesellenstückausstellungen in verschiedenen Gegenden des Bezirks. Diese Ausstellungen haben sich außerordentlich bewährt und gehören mit zu den regelmäßigen Aufgaben der Kammer.

Der Handwerksmeister selbst muß über alle technischen Neuerungen in seinem Handwerk dauernd unterrichtet sein, wenn er seinen Betrieb leistungsfähig erhalten und rationell einrichten will. Die Kammer unterstützt deshalb alle auf diese Zwecke hinzielenden Ausstellungen. Bedürftige Handwerker erhalten von ihr zum Besuch solcher Ausstellungen Beihilfen.

IX. Förderung des handwerklichen Nachwuchses, der Arbeitsvermittlung und der Ansiedelung selbständiger Handwerker.

1. Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung.

An der Heranbildung eines tüchtigen handwerklichen Nachwuchses hat nicht nur das Handwerk, sondern unsere gesamte Wirtschaft ein nicht unerhebliches Interesse. Die Handwerkskammer hat sich deshalb schon in den ersten Jahren ihres Bestehens der Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung zugewandt und innerhalb ihres Geschäftsbetriebes eine besondere Lehrstellenvermittlung eingerichtet. Die Berufsberatung erfolgt unter Berücksichtigung der Eignung in engster Verbindung mit den Schulen und den Eltern der Jüglinge, die in Elternabenden und in Druckschriften über die in den einzelnen Berufen an die Lehrlinge zu stellenden Anforderungen und über die Aussichten in den einzelnen Berufen aufgeklärt werden.

Die Lehrstellenvermittlung erfolgt rein individuell in Verbindung mit den Innungen. Vorläufig sind die Berufsberatungs- und Lehrstellenvermittlungsstellen auf Grund von Beschlüssen des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages zugunsten städtischer zentraler Stellen, in denen alle Berufszweige vereinigt sind, aufgehoben. Die Kammer wirkt in den Organen dieser Stelle und bei der Zuverlässigkeitsprüfung der sich um Lehrlinge bewerbenden Handwerksmeister mit. Sollte die Kammer nach dem Arbeitsnachweisgesetz die Berufsberatung beibehalten können, so wird sie ihre alten Einrichtungen, allerdings auf einer breiteren Basis als der früheren, besonders unter Mitwirkung der Arbeitnehmer des Handwerks wieder aufleben lassen.

2. Mitwirkung in den Organisationen der Arbeitsnachweise.

Die Arbeitsvermittlung kann nicht schematisiert werden, sondern muß individuell erfolgen, wenn sie ihren Zweck erfüllen soll: jede Arbeitskraft an dem für sie geeignet erscheinenden Arbeitsplatz. Diese Aufgabe können nur Facharbeitsnachweise leisten. Die Kammer hat deshalb die Fachinnungen, besonders in den Großstädten, zur Errichtung eigener Arbeitsnachweise aufgefordert und die Nachweise weitgehendst unterstützt. Durch die Demobilmachungsvorschriften sind allerdings die Facharbeitsnachweise in den städtischen Arbeitsnachweisen aufgegangen, die durch Einrichtung von Fachabteilungen die Facharbeitsnachweise zu ersetzen versucht haben. Die Kammer ist in den Organen der Arbeitsnachweise und der Landesarbeitsämter vertreten. Sie dient diesen Stellen auch als Beratungsstelle in allen Fragen des Handwerks.

3. Planmäßige Ansiedelung von Handwerkern auf dem Lande.

Dieser Aufgabe hat sich die Kammer erst nach Beendigung des Krieges zugewandt. Sie hat einen besonderen Niederlassungsnachweis errichtet, der den Zweck hat, der Übersetzung der Handwerksberufe in den Großstädten dadurch vorzubeugen, daß städtische Handwerker auf solche Dörfer verpflanzt werden, wo ihre Niederlassung von der Gemeindebehörde im Interesse der Bevölkerung als notwendig bezeichnet ist. Auch ältere Gesellen werden in solche Stellen vermittelt.

X. Schaffung sozialer Einrichtungen für Meister, Gesellen und Lehrlinge.

1. Errichtung von Krankenunterstützungs- und Sterbekassen für selbständige Handwerker.

Um den Handwerker im Krankheitsfalle und seine Familienangehörigen im Sterbefalle vor der äußersten Not zu schützen, sind Krankenunterstützungs- und Sterbekassen errichtet worden. Die Kassen haben sich durchweg gut entwickelt, jedoch sind sie vielfach zu großen Versicherungsanstalten vereinigt, die so ausgebaut sind, daß sie erheblich mehr leisten als die für die Arbeitnehmer geschaffenen Zwangskassen. Zum Teil sind diesen Anstalten auch Lebensversicherungen angeschlossen.¹ Da, wo sie fehlen, haben die Kammern Vergünstigungsverträge mit Versicherungsgesellschaften abgeschlossen.

2. Förderung der Gründung von Innungskrankenkassen.

Die Reichsgewerbeordnung gestattet den Innungen, für die bei ihren Mitgliedern beschäftigten versicherungspflichtigen Personen eigene Krankenkassen zu errichten. Die Innungen haben von diesem Recht anfangs weniger Gebrauch gemacht, später häufiger, nachdem die Kammer aufklärend gewirkt und in den meisten Fällen die Vorarbeiten übernommen hat.

XI. Betriebsaufsicht und Kontrolle.

Die Reichsgewerbeordnung gibt den Kammern ein Kontrollrecht über die Handwerksbetriebe, allerdings beschränkt sich dies auf die Prüfung der für das Lehrlingswesen erlassenen Vorschriften. Die

¹ Bei der Versicherungsanstalt der sächsischen Gewerbekammern sind gegen Krankheitsfälle 50 000 Personen versichert, die Leistungen betrugen bisher rund 3,5 Millionen Mark; der Bestand an Lebensversicherungen betrug 1921 37 Millionen Mark, die bisherigen Leistungen 65 Millionen Mark. Neu aufgenommen ist die Rentenversicherung. 1921 liefen 92 Versicherungen mit über 80 000 Mark Versicherungssumme.

allgemeine Entwicklung, besonders während der Zwangswirtschaft, hat dazu geführt, daß die Kammer von den verschiedensten Behörden und Kriegsgesellschaften zur Kontrolle einzelner Betriebe oder ganzer Berufsgruppen herangezogen wurde.

XII. Pflege des außergerichtlichen Güteverfahrens und Benennung von Sachverständigen.

Das Statut der Kammer schreibt die Bestellung öffentlicher Sachverständiger zur Erstattung von Gutachten und zur Schlichtung gewerblicher Streitigkeiten im Sinne des § 434 ZPO. und des § 73 StPO. vor. Diese Aufgabe hat die Kammer durch die Einrichtung eines Instituts zur Regelung gewerblicher Streitigkeiten zu lösen gesucht. Streitigkeiten zwischen Handwerksmeistern und Kunden werden dem Institut gemeldet, das zunächst einen beiden Parteien genehmen Sachverständigen ermittelt. Die Anberaumung mündlicher Verhandlungstermine, Ladung der Parteien und Zeugen, Führung der Niederschrift erfolgt durch Beamte der Kammer. Die Entscheidung des Sachverständigen ist endgültig, das ordentliche Gericht kann nicht mehr angerufen werden.

In Verbindung hiermit ist die Einziehungsstelle ausstehender Forderungen zu erwähnen, die Einsprüche gegen die Berechtigung der Forderungen vielfach dem Schlichtungsinstitut der Kammer überweist.

Neben diesen eigenen Einrichtungen werden die allgemeinen Bestrebungen zur Förderung des außergerichtlichen Güteverfahrens unterstützt.

Den Gerichten, Behörden und Privaten werden auf Anfordern Sachverständige benannt.

XIII. Maßnahmen zur Besserung des öffentlichen und privaten Verdingungswesens.

Das Verdingungswesen hat in der Handwerkerbewegung von jeher eine nicht unbedeutende Rolle gespielt. Das Verdingungswesen mit seinen erheblichen Mängeln hat die Handwerkskammer veranlaßt, eine besondere Verdingungsstelle zu schaffen, die die Interessen des Handwerks auf dem Gebiete des öffentlichen und privaten Verdingungswesens besonders wahrzunehmen und dauernd an der Verbesserung zu arbeiten hat. Sie hat leider die ausschreibenden Stellen noch nicht veranlassen können, eine Änderung des bisher üblichen, vielfach das Handwerk schädigenden Verfahrens einzuführen und schon bei der Aufstellung der Verdingungsvorschriften Sachverständige aus dem Handwerk heranzuziehen. Besonders in der Kriegszeit hat die

Verdingungsstelle allen ausschreibenden Behörden wertvolle Dienste in der Nachweisung geeigneter und zuverlässiger Handwerksmeister geleistet. Heute ist sie für Behörden und Handwerker fast unentbehrlich, da sie zuverlässiges Material über den augenblicklichen Stand der Löhne, der Geschäftsunkosten und der wichtigsten Materialpreise besitzt. Zu den Aufgaben der Verdingungsstelle gehört auch, für größere Objekte an die Stelle des Einzelunternehmers Lieferungs-genossenschaften und Vereinigungen des Handwerks treten zu lassen.

Die sich im privaten Verdingungswesen zeigenden Mängel werden durch direkte Verhandlungen mit dem Auftraggeber oder dessen Architekten zu beseitigen versucht.

Neuerdings wird die Verdingungsstelle vielfach von den für die Siedelungsgenossenschaften arbeitenden Unternehmern zur Sicherstellung ihrer Forderungen angerufen.

Als Auftragsvermittlungsstelle für das Handwerk bei öffentlichen Lieferungen wird sie dann und wann herangezogen.

XIV. Beratung des Handwerks in sozialpolitischen Fragen.

Die Arbeitgeberverbände haben im Handwerk — abgesehen vom Baugewerbe — nicht die Bedeutung wie in der Industrie und im Handel. Vielfach treten in Tarifangelegenheiten die Innungen als Vertragspartei auf. Die Fülle neuer Gesetze und Verordnungen, die nach dem Kriege in sozialpolitischen Fragen ergangen sind, lassen Beratung der Innungen und auch Einzelhandwerker nötig erscheinen. Dies gilt besonders für das Schlichtungswesen, für die Befugnisse der Demobilisierungsbehörden und für die Regelung der Lehrlingsfrage innerhalb des Tarifvertrages. Bei Streitigkeiten vor den Schlichtungsausschüssen und dem Demobilisierungskommissar übernimmt die Kammer in besonders schwierigen Fällen die Federführung für die Innungen.

Um den Innungen jederzeit einen Überblick über die Lohnhöhe und die allgemeinen Tarifvertragsbedingungen in den wichtigsten Handwerksberufen bieten zu können, ist bei ihr eine Tariffammel- und Austauschstelle errichtet.

Dieser Stelle liegt auch die Sammlung der Geschäftsunkosten der einzelnen Handwerksberufe ob.

XV. Steuerberatung.

Die hohen Steuerlasten drohen das selbständige Handwerk zu erdrücken. Eine fachverständige Beratung in allen Steuerfragen ist nötig. Durch die Errichtung einer besonderen Steuerberatungsstelle hat die Kammer einem dringenden Bedürfnis abgeholfen. Die Steuer-

beratungsstelle soll dem Handwerker Steuerschutz gewähren, ihn aber auch zur Steuerpflicht erziehen. Für das ländliche Handwerk werden Steuerberatungstage in den Kreisstädten und Flecken abgehalten. Die Steuerberatungsstelle übernimmt auch die Vertretung der Handwerker in schwierigen Fällen vor den Finanzämtern. Neben diesen allgemeinen Aufgaben hat die Steuerberatungsstelle das Handwerk auch zur ordnungsmäßigen Führung der Bücher zu erziehen.

XVI. Öffentliche Berichterstattung und Aufklärung.

Die Handwerkskammer unterrichtet das Handwerk und die Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit und über die allgemeine Lage:

1. Durch das amtliche Organ, die Nordwestdeutsche Handwerkszeitung, die gemeinsam mit 8 anderen Kammern Niedersachsens und dem Nordwestdeutschen Handwerkerbund herausgegeben wird. In dem amtlichen Teil werden die offiziellen Bekanntmachungen und die Berichte über die Vollversammlungen, Vorstandssitzungen und der Ausschüsse abgedruckt. In dem allgemeinen Teile werden aufklärende Artikel über allgemeine und Spezialfragen des Handwerks veröffentlicht.

2. Die Tagespresse erhält fortlaufend, meist 14tägig, kleinere Artikel und Notizen über die Arbeit der Kammern zugestellt.

3. Jahresberichte werden alle 2 Jahre in Buchform herausgegeben. Sie stellen einen Gesamtüberblick über das Tätigkeitsgebiet der Kammer dar und enthalten Wünsche, Beschwerden des Handwerks und Anregungen für die Behörden und Parlamente. Sie werden an die Behörden, Handwerksorganisationen, Parlamentarier, Universitäten und Einzelhandwerker verteilt.

4. Öffentliche Vorträge über wichtige, im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse liegende Fragen des Handwerks werden in öffentlichen Versammlungen behandelt, z. B. Kommunalisierung und Sozialisierung, Erhaltung des Kunsthandwerks usw.

XVII. Wissenschaftliche Tätigkeit.

Neben der praktischen Arbeit wird auch die wissenschaftliche Tätigkeit in der Kammer gepflegt. Sie liegt in erster Linie den geschäftsführenden Beamten ob und ist schon um deswillen nötig, weil die Wissenschaft vielfach unter völliger Verkennung der tatsächlichen Stellung des Handwerks in der Volkswirtschaft dem Handwerk die Anerkennung als selbständigen Berufsstand versagt hat und hierdurch Auffassungen bei den Behörden, anderen Berufsständen und der Bevölkerung ver-

breitet sind, die die Stellung des Handwerks in manchen Fragen außerordentlich erschwert haben. Diese Fragen gehen in den meisten Fällen in ihrer Bedeutung über den Rahmen eines Kammerbezirks hinaus, und die wissenschaftlichen Untersuchungen der einzelnen Kammern werden mit dem dazugehörigen statistischen Material dem Deutschen Handwerks- und Gewerbeammertag zur weiteren Bearbeitung für das gesamte deutsche Handwerk überwiesen. Die Kammern haben ihre Überzeugung von der Notwendigkeit der wissenschaftlichen Tätigkeit durch die Angliederung eines wissenschaftlichen Forschungsinstituts an den Deutschen Handwerks- und Gewerbeammertag bewiesen.

c) Zusammenfassung einer mittleren Handwerkskammer.

Die Wahlen zur Handwerkskammer erfolgen noch nach der preussischen Wahlordnung vom 17. August 1899. Danach sind Wahlkörper die Handwerkerinnungen und diejenigen Gewerbevereine und sonstigen Vereinigungen, die die Förderung der gewerblichen Interessen des Handwerks verfolgen und deren Mitglieder mindestens zur Hälfte aus Handwerkern bestehen. Jeder Wahlkörper mit 20 und weniger Mitgliedern hat eine, bei 21 bis 50 Mitgliedern zwei und für je weitere 50 Mitglieder eine weitere Stimme bis zur Höchstzahl von 10. Das Wahlrecht in den Wahlkörpern üben die Vorstände aus.

Die nicht in Innungen zusammengeschlossenen Handwerker haben also auf die Wahlen zur Kammer keinen Einfluß. J. B. gehörten von den 20862 Handwerksbetrieben im Bezirk der Handwerkskammer Hannover bei der letzten Wahl 15104 Handwerker 193 Innungen und 11 Vereinen an. Die Innungen sind in 35 und die Vereine in 3 Wahlabteilungen eingeteilt, von denen je 1 Mitglied zu wählen ist. Diese 38 Mitglieder bilden mit dem Gesellenausschuß (s. unten) die Vollversammlung. Die Vollversammlung kann bis zur Höchstzahl von 7 Mitgliedern zuwählen. Von diesem Recht wird in den meisten Fällen solchen Berufen gegenüber Gebrauch gemacht, die seltener betrieben werden und deshalb einer Organisation ermangeln. Außerdem werden auch Personen zugewählt, die besonderes Interesse an der Handwerkerfrage zeigen.

Die Wahl des Gesellenausschusses erfolgt in der gleichen Weise, allerdings mit dem Unterschiede, daß jeder Gesellenausschuß nur eine Stimme hat und das Wahlrecht durch den Vorsitzenden allein ausgeübt wird. Die Gesellen wählen z. B. in der Kammer Hannover nur 10 Mitglieder. Bei den Gesellenausschüssen muß deshalb eine noch viel stärkere Zusammenlegung zu Wahlabteilungen erfolgen als bei den Innungen und Vereinen.

Gewerbe- gruppen	Anzahl der Betriebe	Kammer- liste	Gewerbe- gruppen	Anzahl der Betriebe	Kammer- liste
I. Nahr.- u. Genuss- mittelgewerbe			Steinhauer		
Müller			Glaszer		
Bäcker			Ofenfeher		
Konditoren	3058		Brunnenbauer . . .		
Fleischer	mit 1928 Gef.	10	Steinfeher		
Rohschlachter . . .	mit 899 Lehrl.		V. Holzgewerbe		
Brauer			Modellstischler . . .		
Brenner			Tischler		
			Stellmacher		
II. Textilgewerbe			Böttcher	3593	
Seiler			Drehstler		
Weber			Korbmacher	mit 2015 Gef.	4
Tuchmacher			Bürsten- und	mit 1134 Lehrl.	
Schneider			Pinselfmacher . . .		
Damen Schneider . .	3496		Boots- und		
Rärschneider	mit 1821 Gef.	3	Schiffbauer		
Mähnenmacher . . .	mit 1077 Lehrl.		Mähnenbauer		
hutmacher			VI. Dekorations- gewerbe		
Putzmacher			Tapezierer und		
Posamentieret			Decorateure	1095	
Schirmmacher			Maler u. Lackierer	mit 981 Gef.	2
			Schilder-maler . . .	mit 571 Lehrl.	
III. Leder verar- beitend. Gewerbe			Vergoldder		
Gerber			VII. Schwer- metallverarbeit. Gewerbe		
Sattler	3400		Schmiede		
Schuhmacher	mit 1164 Gef.	2	Schlosser		
Handschuhmacher . .	mit 699 Lehrl.		Zeilenhauer		
Buchbinder			Dreher		
IV. Baugewerbe			Gelbgießer	1763	
Maurer			Meßerschmiede u.	mit 1064 Gef.	7
Zimmerer	1696		Hohlschleifer . . .	mit 1706 Lehrl.	
Dachdecker	mit 2576 Gef.	10	Nagelschmiede . . .		
Stuckateure	mit 545 Lehrl.		Maschinenbauer . .		
Fliesenleger			Nadler und		
			Siebmacher		

Gewerbe- gruppen	Anzahl der Betriebe	Kammer- sätze	Gewerbe- gruppen	Anzahl der Betriebe	Kammer- sätze
VIII. Feinmetall- verarb. Gewerbe			XII. Kunst- gewerbe		
Gold- und Silber- schmiede	37	0	Modelleure und Gipsbildhauer . .	112 mit 70 Gef. mit 19 Lehrf.	1
Juweliere	mit 33 Gef. mit 9 Lehrf.		Holzbildhauer . .		
			Steinbildhauer . .		
IX. Installations- gewerbe			Ziſeleure		
Klempner und Installateure . .	1044	1	Graveure		
Elektrotechniker . .	mit 878 Gef. mit 781 Lehrf.		Rammacher		
Kupferschmiede . .			Kunsttöpfer		
Gas- u. Wasserleit- Installateure . .			Glas- und Porzellanmaler		
X. Mechaniker- gewerbe			XIII. Musik- instrumenten- macher		
Uhrmacher	446 mit 146 Gef. mit 151 Lehrf.	1	Orgelbauer	27 mit 13 Gef. mit 3 Lehrf.	0
Feinmechaniker . .			Geigenbauer		
Fahrradmechanik . .			Klavierbauer		
Chirurgie-Instru- mentenmacher . .			Blasinstrumenten- macher		
Orthopädie- Mechaniker					
Bandagisten					
Büchsenmacher . .			XIV. Reini- gungsgewerbe		
XI. Graphische Gewerbe			Barbiere	897 mit 398 Gef. mit 349 Lehrf.	2
Buchdrucker	198 mit 153 Gef. mit 80 Lehrf.	1	Färber		
Steindrucker			Schornsteinfeger . .		
Lithographen			Anzahl der Betriebe	20862	
Xylographen			Anzahl der Gesellen	13240	
Nichtdrucker			Anzahl der Lehrlinge	8023	
Zinkographen			Kammersätze	44	
Chemigraphen					
Photographen					
Einzierer					
Formstecher					

C. Die Industrie- und Handelskammern.

a) Allgemeines.

So verschieden die drei Kammerssysteme an sich schon sind, so weist das System der Handelskammern in sich beinahe noch größere Unterschiede auf. Dies erklärt sich:

zunächst rein äußerlich aus der starken Verschiedenheit des Umfanges und der Bedeutung der Handelskammerbezirke;

aus ihrem sehr verschiedenen geschichtlichen Werdegange und aus der Verschiedenheit der den Handelskammern in den einzelnen Ländern natürlich wie gesetzlich gegebenen Bestimmung.

In ersterer Beziehung sei nur darauf verwiesen, daß unter den insgesamt 135 Handelskammern 29 mit einem Etat von nicht mehr als 25 000 M., auf der anderen Seite 9 Handelskammern mit einem Etat von 500 000 bis 2 1/2 Millionen M. arbeiten.

Es sind 3 Formationen zu unterscheiden:

- a) Die alle Handels- und Gewerbetreibenden (soweit sie nicht dem Handwerk angehören) umfassenden Industrie- und Handelskammern.
- b) Die nur bestimmte Teile der Kaufleute und Industriellen umfassenden Kammern. Hier sind zu unterscheiden:
 1. Kammern, welche die Wahlberechtigung an einen bestimmten Jenzus knüpfen,
 2. Kammern, die von vornherein den Kleinhandel und das Kleingewerbe ausschalten.
- c) Kammern, die besondere Ausschüsse, z. B. für Kleingewerbetreibende und für Handlungsgehilfen und technische Angestellte, für die Industrie und andererseits örtliche Unterabteilungen mit gewissen selbständigen Aufgaben gebildet haben.

Die 3 Typen der Handelskammern sind:

- a) die mehr oder weniger in die Staatsverwaltung einbezogenen und vom Staate demgemäß subventionierten Handelskammern;
- b) die Landeskammern, d. h. die ein ganzes Land umfassenden Kammern, deren besondere Aufgabe die Beratung ihrer Landesregierung und die Behandlung der Landesaufgaben ist;
- c) die Bezirkskammern der größeren Länder, die erst durch Zusammentritt in Landeskammertagen zu wichtigeren Wirtschaftsfragen ihres Landes gemeinsam Stellung nehmen.

So verschieden hiernach Art und Arbeit der einzelnen Handelskammern ist, verschieden auch vielfach von vornherein in dem Ausmaß der ihnen gestellten gesetzlichen Aufgaben, so ist für ihre Charakterisierung im allgemeinen doch eines für alle zu sagen: Jede

Kammer ist in der Öffentlichkeit nur das wert, was sie über das Schema ihrer gesetzlichen Aufgaben hinaus aus sich zu machen weiß. Vor allem ist hier entscheidend der Grad schaffender Kraft und Initiative, welche die Körperschaft aus sich selbst hervorbringt, und hier wiederum der Geist, den der Vorsitzende in seiner Korporation zu wecken, das Standesgefühl, das der Vorstand der Kaufmannschaft seines Bezirkes einzulösen vermag.

Die Handelskammern sind historisch geworden, d. h. mehr oder weniger aus sich selbst herausgewachsene Organe berufsständischer Selbstverwaltung. Die Erkenntnis, daß die kleineren Gebilde den an eine wirklich leistungsfähige Kammer zu stellenden Anforderungen heute nicht mehr genügen, drängt zu einer Zusammenlegung dieser, das Bewußtsein, daß die Wahrung der Gesamtinteressen von Industrie und Handel heute ein intensives Eingehen auf die besonderen Interessen der einzelnen Wirtschaftszweige bedingt, mehr und mehr zu einer Gliederung des Gesamtaufbaues der Kammern.

Für den Aufbau der Handelskammern sind bisher im allgemeinen die preussischen Gesetzesbestimmungen (Gesetz vom 23. Februar 1870 und vom 19. August 1897) maßgebend gewesen.

Wahlberechtigt und beitragspflichtig sind alle Firmenkauflleute; doch kann die Kammer das Wahlrecht und die Beitragspflicht auch von einem Mindestgewerbesteuerfah abhängig machen. (Der Beschluß unterliegt der Genehmigung des Ministers für Handel und Gewerbe.) Außerdem kann die Kammer bis zum zehnten Teil ihrer Mitglieder frühere Kaufleute hinzuwählen.

Aber ihren Kostenaufwand, ihr Kassen- und Rechnungswesen beschließt die Kammer selbständig. Die Mitglieder versehen ihr Amt unentgeltlich. Eine Entschädigung kann nur für bare Auslagen gewährt werden. Die im Haushaltsplan veranschlagten Kosten der Handelskammer werden durch Gewerbesteuerzuschläge gedeckt. Die Handelskammer ist befugt, zur Deckung der Kosten von Anstalten, Anlagen und Einrichtungen, die für einzelne Teile des Handelskammerbezirks oder für einzelne Betriebszweige ausschließlich bestimmt sind, oder ihnen vorzugsweise zugute kommen, die Beitragspflichtigen dieser Bezirktteile oder Betriebszweige zu besonderen Beiträgen heranzuziehen. Zur Verwaltung solcher Einrichtungen sind Vertreter der beteiligten Bezirktteile oder Betriebszweige in angemessener Zahl heranzuziehen, sie kann örtlichen oder fachlichen Ausschüssen übertragen werden, die aus Mitgliedern der Handelskammer und Vertretern der beteiligten Bezirktteile oder Betriebszweige zu bilden sind. Einer vorgängigen Genehmigung des Ministers für Handel und Gewerbe bedarf es, wenn die Beschaffung

des Aufwandes für ein Jahr einen zehn Prozent der Gewerbesteuer übersteigenden Zuschlag zu derselben erfordert.

Die Handelskammer untersteht der Aufsicht des Ministers für Handel und Gewerbe; auf Antrag desselben kann eine Handelskammer durch Beschluß des Staatsministeriums aufgelöst werden. Es sind sodann Neuwahlen anzuordnen.

b) Die Hanseatischen Handelskammern.

Die hanseatischen Handelskammern nehmen insofern eine von den binnenländischen abweichende Stellung ein, als sie zum Teil unmittelbar mit den Staatsbehörden durch Entsendung von Mitgliedern zusammenwirken. Aber auch in ihrem Aufbau gehen sie zum Teil erheblich über den Aufgabenbereich der binnenländischen Kammern hinaus.

Handelskammer Hamburg.

Die Mitglieder der Handelskammer werden von der „Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns“ in geheimer Abstimmung durch Stimmenmehrheit gewählt.

Mitglied der „Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns“ ist, wer als solches in das von der Handelskammer zu führende Register eingetragen ist; eingetragen werden auf ihren Antrag nur hamburgische Staatsangehörige, und zwar:

- a) die in das hamburgische Handelsregister eingetragenen Geschäftsinhaber, welche vorzugsweise Geschäfte im Großen betreiben,
- b) die Vorstände von in Hamburg domicilierenden, kommerziellen und industriellen Aktiengesellschaften,
- c) die in Hamburg domicilierenden Teilhaber auswärtiger Firmen,
- d) Personen, welche nach Aufgabe ihres kaufmännischen Geschäftsbetriebes in Hamburg ihren festen Wohnsitz haben.

Bei der Handelskammer wird eine Industriekommission gebildet, welche aus 6 Mitgliedern der Handelskammer und 18 Vertretern der Industrie besteht.

Die 18 Vertreter der Industrie werden von denjenigen aus ihrer Mitte gewählt, welche Mitglieder der „Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns“ sind und innerhalb des hamburgischen Staatsgebiets entweder für eigene Rechnung ein stehendes Gewerbe fabrikmäßig betreiben oder als Betriebsleiter einem für fremde Rechnung betriebenen Fabrikunternehmen vorstehen.

Die Handelskammer entsendet aus ihrer Mitte

- 3 Mitglieder, von denen eines der Industriekommission angehören muß, in die Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe,

- 2 Mitglieder in die Deputation für indirekte Steuern und Abgaben,
- 2 Mitglieder in die Behörde für das Auswandererwesen,
- 2 Mitglieder in die Verwaltung des Gewerbeschulwesens,
- 1 Mitglied in die Hochschulbehörde.

Handelskammer Bremen.

Die Handelskammermitglieder werden von dem „Kaufmannskongvent“ aus seiner Mitte gewählt:

Mitglied des Kaufmannskongvents ist, wer als solches auf seinen Antrag in das von der Handelskammer zu führende Kaufmannskongventregister eingetragen ist.

In das Register sind auf ihren Antrag einzutragen: bremische Staatsangehörige, welche Inhaber der in einem bremischen Handelsregister eingetragenen Firmen, persönlich haftende Gesellschafter von offenen Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Vorstandsmitglieder oder Geschäftsführer von Aktiengesellschaften, G. m. b. H., Kolonialgesellschaften usw. mit dem Sitz im bremischen Staatsgebiet oder Leiter von bremischen Zweigniederlassungen auswärtiger Firmen mit der Befugnis, die Hauptniederlassung durch Unterschrift rechtsverbindlich zu vertreten, sind, soweit die zu den Erwerbszweigen gehören, zu deren Vertretung die Handelskammer berufen ist.

Zur Erleichterung des geschäftlichen Verkehrs des Senats mit der Handelskammer, zur Beratung über Handels- und Schiffsverkehrsangelegenheiten sowie zur gegenseitigen Mitteilung der sich darauf beziehenden Anträge und Beschlüsse, besteht eine aus einigen Mitgliedern des Senats und der Handelskammer zusammengesetzte Behörde.

Indessen bleibt es sowohl dem Senat unbenommen, seine Anträge und Mitteilungen direkt an die Handelskammer zu richten, als auch letzterer, sich direkt an den Senat zu wenden.

Die Handelskammer entsendet Mitglieder in

- a) die Behörde für Handelshilfsgeschäfte,
- b) die Behörde für den Waffenschout, die Seefahrtsschule und die Verwaltung der Einkünfte derselben,
- c) die Behörden für das Auswandererwesen.

Handelskammer Lübeck.

Die Handelskammermitglieder werden von der „Kaufmannschaft“ gewählt. Wählbar zum Mitglied der Handelskammer sind alle stimmberechtigten Mitglieder der „Kaufmannschaft“ mit Ausnahme der der Kaufmannschaft angehörenden Mitglieder des Senates.

Nach der Lübeckischen Kaufmannsordnung ist die „Kaufmannschaft“ eine „Vereinigung Lübeckischer Bürger, welche das Handels-

gewerbe selbständig betreiben oder dasselbe, ohne zu einer anderen Berufstätigkeit übergegangen zu sein, betrieben haben". Zum Eintritt sind in erster Linie alle Kaufleute im Sinne des Handelsgesetzbuches berechtigt, deren Firma in das Handelsregister eingetragen ist.

Die „Kaufmannschaft“ ist im Jahre 1853 durch den Zusammenschluß der acht damals in Lübeck seit Jahrhunderten bestehenden, mit Sonderrechten ausgestatteten Kaufleute-Kollegien entstanden. Die Handelskammer ist der Vorstand der Kaufmannschaft, dem von den gesetzgebenden Körperschaften gleichzeitig die Rechte und Pflichten einer Handelskammer im Sinne des Aufgabentreibes der übrigen deutschen Handelskammern beigelegt sind.

Der Wirkungskreis der Handelskammer umfaßt danach zwei völlig voneinander getrennte Gebiete. Sie hat

1. die ihr als amtlicher Interessenvertretung von Handel und Industrie übertragenen Aufgaben zu erfüllen und
2. die Verwaltungsgeschäfte der kaufmännischen Vereinigung, der „Kaufmannschaft“, zu führen.

Zu 1 ist die Handelskammer zur Wahrnehmung der Interessen des Handels, der Schifffahrt und der Industrie im Lübeckischen Freistaate verpflichtet, soweit die Wahrnehmung der Interessen der Industrie nicht der Gewerbekammer zukommt; insbesondere liegt der Handelskammer ob:

- a) die Aufsicht über die Börse unter Oberaufsicht des Senats und die Wahl des Börsenengerichts;
- b) die Anstellung bzw. Mitwirkung bei der Anstellung der für den Handel, die Schifffahrt und die Industrie erforderlichen Beamten und Hilfspersonen (Lagerhausinspektor, Güterschreiber, Verwalter der Holzwrake, Wraker, Wäger und Kornwäger, Leerhofsverwalter, Leerwraker, Dispacheur, Sachverständige und Auktionatoren in Handels-, Schifffahrts- und Industrieangelegenheiten, Handelsrichter, Beisitzer des See- und des Oberseeamtes);
- c) die Veranstaltung solcher Missionen zu kommerziellen Zwecken, welche keinen diplomatischen Charakter annehmen können oder sollen;
- d) die Begutachtung bei der Besetzung der Konsulate des Reichs;
- e) die Begutachtung, Beantragung und Abgabe von Erklärungen in allen den Handel, die Schifffahrt und die Industrie des Lübeckischen Freistaates betreffenden Angelegenheiten.

Aber alle Staatsverträge, Gesetze und Verordnungen, soweit sie den Handel, die Schifffahrt und die Industrie des Lübeckischen Freistaates betreffen, muß das Gutachten der Handelskammer eingeholt werden.

Ferner untersteht der Handelskammer die Aufsicht über die Öffentliche Handelslehranstalt (unter Oberaufsicht der Oberschulbehörde).

Zu 2 liegt der Handelskammer u. a. noch die schiedsrichterliche Entscheidung derjenigen Streitigkeiten zwischen Mitgliedern der Kaufmannschaft untereinander oder zwischen diesen und dritten Personen ob, welche durch Abereinkunft der Parteien ihrer Entscheidung unterstellt werden.

Als Vorstand der Kaufmannschaft hat die Handelskammer ferner das Vermögen der Kaufmannschaft sowie viele kaufmännische Stiftungen, Vermächtnisse, Stipendien zu verwalten. Ein wesentlicher Bestandteil des Vermögens ist das Eigentum an sämtlichen dem öffentlichen Verkehr dienenden Lager- und Umschlagsschuppen sowie des Lagerhauses am See- und Kanalhafen. Diese Anlagen werden gemäß Senatsverordnung in eigener Verwaltung durch die Unterhaltung eines umfangreichen Lager- und Raumschlagbetriebes dem öffentlichen Verkehr nutzbar gemacht.

Außerdem unterhält die Handelskammer als Vorstand der Kaufmannschaft mit eigenen, zum Teil als Eisbrecher gebauten Dampfern einen Schlepp- und Bugfieberbetrieb auf dem Traverevier und dem nähergelegenen Ostseegebiete („Schleppbetrieb der Handelskammer“). Mit diesen Dampfern versieht die Handelskammer gemäß gesetzlicher Ermächtigung den Eisbrecherdienst im Hafen und im Traverevier bis zur See. Dem „Schleppbetrieb der Handelskammer“ ist durch Vertrag auch die Ausübung des Schleppmonopols (bisher des Lübedischen Staates, jetzt des Reiches) auf dem Elbe-Trave-Kanal mittels staatlicher und eigener Dampfer und unter finanzieller Beteiligung des Staates (Reiches) übertragen worden.

c) Die Bayerischen Handelskammern.

Auf Grund der Verordnung vom 25. Februar 1908 muß für jeden Regierungsbezirk mindestens eine Handelskammer errichtet werden.

Die Handelskammer wird gebildet aus:

- a) den unmittelbar gewählten Mitgliedern,
- b) den von den Handelsgremien abgeordneten Mitgliedern (s. u.).

Bei den stark untergeteilten Kammern, wie z. B. Ludwigshafen, Bayreuth, Würzburg und Augsburg, sehen sich die Mitglieder der Handelskammer zusammen aus

	unmittelbar gewählte Vertreter:	Vertretern der Handelsgremien:
Ludwigshafen	12	28
Bayreuth	12	23
Würzburg	29	21
Augsburg	38	12

Die Wahlordnung der Handelskammer kann bestimmen, wieviel Kammermitglieder aus jedem Wahlkreis dem Großhandel, der Industrie, dem Bergbau und dem firmenberechtigten Kleinhandel (Detailhandel) anzugehören haben.

Die Handelskammern sind verpflichtet, besondere Ausschüsse einzurichten, und zwar:

- a) den Ausschuß der Kleingewerbetreibenden; dieser besteht aus 4—6 dem Handwerk nicht angehörigen Kleingewerbetreibenden. Wahlberechtigt sind nur die am Handelskammersitz wohnenden, weder dem Handwerk angehörigen noch ins Handelsregister eingetragenen Kleingewerbetreibenden. Die Mitglieder des Ausschusses sind zu den Beratungen der Handelskammer, welche Angelegenheiten des Kleingewerbes zum Gegenstand haben, beizuziehen und haben die Rechte und Pflichten von Mitgliedern der Handelskammer;
- b) den Ausschuß der Handlungsgehilfen und technischen Angestellten, bestehend aus 6 bis 14 Mitgliedern. Wahlberechtigt sind die volljährigen männlichen Handlungsgehilfen und technischen Angestellten, die am Handelskammersitz beschäftigt sind. Die Rechte und Pflichten der Mitglieder sind die gleichen wie die des Ausschusses der Kleingewerbetreibenden.

Für Orte oder Bezirke, wo ein Bedürfnis hierfür obwaltet, werden nach Anhörung der Handelskammer mit Genehmigung des Staatsministeriums Handelsgremien gebildet; sie können in Angelegenheiten von vorwiegend örtlichem Interesse mit den zuständigen Behörden unmittelbar verkehren, müssen jedoch in wichtigeren Fällen ihrer zuständigen Handelskammer hiervon Kenntnis geben.

Den Handelsgremien obliegt die Förderung und Vertretung der Interessen des Handelsgewerbes, der Industrien und des Bergbaues ihres Bezirkes. Die Handelsgremien sind sonach nicht untergeordnete örtliche Organe der Handelskammern, sondern selbständige örtliche Interessenvertretungen und nur dadurch mit den Handelskammern organisch verbunden, daß ihre Vorsitzenden ohne weiteres der zugehörigen Handelskammer als Mitglieder angehören. Einzelnen Gremien kann das Recht zur Abordnung eines weiteren oder mehrerer Mitglieder zugestanden werden. In den Gremialbezirken finden Wahlen zur Handelskammer nicht statt.

Die Kosten der Geschäftsführung decken sie, soweit nicht Zuschüsse der Handelskammer, der Gemeinden oder Distrikte oder sonstige Einnahmen zur Verfügung stehen, durch Beiträge von den Wahlberechtigten.

Die Zuteilung der Handelsgremien an die Handelskammern ist die folgende:

Handelskammer	München	3	Handelsgremien
"	Passau	5	"
"	Eudwigshafen . .	16	"
"	Regensburg . . .	3	"
"	Bayreuth	12	"
"	Nürnberg	8	"
"	Würzburg	11	"
"	Augsburg	11	"
"	Coburg	—	"

d) Tätigkeitsgebiet einer mittleren Handelskammer (Landeskammer).

I. Standesvertretung und Standeseinrichtungen.

1. Wahrung der Standesehre.

Das Gesetz ermächtigt die Handelskammer, ein Mitglied, das durch seine Handlungsweise die öffentliche Achtung verloren hat, auszuschließen, auch kann sie ein Mitglied, gegen das ein gerichtliches Strafverfahren eröffnet wird, vorläufig von seinen Geschäften entheben. Wenn Beschuldigungen gegen ein Mitglied der Kammer erhoben werden, setzt die Handelskammer ein Ehrengericht ein. Wenn Beschwerden sich gegen Organe der Handelskammer oder von der Handelskammer eingefetzte Vertrauenspersonen richten, so wird ein Untersuchungsausschuß bestellt. Je nach dem Ergebnis der Untersuchung wird der Beschuldigte verwarnet oder seiner Vertrauensstellung enthoben.

Zu Unrecht privat oder in der Öffentlichkeit Beschuldigte rufen selbst den Schuß der Kammer an und beantragen amtliche Klarstellung.

Bei leichteren Verstößen wird der Firma aufgegeben, die bestehenden Differenzen freiwillig auszugleichen. In solchen Fällen kann der Vorsitzende durch persönliche Einwirkung ungemein viel zur Ausgleichung und zur Beachtung der Standesehre beitragen.

Beispiele:

Ein Handelskammermitglied, das beauftragt war, für seine Stadt Lebensmittel einzukaufen, wurde beschuldigt, sich hierbei unzulässige Vorteile verschafft zu haben. Das ehrengerichtliche Verfahren ergab die Haltlosigkeit der erhobenen Vorwürfe.

Mitteilung eines auswärtigen Konsulats, daß eine Firma des Landes die verbindlich in Aussicht gestellten Lieferungen wegen Valutaverschiebung nicht leistet. Hier wie in ähnlichen Fällen hat die Handelskammer nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Ehre des deutschen Kaufmanns die Vertragstreue auch gegenüber dem Auslande erheischt. Die Firma wurde angehalten, die rückständigen Zeitlieferungen auszuführen.

Eine ausländische Zeitung brachte unwahre Mitteilungen über Verwendung minderwertiger Rohmaterialien in einer im Lande bodenständigen Nahrungsmittelindustrie. Auf Grund von Vorstellungen der Handelskammer nahm sie eine Berichtigung vor.

2. Ehrungen verdienter Standesgenossen.

Die Ehrungen erfolgten früher durch Anträge auf Titel- und Ordensverleihungen. Jetzt werden bei Geschäftsjubiläen angesehener Firmen anerkennende Diplome ausgefertigt und durch Vertreter der Kammer überreicht.

An langjährig verdiente Angestellte und Arbeiter werden Ehrenmünzen mit künstlerisch ausgefertigten Diplomen an einem hierfür festgesetzten Jahrestag verliehen.

3. Standeseinrichtungen.

Die Kammer hat ein monumentales Dienstgebäude mit künstlerischer Ausstattung größtenteils aus freiwilligen Stiftungen der Kaufmannschaft errichtet. Das Dienstgebäude enthält zugleich Börsensaal, Versammlungsräume für die kaufmännischen und industriellen Verbände, Schulräume für eine Handelslehranstalt, eine Volkslesehalle, Klubräume für gesellschaftliche Zwecke usw.

Die Kammer hat ferner ein eigenes Erholungsheim für selbständige Kaufleute und für Angestellte im Harz aus freiwilligen Beiträgen errichtet. Sie hat die Errichtung kaufmännischer Lehrlingsheime in verschiedenen Städten ihres Bezirks angeregt und unterstützt.

4. Stiftungen.

Die Kammer ist im Besitze von Stiftungen zur Unterstützung:
 für unverschuldet in Not geratene Standesgenossen,
 zur Wiederaufrichtung bedrohter Existenzen durch Gewährung zinsloser Darlehen,
 für Gewährung einer Wohnkammer für einen altersinvaliden Kaufmann,
 zur Berufsausbildung unbemittelter junger Kaufleute,

für ein Reisestipendium zum Besuche des Deutschen Museums in München,
zur Unterstützung von altersinvaliden Ausladern und deren Witwen.

5. Gemeinnützige Tätigkeit.

Bei Sammlungen, Subskriptionen und bei sonstiger Aufbringung notwendiger Mittel für gemeinnützige Zwecke sehen es die Kammermitglieder für ihre Ehrenpflicht an, auf der Zeichnungsliste mit ihrem Namen voranzugehen, wenn der Zweck besondere Förderung erheischt.

II. Wahrung der Gesamtinteressen von Handel und Industrie.

1. Stellungnahme zu Gesetzentwürfen und Verordnungen des Reiches und des Landes.

Nach dem Gesetz hat die Handelskammer die Gesamtinteressen des Handels und der Industrie wahrzunehmen; sie soll in der Regel bei jeder Handel und Industrie betreffenden Angelegenheit von den Behörden gehört werden.

2. Initiativanträge an die obersten Reichs- und Landesbehörden und an die gesetzgebenden Körperschaften.

Auch zu Initiativanträgen an die obersten Reichs- und Landesbehörden und an die gesetzgebenden Körperschaften ist die Handelskammer berechtigt und verpflichtet. Sie hat die Behörden durch tatsächliche Mitteilungen und Erstattung von Gutachten über Fragen, die die Verhältnisse des Handels und der Industrie betreffen, zu unterstützen, Wünsche und Anträge, die diese berühren, zu beraten und geeignetenfalls bei den zuständigen Behörden zu befürworten.

3. Vertretung berechtigter Wünsche und Beschwerden auf allen in Betracht kommenden Gebieten der Volkswirtschaft.

Auf dem Gebiete des Verkehrswezens stellt die Kammer in ihrer „Verkehrsabteilung“ alljährlich im Benehmen mit den Stadtverwaltungen des Landes und sonstigen beteiligten Stellen ein Verkehrsprogramm (Fahrplanwünsche) auf und vertritt dieses bei den zuständigen Behörden. In Tariff Fragen übermittlelt sie nach Prüfung die Wünsche und Beschwerden der Gewerbetreibenden an die zuständigen Stellen.

Die Angelegenheiten des Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehrs beschäftigen die Handelskammer unausgesetzt, und in gemein-

schaftlicher Arbeit mit den Direktionen werden die sich beständig steigenden Anforderungen der Gewerbetreibenden geprüft und in den Grenzen der Möglichkeit durchgeführt.

Die Entwicklung des Kraftwagen- und des Luftverkehrs verfolgt die Handelskammer mit Aufmerksamkeit.

Eine entsprechende Tätigkeit übt die Handelskammer, für sich wie in Gemeinschaft mit dem Deutschen Industrie- und Handelstage, auch auf anderen Gebieten der Volkswirtschaft, der Volksernährung, des Wohnungswesens, der Haus- und Kleinindustrie, des Genossenschaftswesens, der Zoll- und Steuergesetzgebung aus.

4. Förderung des Wohnungs- und Siedlungswesens.

Auf dem Gebiete des Wohnungs- und Siedlungswesens hat die Handelskammer den Anstoß zu gemeinsamen Wohnbau-Unternehmungen der Industrie und des Handels gegeben. Durch zusammenfassende Tätigkeit und durch Aufstellung einheitlicher Richtlinien ist sie bemüht, auch zu ihrem Teil den zurzeit bestehenden unerträglichen Zuständen abzuweichen.

5. Geschäftsbedingungen der Obst- und Gemüsekonservenbranche im Inlandsverkehr.

Um eine einheitliche Grundlage für einen reibungslosen Geschäftsverkehr in der Obst- und Gemüsekonservenbranche zu ermöglichen, hat die Handelskammer unter Mitwirkung anderer beteiligter Handelskammern sowie der in Frage kommenden Fabrikanten-, Händler- und Verbraucher-Verbänden einheitliche Geschäftsbedingungen, die sich auch auf die Stufenfolge und Etikettierung der Konserven erstrecken, aufgestellt.

III. Beratung und Unterstützung der Behörden.

1. Beratung und Unterstützung der Organe der Verwaltung.

Gerade auf diesem Gebiete ist die Tätigkeit der Kammer eine ungemein ausgedehnte, da in den mittleren und kleineren Ländern die Kammern in manchen Beziehungen fehlende Organe der Landesverwaltung ersetzen oder wenigstens ergänzen müssen.

So müssen die Landeskammern schon bei der Vertretung einschlägiger Gesetzesvorlagen im Reichsrat die für die Information der Bevollmächtigten nötigen sachlichen Auskünfte erteilen.

Vertrauliche Mitteilungen und Anregungen der Reichs- und Landesbehörden werden an die beteiligten Industrie- und Handelszweige sowie an die in Betracht kommenden größeren Firmen weitergegeben (z. B. Warnung vor unsoliden Unternehmungen, vor Wirtschaftsspionage, Anregung zur Exportförderung, Nachrichten über wirtschaftliche Verhältnisse in überseeischen Ländern usw.).

Die Landeskommission steht in engster Fühlung mit der Gesandtschaft ihres Landes und ist durch Vermittlung dieser mit den Zentralbehörden in ständiger Fühlung. In zahlreichen Fällen werden die Interessen der landesangehörigen Firmen dort mit Nachdruck vertreten.

2. Entsendung sachkundiger Vertreter in Beiräte der Verwaltungsbehörden des Reiches und des Landes.

Die Kommission entsendet eigene Vertreter in die Bezirksseisenbahnräte, in den Strombeirat, in die staatliche Siedlungskommission u. a.

3. Beratung der Landespolizeiorgane.

Besonders die Kriegswirtschaft hat eine umfangreiche Gutachter- und Hilfstätigkeit der Kommission beansprucht. Diese Tätigkeit hat auch in der Nachkriegszeit nicht aufgehört. Fortlaufende Auskünfte und gutachtliche Äußerungen werden beansprucht für die Erteilung der Großhandelserlaubnis, die Zulassung von Kraftwagen, die Preisprüfung, Niederlassung von Ausländern usw.

4. Beratung und Unterstützung der Organe der Rechtsprechung.

Zu den laufenden Aufgaben gehört ferner die Gutachtertätigkeit der Handelskammern bei den Gerichten.

Das Handelsgesetzbuch bestimmt im § 346: „Unter Kaufleuten ist in Ansehung der Bedeutung und Wirkung von Handlungen und Unterlassungen auf die im Handelsverkehr geltenden Gewohnheiten und Gebräuche Rücksicht zu nehmen.“ Aufgabe der Handelskommission ist es, dieses subsidiäre Recht, d. h. die Gewohnheiten und Gebräuche des Handels, einwandfrei festzustellen.

Das Handelskammergesetz bestimmt ferner: „Zum Zwecke der Ernennung der Handelsrichter hat die Handelskommission gutachtliche Vorschläge zu machen.“ Der Handelskommission liegt somit die verantwortliche Aufgabe ob, unter den Standesgenossen der Industrie und des Handels diejenigen auszuwählen und in Vorschlag zu bringen, welche für die hohe Aufgabe der Rechtsprechung besonders geeignet sind.

Für einzelne Rechtsfragen, bei denen es nur auf eine sachverständige Auskunft ankommt, ist die Handelskommission berufen, geeignete Sachverständige namhaft zu machen; sie führt zu diesem Zwecke eine Liste besonders geeigneter Persönlichkeiten.

Endlich leistet die Handelskommission noch zweckdienliche Hilfe für die Strafverfolgung gewisser Vergehen, (Schiffsdiebstähle, Bestechungswesen, unlauterer Wettbewerb) durch eigene Einrichtungen oder in Gemeinschaft mit bestehenden größeren Organisationen.

IV. Anregung und Verfolgung für das Land bedeutungsvoller Unternehmungen.

Die Vorbedingung jeder großzügigen und planmäßigen Landeswirtschaftspolitik ist die Verfolgung weit ausschauender Projekte der Landeskultur auch über längere Zeitspannen hinaus. Was in der Gegenwart noch nicht reif ist zur Ausführung, wird sich in der Zukunft als wirtschaftliche Notwendigkeit erweisen, wenn die Verhältnisse sich soweit ausgereift haben. Die lebendige Kraft der einmal als richtig erkannten Ideen muß über die augenblicklichen Hemmungen hinaus erhalten bleiben, damit die Unternehmungen nicht in der Zwischenzeit verbaut werden.

Bedeutungsvolle Projekte haben die Kammer seit Jahren auf dem Gebiete der allgemeinen Wasserwirtschaft, der Verkehrsgestaltung, der Meliorationen, der Kultivationen, der Aufschließung der Bodenschätze beschäftigt. Solche weitausschauenden Ziele, die über Generationen hinweg verfolgt werden müssen, gehören zu den hervorragendsten Aufgaben der Kammer.

Schon geraume Zeit vor dem Kriege war ferner durch Vereinbarung mit den militärischen Stellen festgestellt, was die Lebensmittelindustrie des Landes (Konserven und Fleischwaren) im Mobilmachungsfalle sofort zu liefern in der Lage war. Sie konnte dadurch unter eigener Verantwortung am Mobilmachungstage selbst und auch in der weiteren Folge alle greifbaren Bestände der Betriebe der Marine- und Heeresverwaltung in guter Qualität und zu angemessenen Preisen zur Verfügung stellen. Diese Tätigkeit wird jetzt für den Friedensbedarf in der Weise weitergeführt, daß bei Schwierigkeiten der Beschaffung die Kammer eine treuhänderische Vermittlungstätigkeit ausübt.

Diese ihre Tätigkeit wird auch von Reichs- wie Landesbehörden in zahlreichen Fällen für Nachprüfung von Anschlägen und Rechnungen in Anspruch genommen.

Gemeinsam mit der Handwerkskammer war die Handelskammer bemüht, dringliche Aufträge der Heeresverwaltung bei der Industrie und dem Handwerk des Landes unterzubringen. Auch diese Tätigkeit wird von beiden Kammern in der „Landes-Wirtschaftsstelle“ fortgeführt.

V. Auskunft und Raterteilung an Handel und Industrie. Bescheinigungen.

1. Auskunft und Raterteilung.

Die Kammer hat allen Handel- und Industrietreibenden des Landes in Fragen, die ihrer Zuständigkeit unterliegen, Auskunft und Rat zu erteilen.

Die Erfüllung dieser pflichtmäßigen Aufgabe ist durch die Fülle der völlig unübersehbaren Gesetze und Verordnungen der Nachkriegszeit eine die Kammer zwar übermäßig in Anspruch nehmende, aber für das gewerbliche Leben einfach unentbehrliche Aufgabe geworden.

Die Auskunft- und Raterteilung erstreckt sich im Außenhandel auf folgende Gebiete:

Entschädigung von Auslandsforderungen,
 Erleichterung und Begünstigung der Ausfuhr,
 Beschleunigung der Ausfuhrgenehmigungen,
 Ausfuhrabgaben und Ausfuhrverbote,
 Zölle und Zollvorschriften,
 Einfuhrverbote und Einfuhrbedingungen,
 Informationen über die wirtschaftlichen Verhältnisse im Auslande.

Die Fülle der auf diesen und ähnlichen Gebieten zu erteilenden Auskünfte hat schon bald nach dem Kriege zur Einrichtung einer besonderen Außenhandels-Abteilung geführt. Diese beschränkt sich aber keineswegs auf die Auskunftserteilung, sondern ist in weiterer Erfassung ihrer Aufgaben bemüht, auch die durch den Krieg zerrissenen Bande mit dem feindlichen und dem neutralen Auslande wieder zusammenzuknüpfen. In Verfolgung dieses Zieles werden Auslandsfragen über Vertretungen beantwortet, über die Zuverlässigkeit und Kreditfähigkeit von Lieferanten oder Abnehmer Erkundigungen eingezogen, mit den ausländischen Konsulaten Beziehungen angeknüpft usw. Dieser Zweig der Tätigkeit wird planmäßig weitergeführt, indem das Ausland über die Exportfirmen und Exportwaren des Landes eingehend informiert wird.

Ein anderes, viel Arbeit beanspruchendes Arbeitsgebiet stellt die Auskunftserteilung in Steuersachen dar. Auch hier mußte eine besondere Steuer-Auskunftsabteilung eingerichtet werden, die in enger Fühlung mit den Finanzbehörden über die den Gewerbetreibenden oft wenig verständlichen Steuervorschriften Aufklärung zu geben bemüht war.

Die für den Verkehr mit Gegenständen des täglichen Bedarfs erlassenen Vorschriften und andere den Einzelhandel im besonderen berührende Verordnungen veranlassen namentlich die kleineren Betriebe, sich gegen zu gewärtigende Polizeistrafen durch vorgängige Erkundigungen bei der Kammer zu sichern.

Die Handelskammer gab ein Merkblatt für den Handel mit Lebensmitteln heraus.

Für die Einführung des bargeldlosen Verkehrs war die Handelskammer durch eifrige Propaganda tätig.

2. Bescheinigungen.

Aus der behördlichen Funktion der Handelskammer leitet sich auch ihr allgemeines Beurkundungsrecht ab. Hierüber hinaus ist sie aber noch zu besonderen Beglaubigungen ermächtigt, so vor allem für die im Auslandsverkehr geforderten Nachweise.

Das sind beispielsweise:

- a) Ursprungszeugnisse, d. h. Beglaubigungen, daß eine Sendung deutschen Ursprungs ist und gemäß vertraglicher Vereinbarung mit bestimmten Ländern Zollbegünstigung beanspruchen kann,
- b) Bescheinigung der Richtigkeit der fakturierten Preise (für die Wertzollberechnung in den Vereinigten Staaten),
- c) Bescheinigung der Richtigkeit von Rechnungsauszügen behufs Befreiung von der deutschen Zollschau an der Grenze,
- d) Bescheinigungen über die Zeit der Auftragserteilung für Lieferungen von und nach dem Auslande (für Ein- und Ausfuhrverbote und für Ausfuhrabgabenberechnung).

3. Amtliche Begutachtung von Anträgen usw.

Aberprüfung von Anträgen auf Genehmigung von Auslandsreisen, auf Einstellung von Personentrastwagen, bevorzugte Gestellung von Eisenbahnwagen u. a.

VI. Unterhaltung von Anstalten und Einrichtungen im Dienste von Handel und Industrie.

1. Anstalten.

Das Gesetz verpflichtet die Kammer, Einrichtungen und Veranstaltungen, welche die Förderung des Handels und der Industrie bezwecken, zu begründen, zu unterhalten und zu unterstützen. Zu diesen Einrichtungen gehören in erster Linie die von der Kammer geschaffenen und unterhaltenen fachlichen Bildungsanstalten, die einen Jahresaufwand von rund 80000 M. erfordern. (Näheres siehe Abschnitt VIII.) Die Kammer hat ferner in ihren Räumen einen Saal für eine Getreidebörse eingerichtet und wirkt bei der amtlichen Feststellung der jeweiligen Börsenpreise mit. Unter ihrer Mitwirkung ist aus freiwilligen Beiträgen der Industrie an der Technischen Hochschule ein mechanisches Laboratorium errichtet, das Festigkeitsprüfungen, Heizwertbestimmungen und sonstige Untersuchungen für die Industrie vornimmt.

2. Einrichtungen.

Um überflüssigen Prozessen im Warenhandel vorzubeugen, hat die Kammer ein kaufmännisches Schiedsgericht eingesetzt. Außerdem

sind für die wichtigsten Geschäftszweige besondere Sachverständigen-Kommissionen gebildet, deren Aufgabe es ist, durch unverzügliche Feststellungen von Art und Menge eingegangener Waren Streitigkeiten beweisträftig zu verhüten.

Durch Einsetzung eines Ausschusses zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs ist den Kaufleuten Gelegenheit gegeben, Beschwerden durch eine unbeteiligte Stelle verfolgen zu lassen.

Dem Bedürfnis der mittleren und kleinen Geschäfte entsprechend hat die Handelskammer nach vorgängiger Fachprüfung öffentliche Buchhalter zur Führung von Handelsbüchern und Aufstellung der Jahresabschlüsse angestellt.

Durch Bildung einer „Treuhandrevisionsgesellschaft“ ist für die Handel- und Gewerbetreibenden eine Stelle geschaffen, bei der sie sich in schwierigen Fällen vertrauenswürdig Rat und Hilfe holen können.

Um dem Mangel an wirklich tüchtigen Geschäftsstenographen abzuhelpen, hat die Kammer zunächst Grundsätze für die zu stellenden Anforderungen aufgestellt und regelmäßige Prüfungen angeordnet, in denen der Nachweis der Eignung erbracht werden kann. Das ausgestellte Zeugnis dient dem Fortkommen der Angestellten und erleichtert gleichzeitig dem Geschäftsherrn die Auswahl.

Seit etwa 10 Jahren hat die Kammer in Gemeinschaft mit zahlreichen anderen Kammern und beteiligten Fachverbänden in ihrem Keller große Mengen Gemüse- und Obstkonserven eingelagert. In jährlichen Zusammenkünften werden unter Beteiligung des Reichsgesundheitsamts und Hinzuziehung wissenschaftlicher Sachverständiger die eingelagerten Dosen auf ihre Haltbarkeit (Qualitätsbeständigkeit) untersucht.

VII. Aufsicht und Kontrollen.

1. Kontrolle des Handelsregisters.

Die Handelskammer hat die gesetzliche Aufgabe, zwecks Verhütung unrichtiger Eintragungen sowie zur Berichtigung und Vervollständigung des Handelsregisters die Registergerichte zu unterstützen. Die Kammer hat erforderlichenfalls Anträge bei dem Registergericht zu stellen. Ihr steht das Rechtsmittel der Beschwerde gegen Verfügungen des Registergerichts zu, durch die über solche Anträge entschieden wird. Eine Prüfung der Firmenwahrheit ist in heutiger Zeit besonders notwendig, um das Publikum vor Schwindelfirmen, Firmen vor unlauterem Wettbewerb zu schützen.

2. Prüfung des Gründungsherganges von Aktiengesellschaften auf Grund des H.G.B. § 192.

Einem ähnlichen Zweck dient die Prüfung des Gründungsherganges von Aktiengesellschaften. Zu diesem Amt hat die Handels-

kammer Revisoren zu bestellen, ihre Berichte aufzubewahren, Meinungsverschiedenheiten über den Umfang der von den Gründern zu fordernden Erklärungen und Nachweise zu entscheiden und die Auslagen und die Vergütung der Revisoren festzusetzen.

3. Mitwirkung bei der Beaufsichtigung privater Handelslehranstalten.

Die Handelskammer überwacht im Auftrage der Landespolizeibehörde die Befolgung der für den Betrieb dieser Schulen erlassenen Vorschriften.

4. Überwachung der Heimarbeit in der Konservenindustrie.

Die Handelskammer stellt in Gemeinschaft mit der Konservenindustrie besondere Kontrolleure für die Konservenheimarbeit an. Diese haben die Aufgabe, gegen ein festes Entgelt die Heimarbeitsstätten möglichst häufig nachzusehen und besonders darauf zu achten, daß sie reinlich und zweckdienlich sind, daß keine kranken Personen, kleine Kinder und Haustiere mit den zu verarbeitenden Produkten in Berührung kommen und daß die übrigen besonders auf Reinlichkeit abzielenden Vorschriften bei der Bearbeitung und beim Transport der Waren befolgt werden.

5. Aufsicht über die Hilfsorgane der Handels- und anderen Gewerbetreibenden.

Die Aufsicht über die Handelsmakler (Sensale) wird gemäß den von der Handelskammer aufgestellten und von der Regierung genehmigten Bestimmungen ausgeübt.

Nach besonderen Satzungen hat die Kammer ferner die Aufsicht über die von ihr angestellten Bücherrevisoren, öffentlichen Buchhalter, Wäger, Probenehmer und Handelschemiker.

6. Mitwirkung bei sonst bestehenden Kontroll-Organen.

Um den Mißständen bei Ausverkäufen zu begegnen, zieht die Landespolizeibehörde die Handelskammer regelmäßig bei eingehenden Anträgen zu Rate.

Sie wirkt schließlich bei der Handhabung des Warenhaussteuergesetzes und anderer Gesetze sowie durch ihre Mitglieder bei der Feststellung der Marktpreise, insbesondere auch der Kartoffel- und Zuckerpreise mit.

VIII. Berufsbildung.

1. Lehrlingswesen.

Es ist gesetzliche Aufgabe der Handelskammer, Einrichtungen und Veranstaltungen, die die technische und geschäftliche Ausbildung,

die Erziehung und den sittlichen Schutz der Gehilfen und Lehrlinge bezwecken, zu begründen, zu unterhalten und zu unterstützen.

Diese Funktionen der Handelskammer sind abgezweigt in eine Abteilung für das kaufmännische Bildungswesen, die für einen systematischen Auf- und Ausbau des kaufmännischen Bildungswesens im Lande Sorge zu tragen hat. Durch diese zusammenfassende Organisation ist eine einheitliche Verwaltung und Beaufsichtigung der einzelnen Anstalten ermöglicht.

Die Handelskammer hat die Regelung des Lehrlingswesens von jeher als eine ihrer wichtigsten Aufgaben angesehen. Durch statistische Erfassung der bestehenden Lehrverhältnisse und durch Nachprüfung der in der Praxis verfolgten Lehrgänge hat sie sich die notwendigen Unterlagen für eine gesunde Fortentwicklung der Lehrlingsausbildung verschafft. In Verbindung mit anderen Handelskammern hat sie auch die rechtlichen Grundlagen des kaufmännischen Lehrverhältnisses festgestellt und daraufhin einen Normallehrvertrag ausgearbeitet.

Die Abhaltung der kaufmännischen Lehrlingsprüfungen hat sie ebenfalls in Erwägung gezogen, aber solange keine reichsgesetzlichen Grundlagen vorliegen, zurückstellen müssen. Dagegen finden unter ihrer Leitung jährlich Gehilfenprüfungen für Drogristen statt.

Im Rahmen der Lehrlingsfürsorge lag es, wenn die Handelskammer auch kaufmännische Lehrlingsheime einrichtete. Mit diesen Lehrlingsheimen sind kleine Schulbibliotheken verbunden.

2. Kaufmännische Fortbildungsschulen.

Nach einer durchgreifenden Reform im Jahre 1896 hat die Handelskammer das gesamte kaufmännische Fortbildungsschulwesen auf sich übernommen. Sie hat in allen Städten des Landes selbstständige kaufmännische Fortbildungsschulen eingerichtet. Die Schulen verfügen über eine kleine Sammlung von Rohstoffen, Fabrikaten und Entwicklungsreihen für den Unterricht in der Warenkunde. Die Handelskammer setzt sich auch für den Fortbildungsschulzwang für weibliche Angestellte ein.

3. Kaufmännischer Fachunterricht.

Die Handelskammer unterhält eine Handelsschule für Damen mit einjährigem und eine höhere Handelslehranstalt für Damen mit zweijährigem Besuch. Für Verkäuferinnen sind besondere Aus- und Fortbildungskurse eingerichtet. Zeitweise

sind für Handlungsgehilfen und selbständige Kaufleute fachwissenschaftliche Kurse abgehalten. Die Handelskammer gründete eine Fachschule für Lehrlinge des Hotel- und Gastwirtsgewerbes.

4. Fachliche Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte.

Die Kammer hat es als ihre Aufgabe angesehen, um den Unterricht in ihren kaufmännischen Bildungsanstalten wirklich erfolgreich und praktisch zu gestalten, den Lehrkräften Gelegenheit zu regelmäßiger fachlicher Fortbildung zu geben. Sie hat zu diesem Zweck die Lehrkräfte in die verschiedensten Industriebezirke des Landes geführt und ihnen Einblick in die Produktionsstätten verschafft. Sie unterhält für ihre theoretische Fortbildung an allen Schulen des Landes kleine Lehrerbibliotheken.

IX. Öffentliche Berichterstattung und Aufklärung.

Die Handelskammer ist verpflichtet, den Handels- und den Industrietreibenden von der Lage und dem Gange des Handels und der Industrie regelmäßige Mitteilungen zu machen.

1. Die Monatschrift.

Diesem Zwecke dient in erster Linie die in der Kanzlei der Handelskammer bearbeitete „Monatschrift für Handel und Industrie“. Neben einem amtlichen Teil, der die offiziellen Bekanntmachungen der Kammer enthält, werden die Berichte über die Vollversammlungen und der für diese bestimmten Geschäftsberichte sowie auch wichtige Beschlüsse des Ausschusses bekanntgegeben. Es folgen dann Nachrichten aus dem Verkehrswesen, Post- und Telegraphenwesen usw., ferner wichtige Bestimmungen für den Außen- und Einzelhandel, Nachrichten über die Lage einzelner Gewerbebranchen, Referate über die in der Vollversammlung gehaltenen Vorträge oder Aufsätze über wirtschaftliche Gegenstände. Endlich enthält sie einen Auszug aus dem Handels- und Genossenschaftsregister. Es werden die wesentlichen wirtschaftlichen Fragen, die die Interessen des Handels und der Industrie berühren, besprochen.

2. Tagespresse.

Die Tagespresse erhält alle Veröffentlichungen der Handelskammer und so auch die Monatschrift regelmäßig, sie wird fortlaufend über die der Kammer zugehenden nicht vertraulichen Informationen unterrichtet. Diese Mitteilungen gehen an die Blätter ohne Unterschied der Partei und kommen dadurch zur Kenntnis weiterer Kreise.

3. Jahresberichte über die allgemeine Lage von Handel und Industrie.

Die Handelskammer fordert alljährlich über die allgemeine Lage der einzelnen Handels- und Industriezweige von den Firmen Berichte ein und stellt diese zu einem zusammenhängenden Jahresbericht zusammen. Diese Jahresberichte werden in der Monatschrift veröffentlicht.

4. Öffentliche Vorträge.

In öffentlichen Vorträgen werden besonders wichtige, auch das große Publikum interessierende wirtschaftliche Fragen behandelt. Sie betreffen besonders solche Gegenstände, die für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes von Wichtigkeit sind (z. B. den Mittellandkanal und seine Linienführung, Ausnutzung der Wasserkräfte, Abschaffung des Borgunwesens im Kleinhandel u. a.).

5. Besprechung mit der Kaufmannschaft in einzelnen Städten des Landes.

Der Zusammenhang mit der Kaufmannschaft des Landes wird auch durch gelegentliche Besprechungen und Beratungen an Ort und Stelle gewährleistet.

X. Anstellung von Hilfs- und Vertrauenspersonen des Handels und der Industrie.

1. Vertrauenspersonen.

Die Handelskammer gehört zu denjenigen Korporationen, die nach § 36 der R. G. O. Bücherrevisoren und Personen, welche die Beschaffenheit, Menge oder richtige Verpackung von Waren irgendeiner Art feststellen, auf die Beobachtung bestehender Vorschriften zu beeidigen und öffentlich anzustellen haben. Sie hat hierfür besondere, der Genehmigung des Staatsministeriums bedürftende Vorschriften zu erlassen.

Von diesem Rechte Gebrauch machend, hat die Handelskammer Probennehmer für Rohzucker, Melasse, Kali, Getreide, Düngemittel, Sämereien sowie Wäger vereidigt. Vor allem aber hat sie Bücherrevisoren und öffentliche Buchhalter angestellt, welche beide den Handel- und Gewerbetreibenden als vertrauenswürdige Helfer dienen sollen.

2. Makler, Auktionatoren, Tagatoren.

Die Kammer übt ferner das Vorschlagsrecht aus für Makler und Auktionatoren; vor Anstellung der letzteren hat sie das öffentliche

Bedürfnis sowie die Würdigkeit des Bewerbers zu prüfen und zu begutachten.

Tagatoren (für Grundstücke und bewegliche Sachen) sowie Grundstücks- und Hypothekendarsteller werden nach sorgfältiger Prüfung in die von der Kammer geführte Vertrauensliste aufgenommen und zum Schutze des Publikums durch Handschlag zur Einhaltung der von der Kammer erlassenen Vorschriften verpflichtet. Bei wiederholten groben Verstößen werden sie aus der Liste gestrichen.

3. Sachverständige.

Neben den den Gerichten für deren eigene Bedürfnisse vorzuschlagenden Sachverständigen ernannt und vereidigt die Kammer für die Bedürfnisse von Industrie und Handel besondere vertrauenswürdige und unterrichtete Sachverständige (z. B. für Maschinenbau, elektrische Anlagen, Heizungs- und Lüftungsanlagen usw.).

Zur Feststellung der Beschaffenheit, des Reingehaltes oder Nutzwertes von Handelswaren irgendwelcher Art werden von der Kammer Handelschemiker angestellt und beeidigt.

XI. Zusammenwirken mit den berufsständigen Organisationen im Reiche.

1. Zusammenarbeiten mit dem Industrie- und Handelstag und den Landes-Kammervereinigungen.

Der frühere Zustand, daß jede einzelne Kammer sich mit den Gesetzentwürfen und Verordnungen des Reiches beschäftigte und in gesonderten Petitionen vertrat, ist schon längst als Vergeudung von Kraft, Zeit und Geld und als überflüssige Beschwerde für Versender und Empfänger erkannt. Solche, alle Teile des Reiches gleichmäßig angehende Vorlagen und Maßnahmen des Reiches sind besser und wirkungsvoller von den zusammenfassenden Organisationen, also den Landesvereinigungen der Handelskammern und vor allem von der Gesamtvertretung selbst, dem Industrie- und Handelstage, zu vertreten. In gewissem Umfange geschieht dies auch bereits, doch kann durch zweckgemäße Organisation der Zentrale noch erheblich mehr zur Entlastung der Kammern geschehen.

2. Zusammenarbeit mit den Fachvereinigungen.

Der mehr oder weniger feste Zusammenschluß der einzelnen Industrie- und Handelszweige in Reichs-, Landes-, Bezirks- und Orts-

Fachverbänden ist sehr geeignet, die Tätigkeit der regionalen Vertretungen von Industrie und Handel, also der Industrie- und Handelskammern, zu vertiefen. Die Kammer unterhält deshalb engste Beziehungen zu allen diesen Verbänden und hat, aus der gleichen Erwägung, auch den großen Fachverbänden im Lande, soweit es die Räumlichkeit zuließ, Unterkunft in ihrem Dienstgebäude gegeben. Sie sieht es auch nicht ungern, daß die Geschäftsführung dieser Großverbände von den wissenschaftlichen Hilfsbeamten der Kammer nebenamtlich mit übernommen wird, da das Zusammenarbeiten dadurch erleichtert und verstärkt wird.

Auch auf die Mitarbeit der Angestelltenverbände bei den in Betracht kommenden Fragen hat die Kammer von jeher Wert gelegt und im besonderen die Vorstände der ihr unterstellten kaufmännischen Fortbildungsschulen angewiesen, bis zur gesetzlichen oder statutarischen Regelung der Frage auf freiwilliger Grundlage Vertreter der Angestellten zur Mitarbeit im Vorstände heranzuziehen.

3. Zusammenarbeit mit den großen Zweckverbänden.

Auf bestimmten, ihnen nahestehenden Sachgebieten müssen die regionalen Kammern enge Fühlung mit den zentralen Zweckverbänden halten, wenn sie auf dem Laufenden bleiben wollen. Die Kammer ist so beispielsweise Mitglied des Deutschen Werkbundes, des Vereins für Binnenschifffahrt, des Verbandes reisender Kaufleute, mit anderen (Deutscher Verband für das kaufmännische Bildungswesen, Gesellschaft zur Förderung der Wasserwirtschaft im Harze) ist sie durch Personalunion verbunden.

XII. Wissenschaftliche Tätigkeit.

1. Beschaffung wissenschaftlicher Unterlagen für laufende Aufgaben der Handelskammer.

Eine Handelskammer muß von ihren wissenschaftlichen Beamten verlangen, daß sie jede Frage ihres Geschäftsganges mit der nötigen Gründlichkeit und Sachlichkeit behandeln. Es wäre aber eine übermäßige Kraftverschwendung, wenn die einzelnen Arbeiten mit einem größeren Aufwande, als sie sachlich verlangen, aufgenommen würden. Diese Kraftanspannung wird sich vielmehr auf solche Fragen konzentrieren, bei denen die Sache selbst eine wissenschaftlich gründliche Klärung verlangt. Auf dem Tätigkeitsgebiet der Kammer waren solche Fragen beispielsweise:

- a) Das Verhältnis des Kolonialwaren-Kleinhandels zu den Konsumvereinen. Hier hat die Kammer in Gemeinschaft mit einer Anzahl Schwesterkammern eingehende Untersuchungen über die gegenwärtige Lage und die Lebensbedingungen dieses zahlenmäßig wichtigsten Kleinhandelszweiges angestellt und danach mit den beteiligten Kammern verhandelt. Das Material wurde in einem Druckbericht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.
- b) Kurz vor dem Kriege bereitete die Lage der Ziegelindustrie des Landes der Kammer ernste Sorge. Sie sammelte das erforderliche Material und lud die zentralen Fachverbände und die sonst beteiligten Handelskammern zu einer gemeinsamen Beratung ein. Das statistische Material sowie der Verhandlungsbericht wurde den zuständigen Stellen im Reiche und den Ländern übermittelt.
- c) Gemeinschaftliche Auswüchse in Handel und Gewerbe gaben den Anstoß, typische Fälle des unlauteren Wettbewerbes durch eine Umfrage im Reiche zu sammeln, zu ordnen und daraufhin gemeinsam mit anderen Kammern zu einem Gesetzesvorschlag zu verarbeiten.

2. Erhebungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes.

Die Kammer ist gesetzlich verpflichtet, von Zeit zu Zeit besondere Erhebungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes zu veranstalten. In Erfüllung dieser Verpflichtung hat sie sich eine besondere wirtschafts-statistische Stelle angegliedert und eingehende Untersuchungen über den Werdegang und die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten der wichtigeren Industrien des Landes angestellt, diese werden in größeren Zeiträumen fortgeführt. Sie verfolgt ferner statistisch die Verschiebungen im Bestande der Handels- und Gewerbeunternehmungen und der in ihnen beschäftigten Hilfspersonen, historisch die Entwicklung der Wirtschaftsverhältnisse des Landes überhaupt, kurz, sie sammelt auf allen Gebieten der Landeswirtschaft das einer zielbewußten Wirtschaftspolitik dienende Material.

3. Arbeiten von allgemeiner volkswirtschaftlicher Bedeutung.

Die umfassende Behandlung wichtiger Fragen der Landeswirtschaft führt von selbst zu einer allgemein-wissenschaftlichen Behandlung evtl. in Gemeinschaft mit anderen Körperschaften im Reiche. Daraus erwachsen Arbeiten von selbständiger wissenschaftlicher Bedeutung, wie beispielsweise

über die Aufgaben einer geordneten Wasserwirtschaft,
 über die Notwendigkeit einer zusammenfassenden Kraftwirtschaft,
 über die volkswirtschaftlichen Schäden einer übermäßigen Hoch-
 wildhaltung,
 über produktive Arbeitergenossenschaften,
 über die Schaffung eines Obstmarktes,
 über Lehrlingshaltung und Lehrlingsausbildung vom volks-
 wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus.

Die volkswirtschaftliche Praxis wird auf diese Weise zur natürlichen Helferin und auf ihren Gebieten sogar zur Lehrmeisterin der theoretischen Wissenschaft.

4. Unterstützung von Studienreisen.

Zur Hebung und Belebung im Lande bodenständiger Industrien wurden Studienreisen auch in das Ausland angeregt und unterstützt.

c) Zusammenfassung einer mittleren Handelskammer.¹⁾
(Landesammer)

Gewerbegruppe	Zahl der Betriebe	Gewerkschaften (1910/11)	Die 33 Handelskammern wählten 33 vertreten unter Zugrundelegung		
			bei Zahl der Betriebe	bei Gewerkschaften	bei Durchschnitt a und b
1	2	3	4	5	6
A. Industrie und Gewerbe		282			
III. Bergbau, Hütten u. s.	8	13 040,—	—	1	—
IV. Industrie der Natur und Erden	63	74 242,—	1	1	1
V. Metallverarbeitung	57	81 047,—	—	2	1
VI. Maschinen, Instrumente	102	156 537,—	1	4	3
VII. Chemische Industrie	72	44 001,—	1	1	1
VIII. Industrie der Holz und Leder	18	8 040,—	—	—	—
IX. Textilindustrie	20	37 232,—	—	1	1
X. Papierindustrie	26	10 056,—	—	1	—
XI. Lederindustrie	10	2 722,—	—	—	—
XII. Holz und Schnitzholz	80	30 214,—	1	1	1
XIII. Nahrungs- und Genussmittel	424	240 782,—	3	6	4
XIV. Beförderungsgewerbe	36	4 305,—	—	—	—
XV. Religionsgewerbe	13	1 107,—	—	—	—
XVI. Baugewerbe	70	14 547,—	1	—	1
XVII. Telegraphische Gewerbe	62	7 708,—	1	—	—
XVIII. Künstlerische Gewerbe	1	98,—	—	—	—
A. zusammen:	1075	705 414,—	9	18	13
B. Handel und Verfertigung²⁾					
a) Großhandel	336	145 266,—	3	4	4
b) Einzelhandel	1355	294 120,—	14	7	10
c) Großhandel	82	47 879,—	1	1	1
d) Verfertigungsgewerbe	32	13 370,—	—	—	—
B. zusammen:	2005	490 585,—	18	12	15
C. Bau- und Schachtelgewerbe	432	40 000,—	4	1	3
D. Sonstige Gewerbe und Handelsstützgewerbe	257	87 337,—	2	2	2
C. und D. zusammen:	689	127 337,—	6	3	5
A. und D. im ganzen:	3764	1 329 435,—	25	23	25

¹⁾ Bei der in Betracht kommenden Handelskammer betrug auch ein Jahres aus mindestens 30 Markt Gewerkschafter für die Zugabe der zur Handelskammer.

Bei Jusselt des Jahres wählten 4118 Betriebe mit einer Gewerkschaften von 87 641 Markt zugewonnen. Auf diese Gruppen wählten nach: a) bei Zahl der Betriebe 22 Mitglieder; b) bei Gewerkschaften 2 Mitglieder; c) bei Durchschnitt aus a und b 12 Mitglieder wählten.

²⁾ In vorstehender Zusammenfassung sind in: A. 21 Gewerkschaften mit einer Gewerkschaften von 2448 Markt; B. 121 Gewerkschaften (Jahres 35 Gewerkschaften mit 27 605 Markt Gewerkschaften) mit 55 214 Markt; zusammen 542 Gewerkschaften mit 37 762 Markt wählten.

Uebersicht in jeder Gruppe: Handelskammern, Verfertigungsgewerbe, Handelsstützgewerbe

D. Die Zentralorgane der Unternehmerkammera.

a) Der Deutsche Landwirtschaftsrat.

Der im Jahre 1872 gegründete Deutsche Landwirtschaftsrat ist eine auf freiwilligem Beitritt beruhende Vereinigung aller landwirtschaftlichen Zentralvertretungen der einzelnen Bundesstaaten des Deutschen Reiches. Er beruht nicht auf gesetzlicher Grundlage, ist jedoch bisher von den Reichs- und Staatsbehörden als die maßgebende Berufsvertretung der deutschen Landwirtschaft angesehen worden. Der Deutsche Landwirtschaftsrat besteht aus den Abgeordneten der in den deutschen Bundesstaaten errichteten landwirtschaftlichen Vertretungen welche kraft Gesetz oder Verordnung als die berufenen Vertretungen der Landwirtschaft von ihren Staatsregierungen anerkannt sind. Die Zahl der auf jedes Land entfallenden Mitglieder ist unter Anlehnung an die Stimmberechtigung der Staaten im Bundesrat und unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse einzelner Staaten festgestellt.

Aufgabe des Deutschen Landwirtschaftsrats ist es, die landwirtschaftlichen Interessen im Gesamtumfange des Deutschen Reiches wahrzunehmen und überall, wo dieselben durch die Reichsgesetzgebung oder durch Anordnungen und Maßregeln der Reichsverwaltung gefördert werden können oder geschädigt zu werden Gefahr laufen, nicht nur die etwa von ihm geforderten Gutachten abzugeben, sondern auch unaufgefordert und beizeiten an den Reichskanzler motivierte Vorstellungen zu richten oder sich mit Anträgen an den Reichstag zu wenden.*

* Zur Zeit liegt dem Reichskabinett ein im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ausgearbeiteter Gesetzentwurf betr. die Errichtung einer Reichslandwirtschaftskammer vor. Danach soll die Reichslandwirtschaftskammer aus 130 Mitgliedern bestehen, von denen 90 durch die landwirtschaftlichen Gesamtvertretungen der Länder (Landwirtschaftskammern) gewählt, 30 von der Reichsarbeitsgemeinschaft forst- und landwirtschaftlicher Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen (also 15 Arbeitgeber und 15 Arbeitnehmer) und 10 von den zentralen über das Deutsche Reich ausgebreiteten landwirtschaftlichen Körperschaften benannt werden. Zu diesem Gesetzentwurf hat der ständige Ausschuss des deutschen Landwirtschaftsrats am 14. Dezember 1921 u. a. folgenden Abänderungsantrag gestellt: „Da in der weitaus größten Mehrzahl der Landwirtschaftskammern der Provinzen und Länder die Arbeitnehmer in den Landwirtschaftskammern nicht vertreten sind, erscheint ihre Aufnahme in die Reichslandwirtschaftskammer nicht angängig. Im Wege der Arbeitsgemeinschaft ist die notwendige Verständigung zwischen der Reichslandwirtschaftskammer und den Arbeiterorganisationen herbeizuführen.“

b) Der Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag.*

Schon vor der reichsgesetzlichen Regelung der Handwerkskammern hatten sich, aus einem praktischen Bedürfnis heraus, die bereits geraume Zeit bestehenden Gewerbekammern zu einem Deutschen Gewerbekammertag vereinigt. Nachdem die durch Reichsgesetz vom 26. Februar 1897 geschaffenen Handwerkskammern auf Grund landesrechtlicher Verordnungen in Tätigkeit getreten waren, schlossen sie sich, nach Auflösung des bestehenden Verbandes, zum „Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertag“ zusammen.

Zur Bearbeitung der einzelnen Sachgebiete sind ständige Kommissionen eingerichtet, und zwar:

1. für Verwaltungsangelegenheiten,
2. für das Gewererecht, Organisation der Arbeitgeber und Arbeitnehmer,
3. für das Unterrichtswesen,
4. für Handel und Verkehr, Kredit- und Geldwesen, Steuern und Zölle,
5. für soziale Fragen, insbesondere Alters- und Invaliditätsversicherung.

Aufgaben des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages sind:

1. die gemeinsamen Interessen der vereinigten Handwerks- und Gewerbekammern gegenüber den Landeszentral-, bzw. Reichsbehörden und gesetzgebenden Körperschaften des Reiches zu vertreten durch
 - a) einheitliche Behandlung und Begründung von wichtigen Anträgen und Eingaben an die beteiligten Ministerien oder Reichsämtler,
 - b) ständige Abhaltung von Konferenzen zum Zwecke der Handwerks- und Gewerbebeförderung auf sozialem und wirtschaftlichen Gebiete,
 - c) Einbringung von Petitionen an den Bundesrat, Reichstag oder Landtag und ständige Fühlungnahme mit den Abgeordneten der gesetzgebenden Körperschaften;
2. die Förderung der Handwerksorganisation durch Herbeiführung gesetzlicher Maßnahmen im Sinne der noch nicht erfüllten Forderungen des deutschen Handwerks;

* Nach einer Darstellung von Dr. H. Meusch, Hannover, „Die Organisation und Wirksamkeit des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages“ in den „Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik“.

3. Sammlung aller Entscheidungen und Urteile der Verwaltungs- bzw. Justizbehörden in Rechtsstreitigkeiten des Handwerks zum Zwecke der Herbeiführung einheitlicher Entscheidungsgrundsätze;
4. die Reichs- und Staatsbehörden in der Förderung des Handwerks durch tatsächliche Mitteilungen und Erstattung von Gutachten über Fragen zu unterstützen, welche die Verhältnisse des Handwerks berühren;
5. besondere Untersuchungen mit Hilfe schriftlicher und mündlicher Erhebungen vorzunehmen, gewerbestatistische Daten und sonstige für die Handwerkerverhältnisse bedeutsamen Mitteilungen zu sammeln, zusammenzustellen und periodisch zu veröffentlichen.

c) Der Deutsche Industrie- und Handelstag.

Der 1861, zunächst unter der Bezeichnung „Handelstag“ begründete, seit 1918 obige Bezeichnung führende Industrie- und Handelstag ist die Vereinigung aller deutschen gesetzlich zur Vertretung von Handel und Industrie berufenen Körperschaften. Er besitzt Korporationsrecht auf Grund des § 21 B. G. B. Seine öffentlich-rechtliche Anerkennung als Gesamtvertretung aller deutschen Industrie- und Handelskammern durch Reichsgesetz wird angestrebt.

1. Die Aufgabe des Deutschen Industrie- und Handelstages ist die Förderung von Handel und Industrie im Rahmen des durch Reichs-Gesetze und der einzelnen Landesgesetze den Handelskammern überwiesenen Tätigkeitsbereichs. Sie wird erfüllt in folgender Art:

1. Bei der Beratung der von der Reichsregierung geplanten oder vorgelegten Geszentwürfe soll der Deutsche Industrie- und Handelstag die Mitwirkung der gesetzlich berufenen Vertretungen von Industrie und Handel regeln und zusammenfassen. Er soll in denjenigen Fällen, in denen ihre Anhörung erfolgt, das Gesamtergebnis sichten und planmäßig zusammenstellen, etwaige bestehende Widersprüche und Interessengegensätze auszugleichen versuchen und der Reichsregierung an Stelle einer größeren Anzahl von Aufierungen der verschiedensten Art ein einheitlich umfassendes Gutachten vorzulegen.
2. In denjenigen Fällen, in welchen sich bei wirtschaftspolitischen Maßnahmen die Beteiligung des Gesamtkreises der deutschen Handelskammern verbietet, soll der Deutsche Industrie- und Handelstag durch seine Organe ein schleuniges, den Interessen von Handel und Industrie gerecht werdendes Gutachten

abgeben und die notwendigen Forderungen auf Abänderung oder Ergänzungen der gemachten Vorschläge stellen.

3. Darüber hinaus soll der Deutsche Industrie- und Handelstag aus eigener Initiative heraus Wünsche und Anregungen der beteiligten Wirtschaftskreise zwecks Herbeiführung notwendiger Gesetzes- oder Verwaltungsmaßnahmen stellen und bei den maßgebenden Behörden vertreten.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag ist ferner bestrebt, zur zweckmäßigen Durchführung der wirtschaftlichen Reichsgesetze auf die beteiligten Kreise aufklärend und beratend zu wirken, sei es durch Vermittlung der Handelskammern, sei es durch öffentliche Beratungen und Verlautbarungen.

4. Der Deutsche Industrie- und Handelstag ist bestrebt, ein Zusammenwirken der verschiedenen für die einzelnen Wirtschaftszweige bestehenden berufsständischen Organisationen im Reich herbeizuführen.

II. Die Arbeitsgebiete, auf denen der Deutsche Industrie- und Handelstag tätig wird, sind vornehmlich

1. Außenhandel und Zollpolitik,
2. Erfüllung des Friedensvertrages im Rahmen des Möglichen und der Wiederaufbauverpflichtungen,
3. Neuregelung der wirtschaftlichen Berufsvertretungen im Rahmen der Bestimmungen der Reichsverfassung,
4. inneres Wirtschaftsleben und die zu seiner Regelung bestehenden gesetzlichen und anderen Maßnahmen,
5. Geld-, Bank- und Börsenwesen,
6. Patent-, Muster- und Zeichenschutz,
7. Berufsbildung,
8. direkte und indirekte Steuern,
9. Sozialpolitik,
10. die besonderen Interessen des Einzelhandels.

III. Die Organe, deren sich der Deutsche Industrie- und Handelstag für diese Zwecke bedient, sind:

1. die in der Regel jährlich zusammentretende Vollversammlung aller Mitglieder,
2. der periodisch in kürzeren Zeiträumen zusammentretende Haupt-Ausschuß, in welchem die wesentlichen Berufszweige aus Handel und Industrie und die verschiedenen Teile des Reiches vertreten sind,
3. das Präsidium, welches aus dem Vorsitzenden des Haupt-

Ausschusses, seinen drei Stellvertretern sowie zwei geschäftsführenden Präsidialmitgliedern besteht und die Arbeiten des Deutschen Industrie- und Handelstages vorzubereiten und durchzuführen hat,

4. aus ständigen Ausschüssen, die für bestimmte Gruppen von Beratungsgegenständen gebildet werden und die Beschlüsse des Haupt-Ausschusses vorbereiten.

Es sind das die Ausschüsse für

- a) Verkehr (Post, Eisenbahn, Schifffahrt),
- b) Geld, Banken, Börsen,
- c) Patent-, Muster- und Zeichenschutz,
- d) Steuern,
- e) Außenhandel,
- f) Kleinhandel,
- g) Sozialpolitik,
- h) Sonder-Ausschuß für Getreide.

3. Bestehende und geplante Einrichtungen.

A.

Die Arbeiterkammer in Bremen.*

(Arbeiterkammergesetz vom 17. Juli 1921)

Der Senat verkündet das nachstehende von der Bürgerschaft beschlossene Gesetz:

§ 1

Die Arbeiterkammer dient der Förderung der wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der bremischen Arbeiterschaft.

Sie ist berufen, auf alles, was der Arbeiterschaft wirtschaftlich oder kulturell dienlich sein kann, ihr Augenmerk zu richten, darüber zu beraten und dem Senat auf seinen Antrag oder auch unaufgefordert gutachtlich zu berichten, wie auch die ihr zur Förderung ihrer Aufgaben angemessenen scheinenden Maßnahmen bei den zuständigen Behörden zu beantragen. Aber alle die Arbeiterverhältnisse betreffenden Gesetze wird vor deren Erlass die Kammer zu einem Gutachten veranlaßt.

* Ein Arbeiterkammer-Gesetz ist z. Zt. auch in Sachsen in Vorbereitung.

Die Erörterung von politischen Angelegenheiten ist nicht Aufgabe der Kammer. Ebenso ist sie nicht zuständig für solche Fragen, deren Behandlung durch Gesetz den Schlichtungsausschüssen und den Betriebsräten übertragen ist.

§ 2

Die Kammer besitzt Rechtsfähigkeit; sie wird durch ihren Vor-
sitzer oder dessen Stellvertreter vertreten.

§ 3

Die Kammer besteht aus dreißig Mitgliedern, die von den bremischen Arbeitern in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden.

Das Wahlverfahren wird durch eine Wahlordnung geregelt, die vom Senat im Einvernehmen mit dem Wahlausschuß (Gesetz über die Fortführung der Geschäfte der Wahldeputation vom 24. Juni 1921, Gesetzbl. S. 215) erlassen wird.

§ 4

Wahlberechtigt sind alle mindestens 18 Jahre alten weiblichen und männlichen Arbeiter, die sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden und im bremischen Staatsgebiet arbeiten.

Arbeiter im Sinne dieses Gesetzes sind die im Dienste anderer gegen Entgelt beschäftigten Personen, einschließlich der Arbeiter der Gemeinde-, Staats- und Reichsbetriebe, mit Ausschluß der Angestellten im Sinne des Angestelltenkammergesetzes und der Lehrlinge.

Arbeiter im Sinne dieses Gesetzes sind ferner die im bremischen Staatsgebiet wohnhaften Hausgewerbetreibenden im Sinne von § 119b der Gewerbeordnung, welche selbst keine Arbeiter beschäftigen, einerlei ob der Betrieb, für den sie arbeiten, innerhalb oder außerhalb des bremischen Staatsgebietes gelegen ist.

Nicht als Arbeiter gelten

- 1) die öffentlichen Beamten und Beamtenanwärter,
- 2) Personen, deren Beschäftigung nicht in erster Linie ihrem Erwerbe dient, sondern mehr durch Rücksichten der körperlichen Heilung, der Wiedereingewöhnung, der sittlichen Besserung oder Erziehung oder durch Beweggründe charitativer, religiöser, wissenschaftlicher oder künstlerischer Art bestimmt wird.

Vorübergehende Arbeitslosigkeit hebt die Wahlberechtigung nicht auf.

§ 5

Wählbar sind die mindestens vierundzwanzig Jahre alten Wahlberechtigten, die nicht mehr in Berufsausbildung sind.

Vorübergehende Arbeitslosigkeit hebt die Wählbarkeit nicht auf.

Wählbar sind auch zur bremischen Bürgerschaft wahlberechtigte, mindestens vierundzwanzig Jahre alte berufliche Vertreter bremischer Arbeiterberufsvereinigungen und ihrer Verbände, jedoch müssen mindestens zwanzig Kammermitglieder Arbeiter sein.

§ 6

Die Wahlzeit beträgt drei Jahre. Wiederwahl ist zulässig.

§ 7

Der Gewählte kann die Wahl ablehnen.

§ 8

Kammermitglieder, bei denen eine der Voraussetzungen der Wählbarkeit fortfällt, scheiden aus der Kammer aus. Bei Aufgabe des Arbeiterberufes kann ein Kammermitglied mit Einverständnis der Kammer bis zum Ablauf seiner Wahlzeit in ihr verbleiben.

§ 9

Wer den ihm als Mitglied der Kammer gesetzlich oder nach der Geschäftsordnung obliegenden Verpflichtungen nachzukommen sich beharrlich weigert, kann der Zugehörigkeit zur Kammer, nachdem er über die Beschuldigung vernommen wurde, mit Zweidrittelmehrheit für verlustig erklärt werden, jedoch steht ihm gegen diese Entscheidung die Berufung an den Senat binnen einer Woche nach erfolgter schriftlicher Mitteilung zu.

§ 10

Beim Ausscheiden eines Kammermitgliedes tritt für den Rest der Wahlzeit derjenige Bewerber an seine Stelle, dessen Name in dem betreffenden Wahlvorschlag auf den Namen des ausgeschiedenen Mitgliedes folgte, soweit er nicht nach § 5 Abs. 3 ausgeschlossen ist. Von Fall zu Fall kann jedoch unter Zustimmung der zunächst berufenen ein späterer Bewerber an die Stelle des ausgeschiedenen treten.

§ 11

Die Kammer wählt jährlich aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden, einen stellvertretenden Vorsitzenden und einen Rechnungsführer. Wiederwahl ist zulässig, kann aber abgelehnt werden.

§ 12

Für folgende Berufsgruppen hat die Kammer je einen Fachauschuß einzusetzen:

- 1) für das Metallgewerbe,
- 2) „ „ Holzgewerbe,
- 3) „ „ Bekleidungsgewerbe,
- 4) „ „ Nahrungs- und Genußmittelgewerbe,
- 5) „ „ Baugewerbe,
- 6) „ „ Verkehrs- und Transportgewerbe,
- 7) „ die Gemeinde- und Staatsbetriebe,
- 8) „ „ Handwerksbetriebe,
- 9) „ das graphische Gewerbe,
- 10) „ „ Gastwirtsgewerbe und die häuslichen Arbeiter in der Stadt und auf dem Lande, soweit sie nicht unter Nr. 11 fallen,
- 11) „ die landwirtschaftlichen Arbeiter.

Außer den in Absatz 1 genannten Fachauschüssen kann die Kammer weitere Fachauschüsse bilden.

§ 13

Jeder Fachauschuß umfaßt mindestens drei und höchstens sieben Mitglieder. Er darf nur aus Angehörigen des Faches bestehen, für das er gebildet wird.

Enthält die Kammer nicht die zur Bildung eines Fachauschusses erforderliche Anzahl von Angehörigen des Faches, so werden die fehlenden Mitglieder in der Reihenfolge ihrer Benennung den für die letzten Kammerwahlen eingereichten Wahlvorschlägen der Berufsvereinigungen und ihrer Verbände im Verhältnis der auf jeden dieser Wahlvorschläge entfallenen Kammerstimme entnommen.

Soweit das Verfahren des Absatzes 2 nicht die zur Bildung eines Fachauschusses erforderliche Anzahl von Angehörigen des Faches ergibt, ist die Kammer berechtigt, auch Angehörige des Faches, die nicht auf den Wahlvorschlägen stehen, in die Fachauschüsse zu berufen.

Der nach Absatz 2 und 3 in einen Fachauschuß Berufene kann die Berufung ablehnen.

§ 14

Die nach § 13 Abs. 2 und 3 berufenen Mitglieder eines Fachauschusses, die nicht Mitglieder der Kammer sind, haben in dem betreffenden Fachauschuß beschließende Stimme. Sie nehmen ferner an den Vollversammlungen der Kammer mit beratender Stimme teil, wenn ein Gegenstand verhandelt wird, über den der betreffende Fachauschuß ein Gutachten erstattet hat.

§ 15

Alle Angelegenheiten, die eine Berufsgruppe ausschließlich oder vorwiegend berühren, für die ein Fachauschuß besteht, sind zunächst an den zuständigen Fachauschuß zu verweisen und dort zu beraten und zu begutachten. Die Vollversammlung der Kammer darf über die Angelegenheit erst Beschluß fassen, wenn der Fachauschuß einen Bericht erstattet hat.

Angelegenheiten, die mehrere Berufsgruppen vorwiegend berühren, für die Fachauschüsse bestehen, sind zunächst an jeden der zuständigen Fachauschüsse zu verweisen und von jedem von ihnen zu beraten und zu begutachten. Die Vollversammlung der Kammer darf über die Angelegenheit erst Beschluß fassen, wenn jeder befragte Fachauschuß einen Bericht erstattet hat.

Weicht die Kammer in ihrem Beschluß (Gutachten) von dem Gutachten eines Fachauschusses ab, so ist das Gutachten dieses Fachauschusses dem Gutachten der Kammer beizufügen.

§ 16

Alle bei der Kammer amtlich einlaufenden Schriftstücke sind von dieser den zuständigen Fachauschüssen auch dann zuzustellen, wenn eine Beratung und Beschlußfassung (§ 15) nicht erforderlich ist.

§ 17

Zur Führung der laufenden Geschäfte stellt die Kammer einen Syndikus an. Der Syndikus darf neben seiner Tätigkeit für die Kammer kein Berufsamt bei einer politischen Vereinigung bekleiden.

Der Syndikus hat Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung seitens des Staates in Anwendung der für die Beamten bestehenden gesetzlichen Bestimmungen mit der Maßgabe, daß die Befoldungsgruppe, nach der das Ruhegehalt und die Hinterbliebenenbezüge zu berechnen sind, von der Beamtenkommission und der Finanzkommission des Senats gemeinsam festgesetzt wird.

Ob und wieweit die für die Beamten bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über Ruhegehalt und Hinterbliebenenversicherung auch auf andere Kammerbeamte Anwendung finden, wird von Fall zu Fall durch Beschluß der Finanzdeputation festgestellt.

§ 18

Die Kammer gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 19

Wenn bei der Beratung eines Gegenstandes in einem Fachausschuß oder in der Vollversammlung eine Minderheit besteht, so hat diese das Recht, ein Sondergutachten zu erstatten. Das Sondergutachten der Minderheit eines Fachausschusses ist dem Gutachten des Fachausschusses an die Kammer, das Sondergutachten einer Minderheit der Kammer ist dem Gutachten der Kammer beizufügen.

§ 20

Ist nach § 85 Abs. 3 der Verfassung für die Beratung eines von der Kammer begutachteten Gegenstandes ein Vertreter in die Bürgerschaft zu entsenden, so wird dieser von der Vollversammlung der Kammer bestimmt. Ist, falls die Kammer ein Mehrheits- und Minderheitsgutachten erstattet hat, ein Vertreter der Minderheit in die Bürgerschaft zu entsenden, so wird dieser von der Minderheit bestimmt.

Soll für die Beratung eines Gegenstandes, der von einem Fachausschuß beraten und begutachtet worden ist, ein Vertreter in die Bürgerschaft entsandt werden, so hat der betreffende Fachausschuß das Recht, der Kammer einen Vertreter vorzuschlagen. Das gleiche Recht hat die Minderheit des Fachausschusses, die der Kammer nach § 19 über den Gegenstand ein Sondergutachten erstattet hat.

§ 21

Die Mitglieder der Kammer und die nach § 13 Abs. 2 und 3 berufenen Mitglieder eines Fachausschusses, die nicht Mitglieder der Kammer sind, erhalten Ersatz des ihnen entstehenden Erwerbsausfalls nach den für die Mitglieder der Bürgerschaft geltenden Vorschriften.

§ 22

Als Beitrag zu den Kosten der Kammer einschließlich der Kosten der Wahlen wird jährlich eine Summe in den Staatshaushalt eingestellt.

§ 23

Reicht die nach § 22 der Kammer zur Verfügung gestellte Summe zur Deckung der aus dem Haushaltsplan der Kammer sich ergebenden Ausgaben nicht aus, so kann die Kammer die bremischen Arbeiterberufsvereinigungen gleichmäßig nach dem Verhältnis der Anzahl ihrer Mitglieder zur Zahlung von Beiträgen heranziehen.

Die Angestelltenkammer in Bremen.

(Angestelltenkammergesetz vom 17. Juli 1921)

Die grundlegenden Bestimmungen der Angestelltenkammer sind im allgemeinen die gleichen wie die der Arbeiterkammer, nur die Zahl der Kammermitglieder beträgt 24. Fachausschüsse sind für folgende Berufsgruppen vorgesehen:

- 1) für den Großhandel,
- 2) " " Kleinhandel,
- 3) " das Bankgewerbe,
- 4) " " Versicherungsgewerbe,
- 5) " die Bureauangestellten,
- 6) " " kaufmännischen Angestellten der Industrie,
- 7) " " technischen Angestellten der Industrie.

Weitere Fachausschüsse können nach Bedarf gebildet werden.

B. Die Kammer der Vereinigungen nichtgewerblicher Verbraucher in Hamburg.

(Auszug aus dem Hamburgischen Gesetz vom 21. Juli 1920)

Zur Förderung der wirtschaftlichen Interessen der nichtgewerblichen Verbraucher im hamburgischen Staatsgebiet ist eine Kammer der nichtgewerblichen Verbraucher gebildet.

1. Zusammensetzung.

Als Verbrauchervereinigungen gelten die im hamburgischen Staatsgebiet eingetragenen Vereinigungen der nichtgewerblichen Verbraucher zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder oder Genossen, gleichviel ob der Zusammenschluß in der Form eines rechtsfähigen Vereins oder in der Form einer eingetragenen Genossenschaft m. b. H. oder in der Form von Gesellschaften m. b. H. erfolgt ist, deren sämtliche Mitglieder Verbrauchervereinigungen oder Verwaltungsmitglieder oder Geschäftsführer von Verbrauchervereinigungen in deren Auftrag sind.

Zur Mitgliedschaft dürfen nur solche Vereinigungen zugelassen werden, bei denen die Absicht der Gewinnerzielung ausgeschlossen

ist. Etwaige Überschüsse dürfen nur den lehten Verbrauchern zugute kommen oder zu gemeinnützigen Zwecken verwendet werden.

Jede zur Mitgliedschaft zugelassene Vereinigung hat für je 1000 Mitglieder eine Stimme, wobei jedes angefangene Tausend voll gerechnet wird. Gesellschaften m. b. H. steht für je 25 auch nur angefangene Mitglieder eine Stimme zu.

2. Der Vorstand.

Der Vorstand der Kammer besteht aus sechs Personen, die von der Kammer mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt werden. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Keine der zur Mitgliedschaft zugelassenen Vereinigungen darf im Vorstande durch mehr als zwei Mitglieder vertreten sein.

Die Wahl des Vorstandes erfolgt auf drei Jahre. Ende jedes Jahres scheiden zwei Mitglieder aus, die wiedewählbar sind.

Der Vorstand wählt mit einfacher Stimmenmehrheit aus seinen Mitgliedern einen Vorsitzenden und einen oder mehrere Stellvertreter

3. Zweck und Aufgaben.

Die Kammer ist verpflichtet, auf Anfordern hamburgischer Behörden Gutachten über Fragen zu erstatten, die die gemeinsamen Interessen der nichtgewerblichen Verbraucher oder deren Vereinigungen berühren.

Die Kammer wird Wünsche und Anträge, die die Interessen der nichtgewerblichen Verbraucher betreffen, im regelmässigen Geschäftsgang an die Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe richten. Entspricht die Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe ihnen nicht, so reicht die Kammer ihre Anträge beim Senat ein, der endgültig entscheidet. Ein unmittelbarer Geschäftsverkehr der Kammer mit dem Senat oder außerhamburgischen Behörden findet nur in dringenden Fällen statt. In diesen Fällen wird die Kammer gleichzeitig eine Abschrift ihrer Eingabe der Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe einreichen. Als Behörden gelten nicht Verbraucher-kammern und ähnliche Einrichtungen in anderen Staaten sowie Kammern und ähnliche Einrichtungen für Landwirtschaft, Gewerbe und Handel.

Auf Ersuchen von Gerichten und hamburgischen Behörden oder auf Antrag von Vereinen und Privatpersonen ernennt die Kammer Sachverständige zur Beurteilung der zu ihrer Zuständigkeit gehörenden Fragen.

Die Kammer erwählt zwei Vertreter und zwei Stellvertreter für die Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe.

4. Sitzungen.

Kammersitzungen finden vierteljährlich mindestens einmal statt, außerdem dann, wenn der Vorsitzende eine Kammer Sitzung für notwendig erachtet oder mindestens drei der zur Mitgliedschaft zugelassenen Vereinigungen darauf antragen.

5. Deckung der Kosten.

Zur Deckung der Verwaltungskosten der Kammer sind von den zur Mitgliedschaft zugelassenen Vereinigungen Beiträge im Verhältnis zu der ihnen zustehenden Stimmenzahl zu leisten.

C. Landeswirtschaftsräte.

a) Der Wirtschaftsrat Hamburg.

Der Wirtschaftsrat Hamburg bildet bisher den einzigen Vorgang einer Zusammenfassung aller Wirtschaftsgruppen, eine Zusammenwirkung der gesetzlichen Unternehmerkammern mit einer Verbraucher- und einer Arbeitnehmervertretung. Aber die Organisation dieses Wirtschaftsrats ist aus dem Tätigkeitsbericht folgendes zu entnehmen:

Der Wirtschaftsrat wurde erstmalig Ende 1918 von den drei Kammern (Handels-, Gewerbe- und Detaillistenkammer) gebildet, zu diesen trat alsbald die Konsumentenkammer, ein Jahr später auch der Arbeiterrat Groß-Hamburg hinzu.

1. Zweck und Aufgaben.

Der Wirtschaftsrat hat die Aufgabe,

- a) die Regierung in allen wirtschaftlichen Fragen zu beraten;
- b) im Interesse der Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens für Berücksichtigung der berechtigten Interessen der Gesamtheit der Wirtschaftsmitglieder zu sorgen.

2. Aufbau und Gliederung.

- a) Zusammensetzung: Der Wirtschaftsrat bestand zunächst aus je 3 Vertretern der beteiligten Kammern sowie aus je 9 Vertretern

der von diesen Organisationen vertretenen Interessentengruppen, die von der Gesamtheit gewählt wurden.

Nach Hinzutritt des Arbeiterrats wurde eine paritätische Beteiligung der Arbeitnehmer in der Weise vorgesehen, daß den amtlichen Interessensvertretungen (Handelskammer, Gewerbekammer, Detaillistenkammer) eine gleich starke Vertretung der Konsumentenkammer und des Arbeiterrats an die Seite gestellt wurde. Der Wirtschaftsrat umfaßt nunmehr 72 Mitglieder und 72 Stellvertreter.

b) Vorstand: Der Vorstand wird aus je einem Vertreter der beteiligten Kammern gebildet; ihnen wird je ein Syndikus der beteiligten Kammern beigeordnet.

c) Geschäftsführung: Die Geschäftsführung wird unter Leitung des Vorstandes von je einem Syndikus der vier beteiligten Interessentenorganisationen erledigt.

Die Geschäftsführung erfolgte im Berichtsjahr in den Räumen der Handelskammer von deren Syndikus.

d) Ausschüsse: Es sind folgende Fachausschüsse gebildet:

1. Großhandel,
2. Bank-, Börsen- und Versicherungswesen,
3. Verkehr,
4. Industrie,
5. Handwerk,
6. Kleinhandel,
7. Konsum,
8. Sozialpolitik.

Die Fachausschüsse sind berechtigt, Unterausschüsse für einzelne Geschäftszweige zu bilden, zu diesen können Nichtmitglieder als Sachverständige hinzugezogen werden.

3. Deckung der Kosten.

Die Kosten, die durch die Einrichtung und die Tätigkeit des Wirtschaftsrats entstanden, wurden im ersten Geschäftsjahr von den beteiligten vier Interessentengruppen zu gleichen Teilen getragen.

b) Der Landeswirtschaftsrat in Mecklenburg-Schwerin.

Das Mecklenburg-Schwerinsche Staatsministerium hat am 31. Oktober 1921 dem Landtag einen Gesetzentwurf für die Errichtung eines Landeswirtschaftsrats unterbreitet. Es begründet diese Vorlage damit, daß es einerseits durchaus zweifelhaft sei, wann die Errichtung der vom Reich geplanten Bezirkswirtschaftsräte erfolgen werde, daß andererseits aber eine Sachverständigen-Beratung der Regierung in den

Angelegenheiten des Wirtschaftslebens von vielen Seiten gewünscht wird. Dem Gesetzentwurf sind die Bestimmungen über den vorläufigen Reichswirtschaftsrat zugrunde gelegt. Der Landeswirtschaftsrat soll lediglich Berater der Landesverwaltung sein; ob er darüber hinaus weitere Aufgaben zu erfüllen hat, soll der späteren Entwicklung überlassen bleiben. Die Tätigkeit der bestehenden Wirtschaftsorganisationen für die einzelnen Berufskreise (die Landwirtschaft, das Handwerk, Industrie und Handel) wird durch den Entwurf unmittelbar nicht berührt.

Gesetzentwurf über den Landeswirtschaftsrat.

§ 1.

Name und Sitz.

Für den Freistaat Mecklenburg-Schwerin wird ein Landeswirtschaftsrat mit dem Sitz in Schwerin errichtet.

§ 2.

Aufgaben.

Aufgabe des Landeswirtschaftsrates ist die Beratung des Staatsministeriums auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens.

Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen vom Staatsministerium vor ihrer Einbringung dem Landeswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden.

Er hat das Recht, selbst solche Vorlagen zu beantragen.

Der Landeswirtschaftsrat und seine Ausschüsse — § 8 — können zur Aufklärung wirtschaftlicher und sozialpolitischer Fragen verlangen, daß vom Staatsministerium oder einer von ihm zu beauftragenden Stelle Auskünfte über wirtschaftliche Verhältnisse eingezogen und das Ergebnis der Ermittlungen ihm vorgelegt wird.

§ 3.

Zusammensetzung.

Der Landeswirtschaftsrat besteht aus 30 Mitgliedern, und zwar:

- I. Acht Vertretern der Landwirtschaft. Diese werden zur Hälfte von den selbständigen Landwirten, deren Betriebe in Mecklenburg-Schwerin liegen, zur Hälfte von ihren Arbeitnehmern gewählt.
- II. Vier Vertretern des Handels. Diese werden zur Hälfte von den selbständigen Kaufleuten, deren Betriebe in Mecklenburg-Schwerin liegen, zur Hälfte von ihren Arbeitnehmern gewählt.

- III. Vier Vertretern des Handwerks. Diese werden zur Hälfte von den selbstständigen Handwerkern, deren Betriebe in Mecklenburg-Schwerin liegen, zur Hälfte von ihren Arbeitnehmern gewählt.
- IV. Vier Vertretern der Industrie. Diese werden zur Hälfte von den selbstständigen Gewerbetreibenden aus dem Kreise der Industrie, deren Betriebe in Mecklenburg-Schwerin liegen, zur Hälfte von ihren Arbeitnehmern gewählt.
- V. Drei Vertretern der Verbraucher. Diese werden von den Mitgliedern der mecklenburg-schwerinschen Konsumentenkommission und der Konsumvereine in Mecklenburg-Schwerin gewählt.
- VI. Einem Vertreter der Beamtenschaft. Dieser wird von den in Mecklenburg-Schwerin ansässigen Landes-, Reichs- und Kommunalbeamten gewählt.
- VII. Einem Vertreter der freien Berufe. Dieser wird von den in Mecklenburg-Schwerin ansässigen Mitgliedern des mecklenburgischen Ärztevereinsbundes und der mecklenburgischen Anwaltskammer gewählt.
- VIII. Fünf vom Staatsministerium nach seinem Ermessen zu ernennenden Personen, die durch besondere Leistungen das Wirtschaftsleben des Freistaates Mecklenburg-Schwerin in hervorragendem Maße gefördert haben oder zu fördern geeignet sind.

§ 4.

Wahl.

Die nach § 3 Ziff. I—VII zu wählenden Mitglieder des Landeswirtschaftsrates werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Der Wahltag muß ein Sonntag oder öffentlicher Ruhetag sein.

Die Wahlordnung wird durch Gesetz geregelt.

Wahlberechtigt und wählbar ist, wer die Wahlberechtigung und Wählbarkeit zum Landtage des Freistaates Mecklenburg-Schwerin besitzt.

§ 5.

Wahlzeit.

Die Wahlzeit beträgt vier Jahre. Für die gleiche Zeit sind auch die gemäß Ziffer V vom Staatsministerium zu ernennenden Personen zu bestellen. Spätestens am 60. Tage nach Ablauf der Wahlzeit muß die Neuwahl und Neubestellung stattfinden.

§ 6.

Tätigkeit.

Die Mitglieder des Landeswirtschaftsrates sind Vertreter der wirtschaftlichen Interessen des ganzen mecklenburg-schwerinschen Volkes. Sie sind nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden.

Beamte des Landes, der Gemeindeverbände und Gemeinden bedürfen zur Teilnahme an den Verhandlungen des Landeswirtschaftsrates und seiner Ausschüsse keines Urlaubs.

Die Mitglieder des Landeswirtschaftsrates erhalten eine Entschädigung und freie Fahrt nach Maßgabe näherer Bestimmungen des Staatsministeriums.

§ 7.

Die Mitglieder des Landeswirtschaftsrates sind verpflichtet, sich jeder mißbräuchlichen Verwertung der infolge ihrer Mitgliedschaft zu ihrer Kenntnis gelangten Tatsachen, Maßnahmen und Pläne zu enthalten. Soweit Verhandlungen von dem Vorsitzenden des Landeswirtschaftsrates oder eines Ausschusses für vertraulich erklärt werden, ist über sie Verschwiegenheit zu beobachten.

§ 8.

Der Landeswirtschaftsrat wählt seinen Vorstand, den Vorsitzenden, seine Stellvertreter und die Schriftführer. Im Vorstand müssen Arbeitgeber, Arbeitnehmer und die Angehörigen der Gruppen V—VIII des § 3 zu je einem Drittel vertreten sein.

Der Landeswirtschaftsrat gibt sich seine Geschäftsordnung selbst. Die Abstimmung wird durch die Geschäftsordnung geregelt. Diese muß vorsehen, daß in allen, nicht ausschließlich die Handhabung der Geschäfte betreffenden Fragen neben der Abstimmung nach Köpfen auf Antrag einer Gruppe eine Abstimmung nach den Gruppen I—VIII des § 3 stattfinden muß. Auf Verlangen einer bestimmten Gruppe ist auch ihre Stellungnahme dem Staatsministerium zu übermitteln. Das Gleiche gilt hinsichtlich der Stellungnahme einer innerhalb der Gruppe überstimmten Minderheit, die mindestens ein Drittel der Angehörigen der Gruppe beträgt, sowie bei Abstimmungen nach Kopfszahl hinsichtlich der Stellungnahme einer Minderheit, die mindestens den fünften Teil der Anwesenden beträgt.

Die Prüfung der Berechtigung der Mitglieder findet auf Antrag von mindestens einem Drittel der Wähler, die ihre Stimmen in der Gruppe abgegeben haben, durch das Landesverwaltungsgericht und bis zu seiner Errichtung durch das Oberlandesgericht in Rostock statt.

Der Landeswirtschaftsrat wird vom Staatsministerium binnen 14 Tagen nach Beendigung der Wahl einberufen. Aber seine Vertagung und den Zeitpunkt seines Wiederzusammentritts beschließt der Landeswirtschaftsrat selbst.

Der Vorsitzende muß den Landeswirtschaftsrat vor dem für seinen Wiederzusammentritt in Aussicht genommenen Zeitpunkt berufen, wenn es das Staatsministerium oder ein Drittel der Mitglieder des Landeswirtschaftsrates verlangt.

§ 9.

Ausschüsse.

Der Landeswirtschaftsrat kann nach näherer Bestimmung der Geschäftsordnung Ausschüsse bilden. Insbesondere kann er zur Behandlung wirtschaftspolitischer und sozialpolitischer Fragen je einen ständigen Ausschuß bestellen, der von dem zuständigen Ministerium zu hören ist, bevor grundlegende Bekanntmachungen und Verordnungen auf wirtschaftspolitischem und sozialpolitischem Gebiete erlassen werden.

Das Staatsministerium und die Mehrheit des Ausschusses haben das Recht, eine Beschlußfassung der Vollversammlung zu beantragen.

Jedem Ausschuß muß mindestens ein gemeinsamer Vertreter der Gruppen V—VIII angehören. Die Gesamtbeteiligung dieser Gruppen darf nicht weniger als den dritten Teil der Mitglieder des Ausschusses betragen.

Der Landeswirtschaftsrat kann beschließen, daß seine Ausschüsse auch während der Vertagung in Tätigkeit bleiben.

§ 10.

Sachverständige.

Der Landeswirtschaftsrat und seine Ausschüsse sind befugt, Personen, die nicht seine Mitglieder sind, wegen ihrer besonderen Kenntnis der zu behandelnden Fragen als Sachverständige zuzuziehen.

Die Grundsätze für eine etwaige Entschädigung der Sachverständigen setzt das Staatsministerium fest.

§ 11.

Sitzungen.

Die Sitzungen des Landeswirtschaftsrates sind öffentlich. Auf Antrag eines Drittels der Mitglieder kann mit Zweidrittelmehrheit die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden.

Die Ausschusssitzungen sind nicht öffentlich.

Die Geschäftsordnung bestimmt, in welchem Umfange bei nicht öffentlichen Sitzungen der Ausschüsse die ihnen nicht angehörenden Mitglieder des Landeswirtschaftsrats zugegen sein dürfen.

§ 12.

Regierungsvetreter.

Die von den Ministerien beauftragten Vertreter haben zu allen Sitzungen des Landeswirtschaftsrats und seiner Ausschüsse jederzeit Zutritt und müssen jederzeit gehört werden.

Der Landeswirtschaftsrat und seine Ausschüsse können die Anwesenheit von Vertretern der Ministerien verlangen.

§ 13.

Inkrafttreten und erste Einberufung.

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

c) Der Landeswirtschaftsrat in Bayern.

Im Bayerischen Landtag, I. Tagung 1920/21 bzw. II. Tagung 1921/22 sind von der Bayerischen Volkspartei die nachstehenden drei Anträge gestellt worden:

Antrag I.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, mit möglichster Beschleunigung die Einberufung eines Landeswirtschaftsrats für den Freistaat Bayern als der Vertretung der wichtigsten wirtschaftlichen Interessen der Erzeuger- wie der Verbraucherkreise vorzubereiten.

Dieser Wirtschaftsrat wäre entsprechend der Wirtschaftslage Bayerns aus den Kreisen der landwirtschaftlichen, aus den Kreisen der gewerblichen und industriellen Erzeuger und aus Verbraucherkreisen zunächst durch Abgesandte bestehender Körperschaften zusammenzusetzen, auf dem Rechte der Selbstverwaltung aufzubauen und mit der Zuständigkeit auszustatten, in allen wichtigen wirtschaftlichen Fragen von der Staatsregierung vorher eingebracht zu werden und seinerseits in solchen Fragen Anträge an die Regierung und an den Landtag zu stellen.

Seine Zuständigkeit müßte sich insbesondere erstrecken auf die Preisfestsetzung der wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel und auf das Verhältnis zwischen diesen Preisen und den Gehalts- und Lohnsätzen.

Antrag II.

Der Landtag wolle beschließen,

die Staatsregierung zu beauftragen, mit den bestehenden Interessenvertretungen, einschließlich solcher der Verbraucherkreise, über die zweckmäßigste Art der Zusammen-

fehung eines Wirtschaftsrates für das Gesamtgebiet des Freistaates Bayern als einer zusammenfassenden Vertretung gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen in Verbindung zu treten.

Antrag III.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung ist zu ersuchen:

1. einen Wirtschaftsberatungskörper aus den ersten Wirtschaftssozialwissenschaftlichen der wichtigsten Wirtschaftszweige unter Berücksichtigung der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer, der Verbraucher und Erzeuger aus allen Teilen des Landes zu bilden und alsbald zusammenzuberufen.

Dieser bayerische Landeswirtschaftsrat wäre gütlich zu hören über alle wichtigen Fragen der bayerischen Volkswirtschaft, insbesondere über die gegenwärtig brennenden Fragen der Volksernährung, der Ausnützung der Wasserkräfte, der Energiewirtschaft, der Umstellung der staatlichen Betriebe usw.;

2. mit den benachbarten außerdeutschen Ländern die gegenseitige Abordnung von Wirtschaftsvertretern zu vereinbaren, durch die eine Annäherung regerer Geschäfts- und Handelsbeziehungen, jamaal mit dem Osten und dem Süden ermöglicht wird.

Die Anträge I und II sind im Landtage bereits angenommen, der Antrag III ist noch unerledigt. Die Bayerische Regierung will, wie verlautet, zu diesen Beschlüssen erst dann Stellung nehmen, wenn der vorläufige Reichswirtschaftsrat sich über die Bezirkswirtschaftsräte schlüssig gemacht hat.

IV. Beschlüsse der Kommission.

(Siehe Vorwort.)

1. Der den Anträgen der Arbeitnehmer zugrunde liegende Gedanke, in Gemeinschaftsarbeit mit den Unternehmern die beruflichen Erfahrungen und Kenntnisse auch der Arbeitnehmer für die Förderung des gemeinsamen Berufes nutzbar zu machen, wird von der Kommission einstimmig anerkannt.

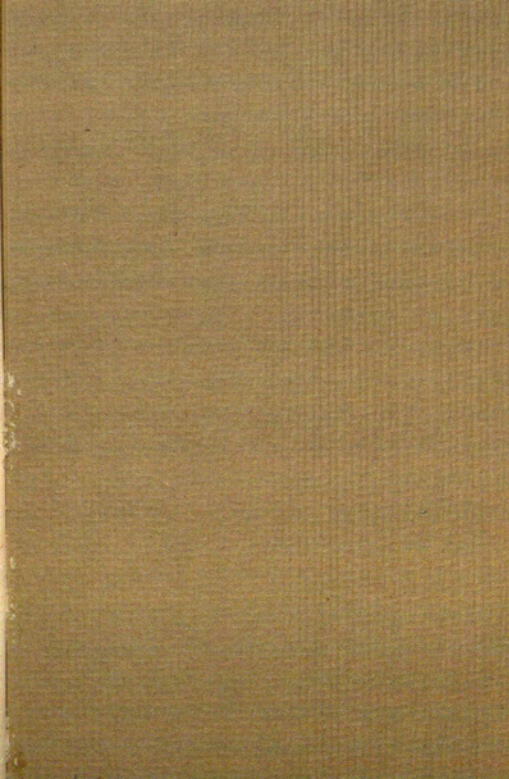
2. Diese Gemeinschaftsarbeit muß sich auf beiderseitigen voneinander völlig unabhängigen öffentlich-rechtlichen Interessenvertretungen der Unternehmer und der Arbeitnehmer, gesondert für jede der drei großen Berufsstände, Landwirtschaft, Handwerk sowie Industrie und Handel, aufbauen.

3. Sie findet ihre zweckmäßigste Form in einem paritätisch zusammengesetzten Ausschuß für jeden Berufsstand (Berufsausschuß).

4. In diesem Berufsausschuß sind alle die Gesamtinteressen des Berufes seines Bezirkes berührenden wirtschaftlichen und sozialen Fragen, deren Behandlung eine der beiden Interessenvertretungen beantragt, zur gemeinsamen Beratung zu bringen.

5. Das Ergebnis der Beratung ist mit dem Abstimmungsverhältnis — gesondert nach den beiden Vertretergruppen — protokolllarisch festzustellen und den beiderseitigen Interessenvertretungen zu übermitteln.

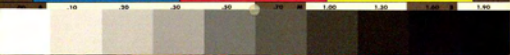
6. Soweit diese letzteren den Berufsausschuß zur selbständigen Erledigung von Fragen und Aufgaben ermächtigt haben, entscheidet dieser selbständig; ein Antrag gilt in diesem Falle als angenommen, wenn sich auf beiden Seiten eine Mehrheit für ihn ausgesprochen hat.







KODAK GRAY SCALE



black 2-color white cyan violet magenta primary red yellow green

KODAK COLOR CONTROL PATCHES

These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.

